

47. Sitzung

am Dienstag, dem 17. Oktober 2000, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	3162	Frau Staatssekretärin Stewens	3188
Gedenken des getöteten Polizeihauptmeisters Christian Trautner und Genesungswünsche für dessen schwer verletzten Kollegen	3162	Willi Müller (CSU)	3189
Geburtstagswünsche für Abg. Wilhelm Leichtle	3162	Dr. Kaiser (SPD)	3190
Hinweis auf die ausgestellten überarbeiteten Modelle zur Umgestaltung des Plenarsaals . . .	3162	Dr. Söder (CSU)	3193
Erklärung des Staatsministers für Wirtschaft, Ver- kehr und Technologie zur energiewirtschaftlichen Situation in Bayern		Beschlüsse	3196, 3197
hierzu		Haushaltsplan 2001/2002; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Biedefeld, Schläger u. a. u. Frakt. (SPD)		Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs.14/4370)	
Erhalt der Arbeitsplätze in bayerischen Kraft- werken des e.on-Konzerns (Drs. 14/4449)		Frau Lochner-Fischer (SPD)	3197
Dringlichkeitsantrag der Abg. Paulig, Kellner, Dr. Runge u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Prof. Dr. Faltlhauser (CSU)	3197
Kein Umweltdumping bei der Energieerzeu- gung (Drs. 14/4450)		Sackmann (CSU)	3200, 3201
Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Herrmann, Willi Müller u. a. u. Frakt. (CSU)		Hartmann (SPD)	3201
Kraftwerksstilllegungen der e.on Energie AG (Drs. 14/4451)		Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	3202
Staatsminister Dr. Wiesheu	3162, 3195	Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser	3204
Frau Biedefeld (SPD)	3169, 3173, 3179	Abstimmung	3204
Dinglreiter (CSU)	3172, 3173	Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung beamten- und richterrechtlicher Vorschriften (Drs. 14/4331)	
Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3174, 3179	– Erste Lesung –	
Staatsminister Huber	3178, 3179, 3181	Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser	3205
Frau Kellner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3178, 3180	Frau Naaß (SPD)	3206
Frau Lochner-Fischer (SPD)	3181	Brunner (CSU)	3207
Kaul (CSU)	3182	Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3208
Schläger (SPD)	3183	Verweisung in den Dienstrechtsausschuss	3209
Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	3185	Anträge , die gem. § 63 Abs. 6 GeschO nicht ein- zeln beraten werden (s. a. Anlage)	
		Beschluss	3209, 3211
		Bekanntgabe von Umbesetzungen in den Aus- schüssen gemäß § 24 Abs. 2 GeschO	3209
		Schluss der Sitzung	3209

(Beginn: 15.06 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 47. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Mit Bestürzung hat der Bayerische Landtag die Nachricht vom dem abscheulichen Verbrechen aufgenommen, das sich am 12. Oktober in Bubenreuth ereignet hat. Bei einer Verkehrskontrolle wurde Polizeihauptmeister Christian Trautner durch die Schüsse eines Kriminellen tödlich getroffen und ein Kollege schwer verletzt. Im Namen des Bayerischen Landtags spreche ich den Angehörigen des Opfers, das in dieser Stunde zu Grabe getragen wird, unsere Anteilnahme und unser Mitgefühl aus. Dem verletzten Beamten wünsche ich im Namen des Hohen Hauses eine rasche und vollständige Genesung.

Diese Tat hat jedermann vor Augen geführt, welcher Bedrohung unsere Polizeibeamtinnen und -beamten in der verantwortungsvollen Ausübung ihres Dienstes ausgesetzt sind. Ihnen gelten unser Dank und unsere rückhaltlose Unterstützung in ihrem Einsatz für die Sicherheit der Menschen und im Kampf gegen Gewaltbereitschaft und Kriminalität. Ich bitte Sie nun um ein kurzes Gedenken für den ermordeten Polizeibeamten.

(Schweigeminute)

Ich danke Ihnen.

Ich darf nun noch einen nachträglichen Glückwunsch aussprechen. Am 10. Oktober feierte Herr Kollege Wilhelm Leichtle seinen 60. Geburtstag. In Namen des Hohen Hauses und persönlich gratuliere ich Ihnen, Herr Kollege Leichtle, und wünsche Ihnen alles Gute sowie Kraft und Erfolg bei der Erfüllung Ihrer parlamentarischen Aufgaben.

(Beifall bei der CSU)

Ich weise noch darauf hin, dass heute und morgen im Kreuzgang die überarbeiteten Modelle zur Umgestaltung des Plenarsaals aus dem Architekturbüro Behnisch & Partner zu sehen sind. Ich empfehle sie Ihrer Aufmerksamkeit.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1

Erklärung des Staatsministers für Wirtschaft, Verkehr und Technologie zur energiewirtschaftlichen Situation in Bayern

In die Beratung beziehe ich folgende zum Plenum eingebrachten Dringlichkeitsanträge ein:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Biedefeld, Schläger und anderer und Fraktion (SPD)

Erhalt der Arbeitsplätze in bayerischen Kraftwerken des e.on-Konzerns (Drucksache 14/4449)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Paulig, Kellner, Dr. Runge und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Umweltdumping bei der Energieerzeugung (Drucksache 14/4450)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Herrmann, Willi Müller und anderer und Fraktion (CSU)

Kraftwerksstilllegungen der e.on Energie AG (Drucksache 14/4451)

Das Wort hat nunmehr Herr Staatsminister Dr. Wiesheu.

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Wir haben derzeit in Bayern eine Energie- und Stromversorgung, die dank ihrer unabhängigen Erzeugung nicht von Importenergien und Importpreisschwankungen abhängt. Wir haben eine Energieerzeugung, die durch 80% Kernenergie- und Wasserkraftanteil umwelt- und klimaentlastend ist. Wir haben jetzt im europäischen Vergleich sehr günstige Strompreise – darüber ist lange Zeit geklagt worden – und Preissenkungen von rund 50% für Vertragskunden und rund 20% und mehr für private Verbraucher. Dies ist das Ergebnis einer ausgewogenen bayerischen Strompolitik in den vergangenen Jahrzehnten und der Liberalisierung auf europäischer und nationaler Ebene, die im Übrigen von allen Seiten mitgetragen wurde.

Bekanntlich hat es gewisse Überkapazitäten gegeben, die mit ein Produkt des Monopolsystems und der im Monopolsystem zementierten, sehr heterogenen Unternehmensstrukturen waren. Jeder Versorger musste seine eigenen Reserven vorhalten. Dies ist zum Teil auch durch die kommunalen Stromerzeuger politisch forciert worden. Wir haben in Deutschland rund 1000 Energieversorgungsunternehmen. Wir haben in den letzten Jahren vom Bayernwerk und anderen schon im Vorfeld der Liberalisierung Kapazitätsanpassungen erfahren.

Die Aufgabe des Kraftwerksprojekts Frauenaarach mit 750 Megawatt kurz vor Baubeginn 1995 war mit ein Resultat der Fusion mit den Isar-Amperwerken, als man die Kraftwerksreserven zusammengelegt hat. Ich erinnere auch an die Konservierung des Kernkraftwerks Aschaffenburg in Kaltreserve Ende 1998, an die Stilllegung der beiden kleineren Braunkohleblöcke in Schwandorf 1999 und an die Stilllegung des Kraftwerks Dettlingen von RWE. Auch diese Maßnahmen waren für die betroffenen Standorte schmerzhaft, aber maßvoll und noch verkräftbar.

Das jetzt von e.on beschlossene Paket geht darüber weit hinaus und ist energie- und regionalwirtschaftlich ein schwerer Eingriff für Bayern, vor allem für strukturschwache Regionen. Es betrifft Arzberg, Schwandorf, Franken

II, Pleinting, durch die endgültige Stilllegung der beiden in Kaltreserve befindlichen Blöcke in Aschaffenburg, Irsching und Pleinting, welche in der Kaltreserve bleiben. Insgesamt werden damit rund 1600 Megawatt aktive Leistung durch Stilllegung oder Überführung in die Kaltreserve außer Betrieb genommen. Außerdem werden 300 Megawatt aus der Kaltreserve in Aschaffenburg endgültig stillgelegt, 700 Megawatt verbleiben in der Kaltreserve. Diese 1600 Megawatt sind 25% der derzeit aktiv betriebenen fossilen Kraftwerkskapazität in Bayern. Dies ist eine beachtliche Zahl und rund 10% der gesamten bayerischen Kraftwerkskapazität.

Davon sind insgesamt 700 Arbeitsplätze an allen Standorten in Bayern betroffen. Im e.on-Gebiet sind es insgesamt 1500. Auch dies zeigt: Bayern ist überdurchschnittlich betroffen, denn wir hatten bisher das Verhältnis von einem Drittel zu zwei Dritteln zwischen Bayernwerke und Preußen-Elektra. Ich sage deshalb, dass die Stilllegung regional unausgewogen ist. Bayern ist vom Kapazitäts- und vor allem vom Arbeitsplatzabbau stärker betroffen als es seinem Anteil im e.on-Energiekonzern entspricht.

Wenn man sich die Sache genauer ansieht, dann stellt man fest, dass mit der Stilllegung der Kraftwerke Franken II und Aschaffenburg zwei Kohlekraftwerksstandorte in Bayern endgültig aufgegeben werden. Darunter leidet der Energie-Mix im Lande. Wir haben immer Wert darauf gelegt, dass ein Energiemix aus Kernenergie, Kohle, Erdöl, Gas und anderen Arten der Energiegewinnung eingesetzt wurde. Bei den Übernahmeverträgen wurden entsprechende Vereinbarungen getroffen und zugesichert. Nun leidet der Energie-Mix, meine Damen und Herren. Wir erachten das Stilllegungsprogramm von e.on als unausgegoren zu Lasten Bayerns und für energiepolitisch problematisch. Wir sehen das auch deshalb so, weil Standorte und Kraftwerke aus dem Standorticherungsplan auf Dauer herausgenommen und aufgegeben werden. Wenn aber die Stilllegung konventioneller Kraftwerke fortgesetzt wird und die Bundesregierung gleichzeitig aus der Kernenergie aussteigt, dann werden wir in Bayern bald das Problem haben, dass wir die Energie, die in Bayern verbraucht wird, nicht mehr in Bayern erzeugen.

Viele verweisen gerne auf neue Kohlekraftwerke. Meine Damen und Herren, Bayern war früher und ist auch heute noch ein für Kohlekraftwerke ungünstiger Standort. Früher hat man gesagt, der Freistaat ist ein revierferner Standort, weil die Transportkosten für Kohle aus dem Ruhrgebiet nach Bayern zu hoch waren. Heute sagen die Energieversorger: Der Transport von Kohle ist teuer, aber der Transport von Strom kostet nichts. Deshalb bleiben Kohlekraftwerke hauptsächlich an den Küstenstandorten übrig oder werden dort gebaut, während die Binnenstandorte aufgelöst werden.

Wir haben beim Thema Kernenergieausstieg immer argumentiert, dass das zu Lasten der Binnenstandorte geht, ob es sich um Bayern oder Baden-Württemberg handelt, weil wir mit dem Kohle-Strom nicht wettbewerbsfähig sind. Nur eine Mischung aus Kernenergie und Kohlekraftwerken hat die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Stromerzeugung in Bayern aufrechterhalten. Schafft man die Kernenergie ab, wird man die Kohle-

standorte in Bayern nicht halten können. Infolgedessen wird man vom Strombezug aus anderen Regionen oder vom Stromimport aus anderen Ländern abhängig. Das halten wir für energie- und wirtschaftspolitisch falsch.

Wir haben e.on im Übrigen darauf hingewiesen, dass die Stilllegung des Kraftwerks Arzberg gegen bestehende Vereinbarungen verstößt. Das gilt für Zusagen gegenüber der Oberfranken-Stiftung und für mit Tschechien geschlossene Verträge zur Kohlelieferung, die bis 2005 gelten. Wir haben das Vorgehen von e.on bei der Stilllegungskonzeption aus folgendem Grund kritisiert: Man kann nicht umfassende Stilllegungspläne auflegen, ohne alternative Konzepte vorzulegen oder Perspektiven für die betroffenen Mitarbeiter aufzuzeigen. Man kann das nicht tun, ohne für die Standorte neue Überlegungen zu machen und ohne die Einbindung des Aufsichtsrates.

Der Ministerpräsident hat dies am vergangenen Montag in Gesprächen gegenüber dem e.on-Vorstand nachhaltig deutlich gemacht. Er hat das auch öffentlich und schriftlich klar zum Ausdruck gebracht. Wir hatten mit e.on ein Gespräch von einer Stunde geplant. Das Gespräch hat dann aber drei Stunden gedauert, weil wir eine nachhaltige Diskussion darüber führten, was in Zukunft gemacht werden kann und muss. Es war klar, dass wir uns mit der Stilllegungsentscheidung und einem Angebot für Sozialpläne allein nicht zufrieden geben konnten.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben verlangt, dass das Konzept gründlich erörtert und das Stilllegungsvolumen überprüft wird. Dieses Konzept muss zumindest zeitlich gestreckt werden, bis wir die Möglichkeit haben, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Wenn Stilllegungen nicht zu verhindern sind, dann muss eine ausreichend lange Zeit zur Verfügung stehen, um Ausgleichsmaßnahmen in die Wege leiten zu können, und das heißt für mich, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesen Regionen sicherzustellen. Für die Arbeitnehmer muss es selbstverständlich sozialverträgliche Lösungen geben. Dazu ist e.on bereit, doch das allein genügt nicht. Wir brauchen gegebenenfalls nach Auslauf des Betriebes Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, die für die Umschulung und die Qualifizierung der Mitarbeiter für neue Tätigkeiten sorgen.

e.on kann sich von den Zusagen, die es beispielsweise für den Weiterbetrieb des Kraftwerkes Arzberg gegeben hat, nicht einfach verabschieden. In diesem konkreten Fall hat die Staatsregierung 30 Millionen DM für die Rauchgasentschwefelung zur Verfügung gestellt. Weitere 30 Millionen DM flossen in zinsgünstige Darlehen. Wir haben zwar rechtlich keinen Rückforderungsanspruch mehr, aber, dass e.on hier eine besondere Verpflichtung hat, etwas für diese Region zu tun, das ist – ich möchte es vorsichtig ausdrücken – eine Selbstverständlichkeit. Gerade in dieser Region ist es sehr schwierig, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Dies hat der Ministerpräsident gegenüber e.on deutlich gemacht. Gleiches gilt für Gespräche mit dem Betriebsrat des Kraftwerks Arzberg am letzten Freitag im Kloster Banz. Wir erwarten, dass e.on die betroffenen Standortregionen bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützt, entweder, indem e.on selbst neue Arbeitsplätze schafft oder dabei behilflich ist. Es sind zahlreiche Grundstücke unterschiedlicher Größenordnung vorhanden. Es gibt Grundstücke, die entsprechend baurechtlich bewertet sind und ausgewiesen und erschlossen werden können. Dort könnte man neue Betriebe ansiedeln. Wir werden dort auch mit der Regionalförderung ansetzen.

Meine Damen und Herren, am letzten Montag haben Herr Harig und ich gemeinsam mit dem Kollegen Spitzner vereinbart, eine Projektgruppe von e.on und Wirtschaftsministerium zu schaffen. Wir werden Konzepte für die Zukunft der Standorte und für zukunftssträchtige Arbeitsplätze entwickeln. Ähnliche Probleme hatten wir vor einigen Jahren im Hinblick auf die Aluminium-Standorte. Sie werden sich daran erinnern. Damals wurden Standortentwicklungsgesellschaften geschaffen, die für neue Arbeitsplätze sorgten. Ähnliches wird es für die jetzigen Standorte, sofern sie nicht weiterbetrieben werden, auch geben. Wir werden mit den Kommunen reden. Es muss geklärt werden, ob diese Gesellschaften in kommunaler Trägerschaft liegen sollen. Eine andere Möglichkeit wäre die Trägerschaft durch e.on selbst, die hierfür eine eigene Gesellschaft hat. Auch andere Trägerschaften sind zu prüfen, so beispielsweise durch Sparkassen oder andere in Betracht kommende Organisationen.

Damit wir für die jeweiligen Standorte maßgeschneiderte Konzepte entwickeln können, werden wir jeden einzelnen Standort mit dieser Arbeitsgruppe besuchen. Am 25.10. 2000 werde ich in Arzberg sein, am 08.11.2000 in Erlangen und in Schwandorf. Kollege Spitzner wird am 31.10.2000 in Aschaffenburg sein und am 06.11.2000 in Pleinting. Wir werden mit den örtlich Verantwortlichen und den Betroffenen über maßgeschneiderte Konzepte sprechen.

Meine Damen und Herren, ich halte das nicht nur für notwendig, ich halte das für sinnvoll und ich halte das auch für eine Verpflichtung nicht nur der Politik, sondern genauso von e.on.

Sie werden sagen: Das ist richtig. Ich wundere mich dann aber über den Bundeswirtschaftsminister, der in der „Welt am Sonntag“ feststellt: „Aber deshalb kann Herr Stoiber doch kein Stromunternehmen zwingen, fernab jeder wirtschaftlich vernünftigen Betrachtungsweise Strukturpolitik zu machen.“ – Aber, meine Damen und Herren, was denn sonst? Natürlich werden wir mit den Unternehmen darüber reden, wenn sie aus den Stilllegungen wirtschaftliche Vorteile haben, dass von diesen wirtschaftlichen Vorteilen etwas für Investitionen in den Regionen abgezweigt wird, dass das Unternehmen etwas für die Beschäftigten tut, dass es der Verantwortung für die Arbeitsplätze nachkommt, und zwar nicht nur im Rahmen von Sozialplänen zur Verabschiedung, sondern im Rahmen der Schaffung neuer Arbeitsplätze für die Zukunft.

Ich verstehe den Bundeswirtschaftsminister nicht, wenn er in dieser Weise argumentiert und damit der Politik in den Rücken fällt.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss schon sagen, er vertritt damit einen „neoliberalen Standpunkt“, der sonst in der Regel von Ihnen in der Opposition bekämpft wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich frage mich schon, was das insgesamt bedeuten soll.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung auf dem Energiemarkt wird damit aber leider nicht abgeschlossen sein. Wir werden weitere Umbrüche zu erwarten haben, weitere Kraftwerksstilllegungen, und zwar als Folge einer sehr stark ideologisch geprägten Energiepolitik von Rot-Grün in Berlin.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Kaiser (SPD): Das ist ja hanebüchen!)

Ich zitiere Herrn Trittin aus dem „Handelsblatt“ vom 12. Oktober. Er sagt, die ganze Entwicklung sei aus mehreren Gründen vorhersehbar. Er verweist auf die Überkapazitäten, er verweist auf den Atomkompromiss.

(Dr. Kaiser (SPD): Diese Fehler haben Sie doch gemacht!)

Er verweist darauf, dass Laufzeiten auf modernere Anlagen übertragen werden. Außerdem – so sagt er – sei bei den Unternehmen jene klare Botschaft angekommen, die vom Programm zur Markteinführung erneuerbarer Energien ausgehe. Dessen Wirkung werde sich auch auf die Kohle erstrecken. Die Versorger würden weiter Überkapazitäten im konventionellen Bereich Kohle und Kernenergie abbauen und gleichzeitig das Angebot prüfen, im Bereich erneuerbarer Energien neue Kapazitäten zu Garantipreisen aufzubauen. – Das ist das Ziel. – Damit realisiere sich das eigentliche Signal der eingeleiteten Energiewende, die er veranstalten will und die er betreibt.

Es ist Tatsache, meine Damen und Herren, dass man Kernenergie abbauen will, dass man dann an unserem Standort Mischpreise nicht mehr anbieten kann, dass Kohle am Standort nicht wettbewerbsfähig ist, dass es deswegen einen Kahlschlag bei den Produktionsanlagen gibt.

Das hat man doch jetzt gesehen. Die Kohleanlagen werden stillgelegt, die Kernenergieanlagen werden weiter betrieben. Man muss sehen, wie lange das machbar ist, und hoffen, dass es auf Dauer machbar ist. Auf alle Fälle haben wir in der Energieversorgung immer drei klassische Ziele gehabt: Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit, Umweltverträglichkeit.

Das Erste, die Versorgungssicherheit wird mit dieser Politik beeinträchtigt.

Zweitens. Rot-Grün schädigt speziell Bayern, weil, wie gesagt, die Kohleverstromung wegen der hohen Transportkosten auf Dauer wirtschaftlich schwierig ist. Wir kennen die Diskussion aus den Fünfziger- und Sechzigerjahren. Sie hat sich durch die Einführung der Kernenergie relativiert. Sie kommt nun neu. Ich weiß nicht, ob manche derer, die diese Anti-Kern-Energiepolitik betreiben, diese standortpolitischen Konsequenzen nicht auch mit Absicht verfolgen.

Der dritte Punkt, meine Damen und Herren: Man kann über erneuerbare Energien sehr viel reden. Ich komme nachher noch dazu, was meines Erachtens bestimmte Konstruktionsfehler sind. Aber eine Rechnung sollte man sich auch vor Augen halten: Wir haben mit der Liberalisierung beim Strom Einsparungen, Verbilligungen von 15 Milliarden DM bekommen. Wir haben mit den Kosten des Energieeinspeisungsgesetzes, der Kraft-Wärme-Kopplung und der Ökosteuer bisher Mehrausgaben von 12 Milliarden DM. Wenn die neue Kraft-Wärme-Kopplungs-Regelung, die Quotenregelung, kommt, bedeutet das weitere Ausgaben bis zu 8 Milliarden DM. Das bedeutet, die Preissenkungen durch die Liberalisierung werden überkompensiert durch die Subventionspolitik, die hier aufgelegt wird, und der Strom wird nachher teurer sein als vor der Liberalisierung. Das ist das Ergebnis rot-grüner Politik.

Jetzt kann man fragen, ob das im Einzelnen gerechtfertigt ist oder nicht. Es ist beabsichtigt, neue Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen aufzubauen. Das Ziel ist, das Volumen zu verdoppeln. So steht das im Gesetzentwurf. Das bedeutet den Zubau von 15000 Megawatt Kraftwerksleistung und das bedeutet – da werden für die Kilowattstunde 9 Pfennig bezahlt –, dass in dieser Größenordnung durch subventionierten Strom wirtschaftlicher Strom aus dem Markt gedrängt wird. So ist es. Und wenn man 15000 Megawatt nimmt und einen Schnitt der Kraftwerke von 500 Megawatt – bei den Kohlekraftwerken sind 500 bis 700 Megawatt jetzt die Regel –, dann haben wir 30 Kraftwerke weniger. Wenn diese Politik umgesetzt wird, ist das die logische Konsequenz, meine Damen und Herren.

Das bedeutet, dass mit subventioniertem Strom der Strom aus Kraftwerken, die zum größten Teil nachgerüstet sind, die umweltfreundlich sind, beispielsweise Arzberg, auch wenn Braunkohle eingesetzt wird, aus dem Markt geworfen wird. Mit subventioniertem Strom werden rentable, wirtschaftlich laufende Kraftwerke vernichtet. Das ist ein Kraftwerksvernichtungsprogramm, das Herr Trittin hier auflegt.

(Beifall bei der CSU)

Dazu sagt dann Trittin: „Der Atomkonsens entfaltet die erhoffte Wirkung und die von der Bundesregierung eingeleitete Energiewende tut ein Übriges.“

Jawohl, vernichtete Standorte, vernichtete Kraftwerke, vernichtete Arbeitsplätze – das ist das, was wir heute festzustellen haben.

Und ich sage Ihnen eines: Reden Sie doch einmal mit den Betriebsräten und mit den Verantwortlichen dort. Sie

sagen: Wir liefern sauberen Strom, haben saubere Anlagen; wenn wir 9 Pfennig bekommen würden, wären wir ein blühendes Kraftwerk mit einer ungeheuren Rendite; wir gehen jetzt mit 4,5, 5 oder 6 Pfennigen Produktionskosten aus dem Markt. – Ist das eine logische Energiepolitik?

Sie könnten erstens sagen, durch Kraft-Wärme-Kopplung würde ökologisch ein höherer Effekt erzielt. Vergleicht man die Kraftwerke, muss ich das verneinen.

Zweitens, meine Damen und Herren, das Problem bei der jetzigen Regelung der Kraft-Wärme-Kopplung, für die man durchaus sein kann, liegt darin, dass von Ihnen keine Wirkungsgrade vorgegeben werden. Wenn heute bei einer Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage 5000 Stunden Strom erzeugt wird, aber nur 1500 Stunden Wärme, ist der Wirkungsgrad relativ gering und das Ganze ökologisch wertlos. Wenn heute bei einer Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage viel Strom und viel Wärme erzeugt wird und diese Wärme als Prozesswärme eingesetzt werden kann, hat das einen Sinn. Wenn dies aber gelingt, braucht man keine Subventionen. Dann tragen sich die Betriebe. Wenn aber ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit die Kraft-Wärme-Kopplung mit einer vollen Summe gefördert wird und die Ausnutzung der Energieeffizienz keine Rolle spielt, dann bewirkt man ökologisch wenig bis nichts, vernichtet aber mit subventioniertem Strom bestehende leistungsfähige, ökologisch sinnvoll arbeitende Kraftwerke. Ist denn das gewollt?

In diesem Zusammenhang müssen Sie auch fragen: Was nimmt denn der Wärmemarkt auf? Über das Jahr können Sie Wärme bei der Prozesswärme in Industrie- und Gewerbebetrieben aufnehmen. In den Wohnbereichen können Sie übers ganze Jahr keine Wärme aufnehmen. Deshalb wird die Wärmeversorgung in der Regel besser über das Gas gelöst. Das haben viele Städte gemacht. Das haben wir über Jahre gefördert, das haben wir alle gewollt. Die Städte werden die Wärmeversorgung über das Gas nicht ablösen. Ich frage: Was ist dann der Sinn dieser Angelegenheit, wenn es wirtschaftlich unsinnig ist, zur Verteuerung beiträgt und wegen der mangelnden Zielvorgabe für die Energienutzungsgrade ökologisch fragwürdig ist? Das passt doch nicht zusammen. Eine solche Politik wird jetzt von Ihnen verfolgt. Dazu kann ich nur sagen: Diese Politik ist in sich ökonomisch und ökologisch – ich drücke es vornehm aus – widersprüchlich, genau gesagt ist sie auch unsinnig.

(Beifall bei der CSU)

Dann sagt Trittin: Das ist doch ganz gut, was da gemacht wird. Die 3000 Megawatt, die jetzt stillgelegt werden, entsprechen dem, was in diesem und im nächsten Jahr an Windenergie hinzugebaut wird. – Dazu kann ich nur sagen: Das, was aus Kraftwerken an Strom vorhanden ist, ist permanent verfügbar. Was an Windenergie vorhanden ist, ist leider nicht permanent verfügbar. Über die Kraftwerke ist also Versorgungssicherheit gegeben.

Man mag sagen: Das gilt auch für die Kraft-Wärme-Kopplung. Aber bei der Windenergie und der Solarenergie gilt das noch nicht. Außerdem sind diese Energien

relativ teuer, und sie werden mit fixen Subventionen unterstützt: die Windenergie mit 17 Pfennig pro Kilowattstunde, auch wenn ein leichter Abbau im Laufe der Jahre erfolgen soll, bei der Kraft-Wärme-Kopplung mit 9 Pfennig pro Kilowattstunde, bei der Photovoltaik mit 99 Pfennig pro Kilowattstunde. Meine Damen und Herren, ist das alles sinnvoll?

Kürzlich hat einer zu mir gesagt: Die Förderung der Windenergie auf diese Weise ist ein neues Subventionsprogramm für Abschreibegesellschaften – und diese sind bereits gebildet –, weil der Strom an günstigen Standorten für 10, 12, 13 Pfennig hergestellt wird und für 17 Pfennig garantiert verkauft werden kann. Da kann jeder schön investieren, wenn er den geeigneten Standort hat. Aber zu wessen Lasten geht das? Die werden vom Wettbewerb völlig freigestellt, und das ist doch eigentlich nicht das, was angestrebt war. Das Ganze, meine Damen und Herren, führt zur Verteuerung, zur stärkeren Abhängigkeit von anderen Standorten, auch zur stärkeren Abhängigkeit vom Ausland.

Im Übrigen kann man sich nicht beschweren, dass der Strom von anderen Ländern kommt. Der Energiemarkt ist nicht mehr national geregelt, sondern er ist längst europäisch geregelt, und mit den Beitrittsländern gibt es seit Jahren Vereinbarungen über die Lieferung von Waren und Dienstleistungen. Dagegen können Sie und ich nicht an. Der Strommarkt ist europäisch geregelt, und der Stromhandel ist heute gang und gäbe, auch bei den Energieversorgern, die zum Teil bei anderen einkaufen. Das wird sich auch noch verstärken. Die Frage wird nur sein: Wenn der Strom bei uns knapper wird, wie schaut es dann mit der Preiswürdigkeit aus? Dass andere Länder gern an uns liefern, wenn sie entsprechend kassieren können, ist bekannt, und dass wir beim Öl importabhängig sind, das merken wir ganz bitter und schmerzlich an den jetzigen Preisen.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum?)

– Ja, warum? Weil Öl knapp gehalten ist und wir es im eigenen Land nicht haben. Das ist doch logisch. Beim Gas ist es dasselbe – vielleicht haben Sie es noch nicht gemerkt –: Im eigenen Land haben wir es nicht, sondern müssen es von anderen Ländern beziehen.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wo kriegen wir Uran her?)

Dort aber, wo wir relativ unabhängig sind, wird die Energieversorgung eingestellt, siehe Kernenergie.

Ich zitiere Herrn Michael Stürmer, bekannt als Leiter des Forschungsinstituts in Ebenhausen, aus einem Artikel in der „Welt“:

In Deutschland ist eine merkwürdige, autistisch anmutende Gedankenspaltung zu beobachten. Alle reden vom Dreiliterauto und erkennen damit an, dass Öl knapp und kostbar wird. Zugleich wird der Atomenergie die Zukunft abgeschnitten. Andere Reserveenergien gibt es nicht in praktikablem Umfang.

(Hofmann (CSU): Recht hat er!)

Die Politik setzt auf Technologien, die es noch gar nicht gibt, und auf Gesetze der Physik, die erst noch geschaffen werden müssen. Das Land lebt vom Industrieexport und vom Energieimport. Nichts ist so global wie der Energiemarkt, und nichts ist so provinziell wie die neue deutsche Energiepolitik.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dass dies Zukunft habe, erfordert einen starken Glauben.

(Dr. Kaiser (SPD): Seit wann versteht der was von Energiepolitik?)

– Ein bisschen mehr als Sie, Herr Kaiser.

(Hoderlein (SPD): Wes, Brot ich ess, des, Lied ich sing!)

Ich habe zwei- und dreitägige Konferenzen bei Herrn Stürmer mitgemacht mit Energieversorgern aus Osteuropa, aus Russland, die gesagt haben, dass sie in diesen Markt liefern wollen, die dafür ein Kraftwerk in Königsberg bauen, und die auch ein Kraftwerk in St. Petersburg bauen, weil sie den skandinavischen Markt beliefern wollen. Aufgrund der Preise am Markt versprechen sie sich Renditen, um ihre Kraftwerke zu rehabilitieren. Das wird in absehbarer Zeit kommen, und Sie werden es nicht aufhalten können. Lieferungen aus Tschechien, aus der Slowakei, aus Polen und aus anderen Ländern werden kommen, und Sie werden sie nicht aufhalten können. Ich frage Sie: Wollen Sie den Beitritt dieser Länder zur EU an dieser Frage scheitern lassen?

Diese Frage wurde bezüglich Temelin an Herrn Trittin gerichtet. Er hat gesagt: Die EU soll einschreiten. – Will man jetzt ernsthaft vorgehen oder nicht? Führt man hier nur ein Theater auf? Bisher ist das nur ein Theaterspiel.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was würden Sie zu der Frage sagen?)

Ich habe Herrn Trittin im Bundestag gefragt, was er denn tun will, wenn demnächst bei uns die Kernkraftwerke abgeschaltet werden und Temelin liefert. Antwort: Wenn die den europäischen Sicherheitsstandard einhalten, kann ich nichts dagegen haben.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, wir stellen die sichersten Kernkraftwerke der Welt ein und beziehen dann Strom aus Kernkraftwerken, die diese hohen Maßstäbe nicht erfüllen. Das ist rot-grüne Energiepolitik.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie sollten zur Kenntnis nehmen: Auch wenn wir unsere 19 Kernkraftwerke abschalten, so gibt es weltweit 440, und 43 sind im Bau. Die USA sind zur Zeit dabei, die

Laufzeit ihrer Kernkraftwerke von 40 auf 60 Jahre zu verlängern. Für das erste ist es genehmigt, 19 weitere Anträge liegen vor. Frankreich hat Ähnliches vor.

Wir diskutieren mit dem Osten über die Sicherheit der Kernkraftwerke. In Temelin werden Sie schon deswegen keine Chance haben, weil Westinghouse die Sicherheitstechnik gemacht hat. Westinghouse wird sich von Ihnen nicht erklären lassen, dass ihre Kernkraftwerke unsicher sind.

(Maget (SPD): Das haben Sie doch selber gesagt!)

Von Ihnen werden sie sich das nicht erklären lassen.

(Maget (SPD): Aber von Ihnen!)

Deswegen lässt die Bundesregierung Rot-Grün in Bayern tönen, in Berlin sind sie relativ ruhig. In Richtung Brüssel machen sie nichts und in Richtung Amerika schon gleich gar nichts. Das ist das ganze Maß an Scheinheiligkeit, das in dieser Diskussion praktiziert wird.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Noch etwas ist in meinen Augen für einen Wirtschaftsstandort wie Deutschland völlig unverständlich: dass wir uns durch den Ausstiegsbeschluss aus der Diskussion um die Sicherheitstechnik der Kernkraftanlagen verabschieden

(Dr. Wilhelm (CSU): So ist es!)

und das Thema anderen Ländern überlassen, die diese hohen Anforderungen nicht haben.

(Beifall bei der CSU)

Das ist für mich insgesamt unverständlich und auch unrealistisch.

Ich fand auch seltsam, was der Bundeswirtschaftsminister am 13. Oktober laut „Handelsblatt“ gesagt hat:

In diesem Zusammenhang sprach sich Müller strikt gegen Importverbote für ausländischen Strom und für zusätzliche Abgaben auf Stromimporte aus. Stromimporte grundsätzlich zu verbieten sei ein nicht akzeptabler Eingriff in die unternehmerische Freiheit. Im Übrigen könne man dem Strom nicht ansehen, ob er aus erneuerbaren Energiequellen oder aus Kernkraftwerken komme.

Am Sonntag hat er etwas anderes gesagt, nämlich: Schmutzige Energie – damit meinte er die Kernenergie – solle man nicht beziehen. Von Freitag bis Sonntag hat er also gelernt, den Strom aus Kernenergie vom Strom aus erneuerbaren Energien zu unterscheiden.

Meine Damen und Herren, das Problem liegt darin, dass das, was Sie auflegen, nicht zukunftsfähig ist und dass bei aller Förderung der regenerativen Energien von Ihnen der falsche Weg eingeschlagen wird.

Wir in Bayern haben in den letzten Jahren für Projekte erneuerbarer Energien rund 55 Millionen DM ausgegeben, für Biomasse rund 230 Millionen DM aus dem Haushalt des Landwirtschaftsministers, für kommunale Energieeinsparprojekte 7,5 Millionen DM, für die Breitenförderung bei den erneuerbaren Energien 110 Millionen DM und für Wasserstoff- und Brennstoffzellenprojekte 80 Millionen DM zum guten Teil ausgegeben, der Rest steht zur Verfügung.

(Zuruf der Frau Abg. Biedefeld (SPD))

Wir haben immer darauf geachtet, die Forschung zu fördern, die Entwicklung zu fördern, Pilotprojekte voranzutreiben und darauf zu schauen, dass diese regenerativen oder alternativen Energien nach Möglichkeit wirtschaftlich werden. Dort, wo sie nahe an der Wirtschaftlichkeit sind, kann man in die Breitenförderung gehen. Man muss aber ökonomisch den Druck aufrechterhalten, damit an Verbesserungen gearbeitet wird und man mit diesen Energien wettbewerbsfähig wird.

Was Sie machen, ist eine pauschalierte Subvention und damit ein Ausbau des Status quo, ohne zu wissen, ob es in den nächsten Jahren nicht entsprechende Verbesserungen oder andere Technologien gibt. Nehmen wir einmal an, Sie bauen in den nächsten fünf Jahren die Kraft-Wärme-Kopplung auf der jetzigen Basis aus und die Wasserstofftechnologie entwickelt sich zu einer hervorragenden Technologie, dann haben Sie Rieseninvestitionen mit subventionierten Mitteln getätigt, die in einigen Jahren überflüssig sind.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie wollen Sie den Wasserstoff erzeugen?)

– Der Wasserstoff. Gegen den haben Sie in den letzten Jahren gemostert, und jetzt entdecken Sie ihn plötzlich.

(Beifall bei der CSU – Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie wollen Sie denn den erzeugen?)

Ich bin froh, dass die Grünen bei diesem Thema mittlerweile kapiert haben, was eigentlich los ist. Ich habe festgestellt, das dauert bei Ihnen im Schnitt immer fünf Jahre.

(Heiterkeit bei der CSU – Glück (CSU): Länger!)

– Länger.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bei der Bio- und Gentechnologie haben Sie 1973/74 den Beschluss gefasst, diese nicht zuzulassen, selbst wenn sie Menschenleben retten könnte. Das war auf einem Parteitag der GRÜNEN in Eching. Kürzlich habe ich gelesen, dass die GRÜNEN einen Parteitag zur Förderung der Bio- und Gentechnologie abgehalten haben.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diesen Parteitag kenne ich nicht!)

– Dann werde ich Ihnen Informationen dazu geben.

Über die Messe München haben die GRÜNEN so lange gemosert, bis sie fertig gestellt war. Jetzt lobt Herr Monatzeder bei jeder Messeeröffnung, an der er teilnimmt, den Messestandort München. Das dauert alles seine Zeit bei den GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Der Weg der permanenten Dauersubvention und des garantierten Strompreises, unabhängig von der Frage, ob damit der technische Fortschritt forciert wird, ist falsch. Der richtige Weg ist, den technischen Fortschritt bei den regenerativen Energien durch Förderung der Forschung, Entwicklung und, wenn sie marktnah sind, mit der Breitenförderung, voranzutreiben. Heute für die Windenergie, die Solarenergie und die Kraft-Wärme-Kopplung unabhängig vom technologischen Fortschritt pauschale Preise festzuschreiben, das ist der falsche Weg. Die Reduzierung um 0,5 Pfennig pro Jahr auf vier Jahre kompensiert das nicht.

Ich möchte sehen, wie Sie es den Menschen an den bestehenden Standorten klarmachen, dass man diese Standorte, wo der Strom für vier oder fünf Pfennig hergestellt wird, schließt, dafür aber andere Standorte aufbaut, wo der Strom für 9, 12, 17 oder 99 Pfennig produziert wird. Diese Logik bitte ich zu erklären. Der Drive, der in den Innovationsprozessen steckt, wird auf diese Weise nicht gefördert.

Lassen Sie mich ein Fazit ziehen: Rot-Grün betreibt mit dem Ausstieg aus der Kernenergie und damit mit der Gefährdung auch der konventionellen Standorte eine für einen Industriestandort wie Deutschland nicht verantwortbare Energiepolitik.

(Beifall bei der CSU)

Die Abhängigkeit vom Ausland steigt durch Öl-, Gas- und Stromimporte. Ich verstehe die EU-Kommissarin Frau Palacio, die gesagt hat, wenn man aus der Kernenergie aussteige, müsse man sich außenpolitisch ganz wesentlich um die Sicherung der Energiequellen kümmern. Das wird ein Thema werden, weil sich die Energiequellen zum Teil in unsicheren Ländern befinden.

Bei uns werden die technologischen Stärken abgebaut, so wie es bei der Kernenergie der Fall ist, und der Energiemix wird beeinträchtigt. Die CO₂-Thematik spielt bei Ihnen keine Rolle mehr. Die geplante Neuregelung zur Kraft-Wärme-Kopplung bedeutet ein Kraftwerksvernichtungsprogramm und damit ein Arbeitsplatz- und Kapitalvernichtungsprogramm in gewaltigem Ausmaß. Der Abbau dieser Kraftwerkskapazitäten reduziert auch die Stromerzeugung im Inland. Wir werden zunehmend zu Stromimporten verurteilt. Die Erzeuger werden auf diese Weise zunehmend zu Stromhändlern. Wir verlieren Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Qualität als Industriestandort. Diese Politik ist in sich weder konsequent noch stimmig noch zukunftsfruchtig noch ist sie europäisch harmonisiert. Ich verweise auf Frankreich, das sich jetzt fragt, warum es den Markt völlig öffnen solle, wenn demnächst durch die Regelungen, die

Deutschland betreibe, der subventionierte und reglementierte Strommarkt wieder 35 bis 40% ausmache. Darüber gibt es derzeit einen Streit in Brüssel.

Meine Damen und Herren, die Kernenergieausstiegspolitik der Bundesregierung, die sich von einer Stromerzeugungstechnologie verabschiedet, für die es in Deutschland und Bayern keine gleichwertige Alternative gibt, wird für die Versorgungssicherheit von großem Schaden sein. Das Thema der Kosten habe ich bereits angesprochen. Die Förderung der Windenergie leidet daran, dass sie hoch subventioniert ist und die Anlagen keine permanent verfügbare Energie erzeugen. Die Politik in Bezug auf die regenerativen Energien geht von einem falschen Ansatz aus. Die rot-grüne Energiepolitik ist ideologisch geprägt, verstärkt die Abhängigkeit vom Ausland und ist für einen Industriestandort wie Deutschland nicht akzeptabel. Offensichtlich hat man noch nicht verstanden, dass es beim Thema Energie um eine zentrale Zukunftsfrage geht, die nicht vier Legislaturperioden umfasst, sondern vier Jahrzehnte der Weiterentwicklung unseres Industriestandortes betrifft.

(Beifall bei der CSU)

Hierbei auf Optionen zu setzen, die zwar wünschenswert und auch sinnvoll sind, wenn sie vernünftig entwickelt werden, die aber heute noch nicht verfügbar sind und nicht garantiert werden können, das kann nicht der Weg sein, zumal dies mit einer Methode betrieben wird, die den Fortschritt eher bremst als vorantreibt. Strom bleibt die wesentliche Schlüsselindustrie für moderne Zukunftstechnologien. Damit ist Strom für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands von herausragender Bedeutung. Deswegen hoffe ich, dass diese Energiepolitik bald wieder auf einen vernünftigen Weg zurückgeführt wird. Sie werden an Ihren Widersprüchen scheitern.

(Beifall bei der CSU)

Sie werden an Ihren Widersprüchen scheitern, weil Sie nach dem Beitritt der osteuropäischen Ländern in einigen Jahren niemandem erklären können, warum es selbstverständlich ist, von dort Strom, der in Kernkraftwerken produziert worden ist, zu beziehen, die Kernkraftwerke bei uns aber abzuschalten.

(Beifall bei der CSU)

Sie werden niemandem erklären können, dass man hohe Sicherheitsanforderungen bei uns beerdigt und sich woanders Sicherheitsrisiken aussetzt. Sie werden niemandem erklären können, warum man Stromanlagen mit Strompreisen in Höhe von 15 und mehr Pfennig baut und die Kraftwerke schließt, die ökologisch vertretbar Strom zu einem Preis von fünf oder sechs Pfennig herstellen. Sie werden niemandem erklären können, warum man Kapital und Arbeitsplätze vernichtet und an anderer Stelle auf Hoffnungswerte setzt. Sie werden auch niemandem erklären können, dass man damit auf Dauer eine garantierte und sichere Stromversorgung für den Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland erreichen kann.

Diese Widersprüche werden nicht nur von uns klargestellt, sondern sie werden auch von den Arbeitnehmern in den Betrieben erkannt. Diese Arbeitnehmer, von denen Sie angenommen haben, dass sie traditionell SPD wählen, werden Ihnen etwas anderes erzählen. Die Arbeitnehmer fühlen sich von der SPD nicht nur nicht verstanden und vernachlässigt, sondern sie sagen, dass hier eine Politik vertreten wird, die ihnen nicht mehr erklärbar ist.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sollten Sie deutlich machen, dass noch mehr Kraftwerke verschwinden werden, weil das die logische Folgerung Ihrer Politik ist. Erklären Sie es den Menschen in Arzberg und Franken II, Herr Landesvorsitzender der SPD. Die Arbeitnehmer schlagen mittlerweile auch gegenüber den Gewerkschaften ganz andere Töne an. Mit Ihrer Politik werden Sie weder vor den Arbeitnehmern noch vor der Wirtschaft, noch vor der Aufgabe, die wir eigentlich haben, bestehen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 40 Minuten pro Fraktion vereinbart. Als erste Rednerin hat Frau Kollegin Biedefeld das Wort.

Frau Biedefeld (SPD): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben derzeit eine Kahlschlagspolitik durch den Energiekonzern e.on, die von der Bayerischen Staatsregierung abgesegnet ist.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Die Kraftwerksstilllegungen und der Abbau von rund 700 Arbeitsplätzen in Bayern sind das Ergebnis einer nicht nur unsinnigen, uneinsichtigen und vernagelten Energiepolitik in Bayern und 16 Jahre lang auf Bundesebene, die ohne Rücksicht auf Verluste gleich welcher Art auf Atomkraft fixiert ist, sondern auch das Ergebnis einer gescheiterten bayerischen Industrie- und Wirtschaftspolitik infolge der Fusion von Viag und Veba.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer hat denn zu verantworten, dass der Freistaat Bayern keinerlei Mitspracherecht bei derartigen Konzernplanungen hat und es zu Stilllegungen und Arbeitsplatzabbau kommt? Wer hat denn zu verantworten, dass jegliche Einflussnahme für Geld geopfert wurde? Wer hat denn zu verantworten, dass Bayern völlig unzureichend im Vorstandsgremium von e.on vertreten ist?

Wer hat dies zu vertreten? Allein Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber, die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Mehrheit in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD – Glück (CSU): Warum haben Sie dem Vertrag im Landtag zugestimmt?)

– Dazu komme ich noch. – Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der CSU: Die SPD-Landtagsfraktion wird Sie nicht aus Ihrer Verantwortung entlassen. Jetzt zeigt sich wirklich das Ausmaß der Folgen Ihrer Politik und das Ausmaß der Hilflosigkeit der Bayerischen Staatsregierung.

e.on argumentiert mit der Notwendigkeit von Kapazitätsabbau. Wie schreibt Dr. Otto Majewski, Vorsitzender des Aufsichtsrats der EVO, der Energieversorgung Oberfranken AG, mit Datum vom 9. Oktober dieses Jahres an den Präsidenten des Bezirkstags von Oberfranken, Herrn Sitzmann? Ich zitiere:

Eine weitere Rechtfertigung für die insgesamt benötigte Erzeugungskapazität ist die Tatsache, dass in dem durch die Fusion von PreußenElektra und Bayernwerk entstandenen größerem Erzeugungssystem in Summe ein geringerer Bedarf für Reservekapazitäten besteht als in den früher getrennten Kraftwerkparcs. Deswegen werden auch Reservekapazitäten reduziert.

Ganz klar: Die von der Staatsregierung forcierte und abgesegnete Fusion hat dazu geführt, dass der Bedarf an Reservekapazitäten gesunken ist. Deswegen werden diese nun abgebaut und damit auch Arbeitsplätze. Wer hat dies denn trotz aller Warnungen forciert? Wir hatten doch ausführlich darüber diskutiert. Ich habe die Protokolle der entsprechenden Beratungen gründlich gelesen. Wer hat denn trotz aller Warnungen hier im Hause auf eine Fusion hingewirkt, seine Anteile ohne Standortsicherung verscherbelt und damit seinen Einfluss aufgegeben? Ich sage es noch einmal: Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber, die Staatsregierung und die CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Da waren die Einnahmen aus dem Verkauf von Anteilen wichtiger als ein gewichtiges Mitspracherecht. Da war das Geld wichtiger als Arbeitsplätze und die damit im Zusammenhang stehende Regional- und Strukturpolitik. Jetzt werden dicke Krokodilstränen geweint. Wie sagte doch Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber? „Die Staatsregierung kann diese unternehmerische Entscheidung nicht verhindern.“ Nicht mehr, so sage ich. Wie soll das funktionieren, wenn man nur noch 5,5% der Anteile hält? Staatskanzleichef Huber ärgert sich darüber, dass e.on keinerlei Rücksicht auf energie- und wirtschaftspolitische Fragen nimmt.

Wo hat denn die Bayerische Staatsregierung, als sie beschloss, die staatlichen Anteile zu verkaufen, auf energie- und wirtschaftspolitische Fragen Rücksicht genommen? Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber hat ja nicht einmal dafür gesorgt, ja – ich sage es noch deutlicher –, er hat es versäumt, die Berücksichtigung bayerischer Interessen beim Verkauf der staatlichen Anteile ausreichend abzusichern. Dies gilt sowohl im Hinblick auf Verträge als auch bezüglich der Zusammensetzung des Vorstandsgremiums.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb machen wir den Ministerpräsidenten und die Staatsregierung für das sich abzeichnende strukturpolitische Desaster verantwortlich. Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, Sie hätten hier unter Beweis stellen können, dass Sie wirklich über ökonomische Kompetenz und Verhandlungsgeschick verfügen. Aber nein: Sie wurden von den beiden Konzernen regelrecht an die Wand gedrückt; Sie haben sich von ihnen über den Tisch ziehen lassen. Dafür haben Sie sich seinerzeit auch noch feiern lassen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Die Staatsregierung hätte sich einmal ein Beispiel an der Oberfrankenstiftung nehmen sollen. Ein Kompliment an die dort Verantwortlichen! Ich hoffe, sie bekommen Recht. Sie haben, wenn es um die Erfüllung von Verträgen geht, zumindest noch ein Druckmittel in der Hand, über das die Staatsregierung nicht verfügt. Die Oberfrankenstiftung hat nämlich im Zuge des Austauschs von EVO- gegen Bayernwerk-Aktien im Oktober 1996 einen Vertrag mit dem Bayernwerk abgeschlossen, der als Teil der vertraglichen Verpflichtung des Bayernwerks Garantien für das Kraftwerk Arzberg enthält. Pacta sunt servanda. Dieses Grundprinzip des Rechtswesens gilt auch für die e.on Energie AG als Rechtsnachfolgerin des Bayernwerks.

Der Stiftungsrat der Oberfrankenstiftung hat angekündigt, gegen die vom Vorstand der e.on Energie AG beschlossene Stilllegung des Kraftwerks Arzberg und damit gegen diesen klaren Vertragsbruch mit allen, aber auch allen zur Verfügung stehenden Mitteln vorzugehen. Wenn jetzt im Raum steht, dass das Arzberger Kraftwerk aufgrund des erwähnten Vertrags doch bis zum Jahr 2005 am Netz bleibt, ist dies nicht das Verdienst der Staatsregierung, sondern das der Oberfrankenstiftung, die hervorragend verhandelt und den entsprechenden Vertrag abgeschlossen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wo sind denn entsprechende Absicherungen und Garantien für die anderen betroffenen Kraftwerke, für die Standorte Schwandorf, Pleinting, Frauenaarach und Aschaffenburg? Haben Sie etwas vorzuweisen, meine Damen und Herren von der CSU? Was ist mit den Versprechen, die Sie damals in Schwandorf gegeben haben? Stichwort: WAA-Ausgleichsmittel, Solarzellenfabrik. Sie haben z. B. versprochen, gemeinsam mit den Energieversorgungsunternehmen unter Verwendung der erwähnten Ausgleichsmittel eine Solarzellenfabrik in Schwandorf zu errichten. Wo ist diese Fabrik? Sie haben die alten Versprechen noch nicht eingelöst und geben schon wieder neue. Auch diese werden Sie nicht einlösen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die SPD-Landtagsfraktion wird es nicht zulassen, dass Sie sich hier aus der Verantwortung stehlen, wie Sie es so oft tun, und den Menschen in Bayern einen Bären aufbinden, in dem Sie sagen, alles Schlechte käme aus Brüssel und natürlich in erster Linie aus Berlin und alles Gute vom Franz-Josef-Strauß-Ring 1, aus der Staats-

kanzlei. Es wird Ihnen nicht gelingen, den Menschen dies weiszumachen. Wir werden den Finger auf die Wunde legen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister Dr. Wiesheu, nicht nur Sie sprechen mit Betriebsräten und mit Belegschaften. Ganz aktuell: Mein Kollege Herr Vogel ist eben von einem Gespräch mit Mitgliedern des Betriebsrats des Kraftwerks Franken II zurückgekehrt. Dort war kein Wort der Kritik an der rot-grünen Bundesregierung zu hören. Dort ging es nicht um den Atomausstieg. Vielmehr ging es um Standortpolitik und die diesbezüglichen Versprechen der Staatsregierung. Sie können Herrn Kollegen Vogel fragen; er kommt gerade von diesem Gespräch.

(Beifall bei der SPD – Maget (SPD), an die CSU gewandt: Nicht immer Märchen erzählen!)

– „Märchen erzählen“, diese Formulierung passt gut; ich greife sie gerne auf.

Ich finde es beschämend, wie sich die Staatsregierung verhält. Auch das möchte ich zum Ausdruck bringen. So hat Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber dem e.on-Chef gleich nach einem ersten dreistündigem Gespräch – so war es zumindest den verschiedenen Medien zu entnehmen – einen finanziellen Ausgleich für die fast 700 bedrohten Arbeitsplätze abzurufen versucht – so nach dem Motto: Geld gegen Arbeitsplätze. Schrecken Sie denn vor nichts zurück?

(Zurufe von der CSU)

– Ja, Bemühungen sind da, und das begrüßen wir. Doch muss es in erster Linie darum gehen, Arbeitsplätze zu erhalten und Standorte zu sichern.

(Zurufe von der CSU)

Darum muss es in erster Linie gehen, nicht darum, Arbeitsplätze mit Geld abzulösen, dieses Geld später aber nicht den betreffenden Standorten zugute kommen zu lassen, wie es bei Schwandorf der Fall war.

(Hofmann (CSU): Lesen Sie einmal Ihren Antrag! – Gegenruf der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr Antrag ist das Eingeständnis Ihrer eigenen Handlungsunfähigkeit!)

Ich weise auch darauf hin, dass es hier um die Aufgabe von Kraftwerkstandorten geht, in deren Erhalt beträchtliche Summen an Steuermitteln investiert wurden, Kraftwerke, die modernisiert worden sind. Atomkraftwerke bleiben hingegen am Netz. Wo bleibt denn da Ihr Energiemix? Sie haben ihn angesprochen, Herr Minister Dr. Wiesheu. Wo bleibt da Ihr Energiemix? Herr Dr. Stoiber, Herr Dr. Wiesheu, so, wie Sie es praktizieren, kann unserer Meinung nach Krisenmanagement nicht aussehen.

Doch ist es nicht verwunderlich, wenn ein Energieriese wie e.on die Schließung von Kraftwerken wie in Arzberg, in Frauenaarach und in Schwandorf mit dem Abbau nicht

mehr benötigter Überkapazitäten begründet und andererseits Atomstrom aus dem neuen, risikobehafteten Kernkraftwerk in Temelin beziehen will, aus einem Kraftwerk, das nicht einmal deutschen Sicherheitsstandards entspricht. Herr Minister Dr. Wiesheu, mir liegt die Antwort auf eine einschlägige Schriftliche Anfrage vor; ich gebe Sie Ihnen gerne zur Kenntnis. Daraus geht hervor: Europäische Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke gibt es nicht. Sie haben sie erwähnt und zitiert. Doch gibt es derlei nicht.

Es verstehe, wer will, wenn e.on jetzt aus Temelin, aus einem risikobehafteten Kraftwerk, Strom bezieht, und das auch noch als Hauptabnehmer; dies wurde jedenfalls angekündigt. Wir haben es hier mit einem ganz klarem Fall von Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Standort Deutschland, gegenüber dem Standort Bayern und vor allem gegenüber den hier lebenden Menschen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und auch gegenüber ihren Sicherheitsinteressen zu tun.

(Zurufe von der CSU)

Ich sage es noch einmal: e.on will tatsächlich Strom aus einem Kernkraftwerk beziehen, das vor sicherheitstechnischen Bedenken nur so strotzt. Doch in der Werbung umgibt man sich – man höre und staune – mit dem Slogan „Neue Energie“. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: „Neue Energie“ aus dem Kernkraftwerk Temelin. Meine Damen und Herren, wer seine Werbestrategie auf „Neue Energie“ ausrichtet und seinen Strom zu Dumpingpreisen aus einem tschechischem Kernkraftwerk beziehen will, handelt nicht nur wettbewerbsverzerrend, verantwortungslos und standortschädigend, sondern hat auch noch den letzten Funken an Glaubwürdigkeit verspielt. Da nutzt es auch nicht Götz George als Weltumsegler und Veronica Ferres als Anita-Eckberg-Verschnitt zu missbrauchen.

Ich rate den Verantwortlichen und Werbestrategen bei e.on – –

(Zwischenruf des Abgeordneten Kaul (CSU))

– Hören Sie mir doch einmal zu, Herr Kollege Kaul.

Ich rate den Verantwortlichen bei e.on und deren Werbestrategen: Wenn Sie ehrlich sind, werben Sie mit dem Slogan: „e.on – Entlassungen ohne nachzudenken“. Das trifft den Kern der Sache wohl eher.

(Beifall bei der SPD)

Die jetzt veröffentlichten Pläne zur Stilllegung von Kraftwerken kommen auch nicht unerwartet. Sie sind auch Folge der in Jahrzehnten der Energiemonopole aufgebauten Überkapazitäten und haben nichts, aber auch gar nichts mit dem Ausstieg aus der Atomenergie zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Die jetzt bekannt gegebene Größenordnung von mindestens 10% der Überkapazitäten wurde von uns oft kritisch angeführt, jedoch noch bis vor kurzem von Seiten der Unternehmen wie auch von Seiten der Bayerischen

Staatsregierung sowie der CSU-Mehrheit hier im Hause vehement bestritten. Ich nenne nur das Stichwort „Versorgungssicherheit“. Das haben Sie immer als Stichwort gebracht. Sie haben die Überkapazitäten nie anerkannt. Wir haben sie Ihnen immer wieder vor Augen geführt.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gingen immer die Lichter aus!)

In Anbetracht dessen ist es geradezu lächerlich, dass Stoiber jetzt neue Gespräche zu einem allgemeinen Energiekonsens einfordert. Den haben wir, ob er das will oder nicht. Wir haben ihn bereits.

(Glück (CSU): Wo denn?)

– Der Konsens besteht.

Man muss auch sagen und klar herausstellen, diese Überkapazitäten wurden über Jahrzehnte auf Kosten der privaten Stromverbraucher aufgebaut, die sie über ihre Stromrechnungen finanziert haben. Nun werden sie in kurzer Zeit auf Kosten der Belegschaften abgebaut. Das ist Fakt und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Schließlich ist für die jetzigen Verwerfungen auf dem Markt der übergangslose Öffnungsprozess des deutschen Energiemarktes verantwortlich, der von der alten Bundesregierung beschlossen wurde und uns in eine sehr ungünstige Wettbewerbssituation in Europa brachte. Deutschland als Europas größter Energieproduzent und größter Energieverbraucher ist im Vergleich zu vielen seiner Nachbarn und Konkurrenten eindeutig im Nachteil. Das haben Sie zu verantworten. Ich sage das Stichwort noch einmal: Übergangsloser Öffnungsprozess.

Der deutsche Alleingang der alten Bundesregierung unter Verzicht auf die Einführung einer wirksamen Gleichwertigkeit der Marktöffnung im Energiewirtschaftsgesetz wirkt sich nun negativ auf die Beschäftigten der Kraftwerke aus. Das erleben wir derzeit.

(Beifall bei der SPD)

Ohne politische Rahmensetzungen wird sich dieser Prozess im Zuge der Europäisierung des Strommarktes fortsetzen. Das geht, wie bereits angeführt, zu Lasten von Beschäftigung, Erzeugung und Umweltschutz. Diese Tendenzen sind für die SPD ein wichtiger Grund, die Politik der Energiewende in Richtung auf Energieeinsparung, Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Koppelung, Brennstoffzellen und Nutzung von Sonne, Wind, Wasser, Geothermie und Biomasse zu verstärken. Herr Minister, diese Politik ist nicht Ursache der heutigen Schwierigkeiten, wie Sie angeführt haben. Sie ist im Gegenteil die Chance, Beschäftigung und Klimaschutz voranzutreiben und die Erschließung neuer Märkte zu erreichen, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen ein Beispiel. Sie haben 1600 Megawatt beim Abbau der Überkapazitäten angeführt. So übertrifft zum Beispiel allein der von der Bundesregierung angestoßene Zuwachs an installierter Windenergieleistung von 1600 Megawatt im Jahr 1999 – in einem Jahr – die Nennleistung des Atomkraftwerks Stade, einem der ältesten Reaktoren, um ein Mehrfaches. Sie stellen die fossilen Kraftwerke mit der besten Technik ab und lassen die AKW teilweise veraltet und risikobehaftet am Netz. Genau das ist die Politik, die Sie hier verfolgen. In diesem Sinne ist auch der Ausstieg aus der – –

(Zwischenruf des Abgeordneten Kaul (CSU))

– Herr Kollege, Sie haben die Möglichkeit zu antworten. Das letzte Mal war es nicht so toll.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne ist auch der Ausstieg aus der Atomenergie eine Richtungsentscheidung für die Zukunft. Das möchte ich klar herausstellen. Dadurch wird die Energiepolitik der letzten Jahrzehnte beendet, immer größere Kapazitäten zu schaffen, die eine entsprechend hohe Nachfrage brauchen. Die Energiepolitik der Zukunft setzt dagegen auf Effizienz und Innovation. Das ist unser Beitrag für Arbeit und Umwelt.

(Beifall bei der SPD)

Als SPD-Landtagsfraktion können wir Ihnen gute Empfehlungen geben, wenn es darum geht, zukunftssträchtige, hochqualifizierte und sichere Arbeitsplätze auf dem Energiesektor sowie in den nachgeordneten Branchen in Bayern zu schaffen. Kolleginnen und Kollegen, fragen kostet nichts. Oder stimmen Sie doch einfach unserem Antrag zu, der in Kürze kommen wird, einem Änderungsantrag zum Haushalt auf dem Energiesektor. Hier haben Sie die Möglichkeit, Einsicht zu zeigen.

Wir fordern schon sehr, sehr lang, die vorhandenen technischen, finanziellen und organisatorischen Potentiale in Bayern zu bündeln und die Wende zu einer zukunftsweisenden Energiewirtschaft zu beschleunigen. Das hat die Mehrheit hier im Hohen Hause immer vehement abgelehnt. Auf Bundesebene – auch das möchte ich noch einmal anführen – hat die SPD-geführte Regierung bereits entscheidende Weichen für eine Energiewende gestellt: Wir haben den Energiekonsens mit den großen Energieversorgungsunternehmen erreicht, mit dem wir mittelfristig einen neuen Energiemix herbeiführen werden. Wir haben das 100 000-Dächer-Solarstrom-Programm, das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Vorschaltgesetz zur Kraft-Wärme-Koppelung, das Programm zur Förderung von Forschungs- und Demonstrationsanlagen im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe und vieles, vieles andere mehr erreicht. Sie halten fest an der Atomkraft und behindern neue, zukunftssträchtige Arbeitsplätze gerade im Handwerk und im Mittelstand. Sie blockieren Wertschöpfung im eigenen Land sowie die Eroberung neuer Exportmärkte. Nichts anderes ist das, das möchte ich ganz klar sagen.

(Kaul (CSU): Warum stehen wir dann überall an erster Stelle?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage zum Schluss: Energiepolitik kann intelligenter sein, als es die Bayerische Staatsregierung glaubt.

(Beifall bei der SPD)

Die Förderung erneuerbarer Energien kann effizienter sein, als es die Praxis in Bayern erlaubt. Erneuerbare Energien sind eine Jobmaschine in Zukunftstechnologien und Zukunftsberufen gerade in Bayern. Erneuerbare Energien machen Schluss mit Ressourcenverbrauch und flankieren eine Umweltpolitik, die wirklich auf Nachhaltigkeit setzt und nicht immer nur dieses Schlagwort bringt. Ich appelliere erneut an Sie: Beginnen Sie endlich mit einer in die Zukunft gerichteten und wirklich nachhaltigen Energie- und Umweltpolitik.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Kollege Dingreiter.

Dingreiter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Rede von Staatsminister Dr. Wiesheu ist deutlich geworden, dass sich die Rahmenbedingungen für die deutsche Energieversorgung im Zuge von Globalisierung und Liberalisierung, der die SPD-Fraktion in Berlin zugestimmt hat, grundlegend verändert haben.

(Maget (SPD): Kann man die Globalisierung ablehnen?)

– Hören Sie genau zu: Der Liberalisierung zugestimmt hat.

Die nationale Energieproduktion ist vom internationalen Wettbewerb deutlich abhängig. Weil das so ist, gibt es überall Fusionen, nicht nur bei Viag und Veba, sondern zum Beispiel auch bei RWE. Ich darf hinzufügen, dass dieser Fusion auch die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag zugestimmt hat. Tun Sie jetzt nicht so, als wüssten Sie von nichts.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Es kommt darauf an, wie man es macht!)

Wenn Sie von einer verfehlten bayerischen Energiepolitik sprechen, muss man deutlich machen, dass wir gern mehr Einfluss hätten, aber Energiepolitik ist eine bundespolitische Angelegenheit. Warum haben Sie uns denn von den so genannten Konsensgesprächen ausgeschlossen? Die Länder haben dort nicht mitreden dürfen.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wären nie vorangekommen!)

Jetzt auf einmal wären wir schuld, wenn einiges in die Hosen geht, wie jetzt deutlich wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bayerische Energiepolitik dort, wo wir sie mitbestimmen konnten,

hat in den letzten 40 Jahren zu günstigen Energiepreisen für Wirtschaft und Verbraucher in Bayern beigetragen. Das war ein Erfolg, der wichtig war. Bayerische Energiepolitik hat dazu geführt, dass ein Drittel aller regenerativen Energien in Bayern erzeugt wird.

Das ist etwas. Wenn Sie, Frau Biedefeld, kritisieren, dass 13% nicht erreicht worden sind, zeigt das nur, dass mit Geld allein nicht alles machbar ist. Es ist ungeheuer schwierig, diese Energien vorzubringen. Wenn es leicht wäre, stellte sich die Frage, warum andere Länder nicht erreicht haben, was Bayern schon längst geschafft hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Und dann haben Sie, Frau Biedefeld, auch noch kritisiert, dass die Gleichwertigkeit der Marktöffnung nicht geschafft worden sei, obwohl das Liberalisierungsgesetz kurz vor Ende der letzten Legislaturperiode verabschiedet worden ist.

(Wortmeldung der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Präsident Böhm: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Biedefeld? –

Dinglreiter (CSU): Gleich, nachdem ich den Satz zu Ende geführt habe. Hätte die Bundesregierung etwas in dieser Richtung tun wollen, hätte sie in Frankreich protestieren müssen. Denn es ist ein Unding, dass Frankreich billigen Kernenergiestrom nach Deutschland liefern kann, selbst aber nicht bereit ist, Strom aus Deutschland abzunehmen. Jetzt kann Frau Kollegin Biedefeld ihre Zwischenfrage stellen.

Präsident Böhm: Bitte, Frau Kollegin Biedefeld.

Frau Biedefeld (SPD): Wenn Geld allein, Herr Kollege, nichts nützt, wie erklären Sie dann, dass über 40% der Anträge im Rahmen des Marktanreizprogramms auf Bundesebene aus Bayern kommen?

(Kaul (CSU): Das spricht doch nur für uns!)

Dinglreiter (CSU): Dazu komme ich noch. Das ist das Problem. Wenn nationale Energieproduktion vom internationalen Wettbewerb abhängt, ist es umso notwendiger, dass die Bundesregierung die energiepolitischen Interessen Deutschlands auf europäischer Ebene abstimmt und generell alle Möglichkeiten nutzt, internationale Handlungsspielräume auszuschöpfen, damit eine deutsche, wettbewerbsfähige Energiepolitik gesichert werden kann. Nichts dergleichen ist geschehen. Das Beispiel Erdöl hat gezeigt, dass die Bundesregierung nichts unternommen und keinen Einfluss auf die Erdölproduzenten ausgeübt hat. Deshalb gehen nicht nur Kohlekraftwerke in die Stilllegung, sondern auch Ölkraftwerke in die Reserve. Denn die hohen Preise sind nicht mehr zu verantworten.

Die von der Union durchgesetzte und von der SPD mitbestimmte Liberalisierung des Strommarktes hat zu deutlichen Preissenkungen geführt. Otto Wiesheu hat sie mit circa 15 Milliarden DM beziffert. Dadurch sind die deutschen Unternehmen im Wettbewerb gestärkt und private Haushalte spürbar entlastet worden. Dieser Erfolg der Liberalisierung darf aber nicht durch zusätzliche Steuern und Abgaben und auch nicht durch dirigistische Eingriffe der Politik konterkariert werden. Das ist leider der Fall. Um zum Beispiel die von der Bundesregierung befürworteten Umweltziele durch KWK-Zubau zu erreichen, müssten Kraftwerkskapazitäten in der Größenordnung von 15000 Megawatt neu gebaut werden. Selbst die energiepolitischen Fachleute der SPD geben zu, dass diese Kapazität nicht für elektrische Energie und Wärme gleichzeitig genutzt werden könnte. Wenn dem aber so wäre, würde es weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll sein, im Gegenteil: Es führte in die Irre. Vor allem führte es zu weiteren Stilllegungen von Kraftwerken mit entsprechenden Verlusten von Arbeitsplätzen.

Wir sind durchaus für Kraft-Wärme-Kopplung. Denn sie ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll, wenn Elektrizität und Wärme gleichermaßen genutzt werden. Erst dann rechnet sich diese Form der Energieerzeugung. Dann kann man sie dem Markt überlassen und von staatlicher Lenkung freistellen. Genau das wäre aber bei einem massiven Zubau nicht möglich.

(Maget (SPD): Auch keine steuerliche Förderung? – Glück (CSU): Lass dich nicht darauf ein, du hast nur 10 Minuten!)

Wenn Rot-Grün im Rahmen seiner Ausstiegspläne nur den Stromanteil erhöhen will, was offensichtlich der Fall ist, dann ist das kontraproduktiv. Denn das ist weder wirtschaftlich noch nützt es der Umwelt. Es führt nur dazu, dass Energieversorger aus Wettbewerbsgründen Strom für ein bis zwei Pfennige je Kilowatt zukaufen, statt ihn für das Mehrfache im Land erzeugen zu lassen. Die mittelfristige Belastung von 18 bis 20 Milliarden DM aufgrund des Umschichtungsprozesses hin zu regenerativen Energien hat die Kraftwerksbetreiber aufgeschreckt, weshalb sie jetzt auf die für uns ungute Weise dafür Vorsorge treffen wollen.

Problematisch ist vor diesem Hintergrund die unverhältnismäßig hohe Förderung der Photovoltaik. Wenn Sie das 100000-Dächer-Programm als markantes Beispiel ihrer alternativen Klima- und Energiepolitik preisen, darf ich darauf hinweisen, dass damit leider Gottes kein messbarer Beitrag zur Stromversorgung und zur CO₂-Reduktion erreicht wird. Photovoltaik ist ohne Zweifel eine wichtige Zukunftsoption. Sie muss weiterentwickelt und erforscht werden; denn wir wollen sie industriepolitisch nutzen. Genau darauf muss sich die Förderung konzentrieren. Breitenförderung wie das 100000-Dächer-Programm führt zu nichts. Hier wird für eine Mark mit Geldern der übrigen Stromabnehmer erneuerbare Energie eingekauft, die tatsächlich nur wenige Pfennige wert ist; sie ist weit weg von der Wirtschaftlichkeit. Deshalb müssen wir uns fragen, ob die praktizierte Form der Förderung noch sinnvoll ist.

(Frau Biedefeld (SPD): Darüber entscheiden Sie aber nicht!)

– Ich sage meine Meinung dazu. Sie haben die Ihre; ich werde sie Ihnen lassen. Auch wenn Sie Generalsekretärin sind, müssen Sie damit rechnen, auf Widerspruch zu stoßen. Photovoltaik ist industriepolitisch sinnvoll, energiepolitisch aber für unsere Breitengrade noch lange keine nennenswerte Alternative. Wir sollten das Geld besser für regenerative Energien einsetzen, die näher am Markt sind und bei denen wir mit weniger Aufwand wettbewerbsfähige Alternativen erreichen können. Sonst droht eine zunehmende Verlagerung der Stromerzeugung auf Kernenergiebasis ins Ausland. Mir würde das englische Modell wesentlich besser gefallen, nämlich auszuschreiben, was an Geld verfügbar ist, und denjenigen Angeboten den Zuschlag zu geben, die am nächsten am Markt sind. Nur das führt zu wettbewerbsfähigen Alternativen.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Engländer beneiden uns um unsere Regelung!)

– Nicht alle, sonst hätten sie es anders gemacht. Wir müssen in Deutschland vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Liberalisierung die gesamte Energiepolitik neu überdenken. Sonst gibt es bald weder eine regional ausgewogene Energiepolitik noch einen sinnvollen Energiemix. In Bayern ist das ohnehin schon infrage gestellt. Hier zeigt sich, dass es in Berlin keinen Energiekonsens mit differenzierten und umfassenden Zukunftsperspektiven gegeben hat, sondern allenfalls eine Vereinbarung über den Ausstieg aus der Kernenergie. Wenn Sie, Frau Biedefeld, das Verhalten der Konzerne beklagen, frage ich mich, mit wem Sie in Berlin verhandelt und einen Konsens geschlossen haben.

Die Aspekte, auf die ich hingewiesen habe, hätten doch auch zu einer umfassenden Zukunftsperspektive gehört. Heute stellt sich die Frage, wo beim Ausstieg aus der Kernenergie eine echte Alternative erkennbar ist, wenn Kohlekraftwerke in küstenfernen Gebieten stillgelegt und Ölkraftwerke in die Reserve genommen werden. Mittelfristig ist das ein Umstieg auf die Kernenergie, die scheinbar indirekt gewollt ist, deren Strom aber nicht in Deutschland erzeugt, sondern aus dem Ausland eingeführt wird – und das zu Bedingungen, die wir nicht gutheißen können. Wenn Sie uns das vorhalten, frage ich mich, weshalb Ihr Umweltminister nicht schon längst gegen Temelin protestiert hat. Er hat es zuerst gar nicht, dann zu spät und halbherzig getan.

(Frau Biedefeld (SPD): Wie der Stoiber!)

Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, dem Dringlichkeitsantrag der CSU zuzustimmen. Dem Dringlichkeitsantrag der SPD würden wir ebenfalls zustimmen, wenn Sie bereit wären, einige Änderungen vorzunehmen. Ich habe mit Herrn Kollegen Schläger bereits darüber gesprochen. Punkt 1 würden wir so übernehmen, wie von Ihnen vorgeschlagen. Punkt 2 sollte lauten: „Falls das nicht oder nur teilweise zu erreichen ist, sollen vom bzw. mit Hilfe des e.on-Konzerns in den betroffenen Kommunen Ersatzarbeitsplätze in gleicher Anzahl geschaffen werden.“ Und Punkt 3 sollte lauten: „Die

Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, durch eigene Maßnahmen und Aktivitäten zu einem entsprechenden Ausgleich an Arbeitsplätzen an den betroffenen Standorten beizutragen.“ In der ursprünglichen Formulierung waren planwirtschaftliche Ansätze zu erkennen, die wir nicht mittragen können.

Der erste Abschnitt des Dringlichkeitsantrags des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist mit der Politik von Trittin nicht zu erreichen.

Im Übrigen ist der Antrag reichlich widersprüchlich. Aus diesem Grunde können wir ihm nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Dr. Wiesheu, ich erlaube mir, zunächst auf einige Punkte in Ihren Ausführungen einzugehen, damit sie nicht unter den Tisch fallen. Wenn Hep Monatzeder als Münchner Bürgermeister den Standort München und die Messe München lobt, ist er ein guter Bürgermeister.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie große Probleme – ja Bauchweh – mit unserem Technologiekongress haben, freut uns.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einige Sätze zum Vorschaltgesetz zur Kraft-Wärme-Kopplung. Hier werden aus gutem Grund neun Pfennig pro Kilowattstunde gezahlt. Das bedeutet, dass von allen Stromerzeugern ungefähr ein halber Pfennig draufgelegt werden muss. Herr Kollege Dr. Wiesheu, Sie werden doch nicht im Ernst behaupten, dass diese 0,5 Pfennig entscheidend sind. Bei den Gestehungskosten des Stroms geht es zurzeit um ganz andere Unterschiede. Ihre Ausführungen zur Windenergie sind ebenfalls sehr interessant: Sie haben gesagt, die Windenergie würde mit 16 Pfennigen pro Kilowattstunde subventioniert. Wenn ich die Mehrwertsteuer einrechne, sind es 17 Pfennige. Herr Minister, Ihre Redenschreiber haben offenbar vergessen, dass dieser Betrag unter der CDU/CSU-FDP-Koalition viel höher lag. Im Rahmen des Gesetzes über die erneuerbaren Energien ist dieser Betrag partiell sogar heruntergefahren worden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Staatsminister Dr. Wiesheu, Sie haben Krokodilstränen darüber vergossen, weil einzelne Energien vom Wettbewerb freigestellt wurden. Da kommen uns die Tränen. Ist denn die Kernenergie nicht jahrzehntelang freigestellt worden?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zig Milliarden DM sind da reingegangen!)

Die Diskussion um die Kraftwerksstilllegungen zeigt die Scheinheiligkeit und Verlogenheit von CSU und Staatsregierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie eignet sich, die Saumseligkeit bzw. Inkompetenz der bayerischen Energiepolitik auszuleuchten. Die Pläne zur Kraftwerksstilllegung sind zum einen Beleg für die riesigen Überkapazitäten in Bayern und in Deutschland. Sie zeigen zum anderen aber auch, wie die Mär „die Lichter gehen aus“ zu werten ist. Zur installierten Leistung in Bayern: Wir haben eine Engpassleistung in der Größenordnung von etwa 16 000 Megawatt. Die Jahreshöchstlast beläuft sich auf 10 000 Megawatt. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat als Energieaufsichts- und Preisaufsichtsbehörde die aufgebauten Überkapazitäten zu verantworten. Es ist auch dafür verantwortlich, dass sich die Energieversorger jahrelang zulasten von Wirtschaft und Bürgern bereichern konnten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der oben genannten Überkapazitäten nehmen sich die derzeitigen Importe, zum Beispiel aus Tschechien, eher bescheiden aus. Aus Tschechien werden zurzeit ungefähr 10 000 Gigawattstunden im Jahr nach Bayern importiert. Aus Russland soll etwa dieselbe Importmenge fließen. Wir haben zu dem Thema „Stromimport aus Russland“ und zu den Verträgen der Bayernwerk AG mit dem russischen Konsortium einen Berichtsantrag gestellt. Die CSU hat dieses Thema für so wenig bedeutend gehalten, dass dieser Berichtsantrag abgelehnt wurde. Ich erinnere mich aber, dass Ihr Vertreter im Ausschuss, Herr Beck, gesagt hat, es sei wunderbar, wenn aus Russland Strom aus Atommeilern importiert werde, da das der Ertüchtigung dieser Meiler diene. Dies geht aus dem Protokoll hervor. Diese Argumentationschiene können wir auch auf Temelin umlegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zu den Importmengen: Diese Mengen dürften erst der Anfang sein. Nachdem der Engpass für den Import bei den Leitungen liegt, ist es nahe liegend, dass diese Leitungen möglichst effektiv und effizient also für die Grundlast genutzt werden. Und gleichzeitig plant der Konzern e.on in Bayern in einem ersten Schritt Braunkohlekraftwerke, also Grundlastkraftwerke stillzulegen. Dies macht 550 Megawatt aus, was etwa 3700 Gigawattstunden entspricht. Diese Stilllegungsvorhaben sind ganz eindeutig eine Folge des geänderten Ordnungsrahmens im Strommarkt, also des Binnenmarktes für Strom und Gas, und des deutschen Energiewirtschaftsgesetzes, das vor nicht wenigen Jahren geändert worden ist. Die GRÜNEN haben damals sowohl im Bundestag als auch im Landtag auf Modifikationen gedrängt, sind aber immer gescheitert, nicht zuletzt auch am Widerstand der CSU.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Stilllegungsvorhaben sind kein Resultat des „Atomkompromisses“, wie es von den Herren Dr. Stoiber, Glück, Dr. Wiesheu und Huber immer wieder behauptet

wird. In Ihrem Dringlichkeitsantrag zu diesem Thema wird formuliert: „Der Bayerische Landtag sieht die Kraftwerksstilllegungen im Zusammenhang mit der verfehlten Energiepolitik der rot-grünen Bundesregierung.“ Das stimmt definitiv nicht. Herr Kollege Hofmann, ich möchte einiges aus dem Bericht vorlesen, den Herr Staatsminister Dr. Wiesheu vor gut zwei Jahren im Wirtschaftsausschuss zu dieser Problematik gegeben hat. Damals gab es gerade erst die rot-grüne Bundesregierung und noch keinen Atomkompromiss. Dieser Atomkompromiss wurde nämlich erst am 14. Juni 2000 geschlossen. Der Bericht des Wirtschaftsministers wurde hingegen am 12. November 1998 gegeben. In diesem Bericht wurden die Stilllegungspläne gerechtfertigt. Damals ging es um die Kaltreserve von Aschaffenburg und die Stilllegung zweier Blöcke in Schwandorf. Sie haben zunächst die Begründung dieser Maßnahmen aus der Sicht der Bayernwerk AG vorgetragen:

Die Bayernwerk AG begründet die Notwendigkeit der Maßnahmen im Wesentlichen mit erheblichen Überkapazitäten, nicht nur im eigenen, sondern auch im gesamten deutschen und europäischen Kraftwerkspark, mit dem wachsenden Wettbewerbsdruck, einmal durch die Liberalisierung aber auch durch extrem kostengünstige Kraftwerksentwicklung auf Gasbasis

Der dritte Grund lautet:

und mit der dauerhaft nicht mehr erreichbaren Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Kraftwerksblöcke.

Herr Minister Dr. Wiesheu, Sie haben dann eine sehr interessante Zahl genannt:

Allein für den eigenen Konzernbereich hat das Bayernwerk eine zumindest mittelfristig dauerhafte Kraftwerksüberkapazität in der Größenordnung von 900 Megawatt ermittelt.

Sie wissen, dass Franken 2 zunächst einmal auf die längere Schiene gelegt wird. Dies hängt wiederum damit zusammen, dass dieses Kraftwerk von den Zuzahlungen des Vorschaltgesetzes zur Kraft-Wärme-Kopplung profitieren will. Wenn wir ein bisschen rechnen, kommen wir bald auf die Größenordnung, die Sie im November 1998 genannt haben.

Nun zur Bewertung aus der Sicht des Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie. Hier heißt es:

Vorweg ist zu betonen, dass die Entscheidung des Bayernwerks nach der grundlegenden Reform des deutschen Energierechts im April dieses Jahres keiner staatlichen energiewirtschaftlichen Kontrolle und Eingriffsmöglichkeit mehr unterliegt.

Es heißt weiter:

Es war die politisch unumstrittene Absicht der Liberalisierung, durch verstärkten Wettbewerb nicht nur Kosten und Preise der Stromversorgung zu senken, sondern auch mehr Effizienz bei der Erzeugung und

Verteilung durch neue Technologien und damit mehr Umwelt- und Ressourcenschutz zu erzwingen. Wenn dies aber gewollt ist, muss auch akzeptiert werden, dass frei werdende Kraftwerkskapazitäten abgebaut werden.

Sie haben bereits damals von einer Größenordnung gesprochen, die der heutigen sehr nahe kommt. Diese Konstruktion, wonach die rot-grüne Bundesregierung und der Atomausstieg Signale gesetzt hätten, weshalb auch andere Kraftwerke im Bereich der Grundlast – zum Beispiel Braunkohlekraftwerke – stillgelegt werden müssten, ist einfach absurd und schäbig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Binnenmarkt für Strom und Gas verlangt auch nach einheitlichen Rahmenbedingungen, andernfalls drohen Wettbewerbsverzerrungen und Verwerfungen. Wir haben gleiche Wettbewerbschancen auf europäischer Ebene immer eingefordert. Sogar hier im Bayerischen Landtag haben wir diesbezüglich einen Dringlichkeitsantrag zum Vertrag von Amsterdam gestellt. In diesem Dringlichkeitsantrag haben wir die Verankerung eines eigenen Kapitels „ökologisch orientierte Energiepolitik“ im EGV gefordert. Die CSU hat immer gegengehalten und im Landtag entsprechende Anträge gestellt. Herr Kollege Dingreiter, ich erinnere Sie an den Antrag Ihrer Fraktion auf Drucksache 13/7217 zur Reform des Vertrags von Maastricht. Sie forderten damals den Vorrang nationaler Souveränität.

Wir haben damals sowohl im Ausschuss als auch im Plenum zu diesem Antrag das Thema Energiepolitik diskutiert.

Da wurde auf den damaligen Artikel 3 b – heute ist es der Artikel 3 u im EG-Vertrag – Bezug genommen. Sie haben letztlich einen einheitlichen Rahmen mit verhindert und somit dafür gesorgt, dass es unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen gibt, und diese sind heute ein ganz großes Problem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bayernwerk AG ist von der Staatsregierung stets hofiert und begünstigt worden. Ich greife nur ein einziges Beispiel heraus, ich könnte zahllose Beispiele nennen. Ich nenne nur die Abgabe der Anteile an der österreichisch-bayerischen Kraftwerke AG. 25% haben wir davon noch gehabt. Sie sind für einen viel zu niedrigen Preis an die Bayernwerk AG gegangen. Auch der Rechnungshof hat dies moniert. Was war das Gegengeschäft? Sie haben halt immer wieder kleinere Geschenke bekommen, wie zum Beispiel die Beteiligung der Viag an Stoibers Eliteakademie. So gäbe es auch noch zahlreiche andere Beispiele zu nennen. Jetzt hat es der e.on-Konzern mittlerweile gar nicht mehr nötig oder wenigstens nicht mehr so stark nötig, die Staatsregierung bei Laune zu halten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kraftwerke in Schwandorf, Arzberg oder Aschaffenburg sind Opfer der Hightech-Offensive der Staatsregierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Willi Müller (CSU): So ein Schmarren!)

– Es ist schön, dass Sie sagen „So ein Schmarren“. Überlegen Sie sich doch einmal, wie es vor etwa einem Jahr gewesen ist. Nachdem Stoiber und die „Unter-Stoibers“ monatelang mit Versprechungen übers Land gezogen sind, mussten schnell Mittel her, deshalb wurden die Viag-Anteile überstürzt verkauft. Jetzt ist über die Beteiligung keine Struktur-, Regional- und Arbeitsmarktpolitik mehr möglich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Fusion von Viag und Veba haben wir immer gesagt, dass die Staatsregierung in der falschen Reihenfolge vorgeht. Wir haben immer gefordert, die Sperrminorität zu nutzen. Wir hatten 25,1% Anteile an der Viag AG. Damit kann ich kaum etwas machen. Das Einzige, was ich machen kann, ist das Verhindern einer Liquidation oder einer Fusion. Wir haben damals gesagt, lasst uns wuchern mit diesen Pfunden. Wir haben in Fraktions- und Arbeitskreissitzungen sehr genau dieses Thema durchgespielt. Leider sind wir aber im Landtag die Einzigen gewesen, die so argumentiert haben. SPD und CSU haben uns hier einfach im Regen stehen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Biedefeld, Sie haben auf die Oberfranken-Stiftung verwiesen. Dort war man cleverer. Dort hat man gesehen, dass man etwas einfordern muss, bevor man etwas abgibt. Damals waren die Stilllegungspläne bereits bekannt. Damals hätte man schon die Standortsicherung vertraglich vereinbaren sollen. Erstaunlich ist nur, dass jetzt von der SPD – hier habe ich noch Ihre Presseerklärungen und Ihre Rede im Kopf – der Vorwurf der Saumseligkeit erhoben wird. Bei den Fusionsverhandlungen hat Frau Kollegin Kellner im Haushaltsausschuss am 30 September 1999 ausgeführt – ich zitiere:

Allerdings ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht grundsätzlich gegen den Verkauf der Viag-Aktien. Die Staatsregierung scheint die Angelegenheit aber „von hinten aufzuzäumen“. Zuerst muss die Fusion – zu annehmbaren Bedingungen – kommen; dann können die Viag-Aktien des Freistaats Bayern veräußert werden. Andernfalls würde der Staat seine Sperrminorität zu früh aufgeben, und was die unbekanntete Grundsatzvereinbarung

– die haben wir gar nicht sehen dürfen –

angeht: „Die hilft nicht einen Millimeter weiter, und man schaut mit dem Ofenrohr ins Gebirge“.

Genau das ist jetzt der Fall, Herr Maget, Frau Biedefeld und wer sich damals diesbezüglich noch geäußert hat.

Wenige Seiten später ergibt sich aus dem Protokoll, wie abgestimmt worden ist:

Abstimmung über den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Punkt 2 wie folgt zu formulieren: stimmt dem Aktienkaufvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und der Veba AG vom 27.09.1999, mit dem Bayern 10% der Viag-Aktien (69 198 192 Stück) an die Veba AG veräußert, nach erfolgter Fusion zu. Ablehnung (mit den Stimmen von CSU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die weitere Abstimmung lautete:

2. stimmt dem Aktienkaufvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und der Veba AG vom 27.09.1999 zu, mit dem Bayern 10% der Viag-Aktien (69 198 192 Stück) an die Veba AG veräußert.

Zustimmung

(mit den Stimmen von CSU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider war es so. Wenn Sie jetzt den Vorwurf erheben, die Staatsregierung habe die Standortsicherung in den Fusionsverhandlungen verschlafen, muss ich dazu sagen, Sie haben nicht nur die CSU nicht aufgeweckt, sondern Sie haben sich mit zu ihr ins Bett gelegt und sauber mitgeschnarcht. Nicht anders war es.

(Meyer (CSU): Die haben alles mitgetragen!)

Jetzt gibt es Ankündigungen, es gebe keine betriebsbedingten Kündigungen und über den Zeitplan der Stilllegungen würde man noch reden müssen. Bei Arzberg waren, wie gesagt, die anderen etwas geschickter, als es die Bayerische Staatsregierung gewesen ist. Fakt ist aber, dass die genannten Kraftwerke oder zumindest ein erheblicher Teil der Kraftwerke in den nächsten Jahren stillgelegt werden. Damit gehen Arbeitsplätze und auch heimische Stromerzeugung verloren.

Neben den genannten Hintergründen der Kraftwerksstilllegungen und des damit verbundenen Arbeitsplatzabbaus gibt es noch einige Einzelgründe, die ich auch noch einmal ganz konkret benennen möchte. Diese Fakten sind nämlich von Staatsregierung und CSU mit zu verantworten und wurden von Ihnen auch massiv mit angeschoben.

Als Erstes nenne ich die „Ertüchtigung“ bestehender Kraftwerke um etwa 250 Megawatt. Diese Maßnahme wird im Anhang zum Umweltpakt Bayern auch noch lobend als eine der Maßnahmen des Umweltpaktes genannt. Sehr toll ist das für die Arbeitsplätze, aber es zeigt auch, was wir vom Umweltpakt Bayern zu halten haben. Das Nächste ist die Leistungssteigerung in Guldremmingen. Auch das kostet Arbeitsplätze, und das sollte man einmal ganz klar der ÖTV sagen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel ist die Beteiligung der Bayernwerk AG am hoch subventionierten sächsischen Kohlekraft-

werk Lippendorf. Dieses Kraftwerk hat eine Leistung von gut 900 Megawatt. Die Hälfte davon geht an die Bayernwerk AG. Diese Fakten sind ganz entscheidend für die Diskussion, die wir heute über die bayerischen Kraftwerke führen. Es tut mir leid, gegen diese Punkte haben Sie nie etwas gesagt, auch zu der Zeit, als sie noch tatsächlich Einfluss auf die Bayernwerk AG hatten.

(Kaul (CSU): Wer hat denn in Franken III protestiert, Frau Paulig? – Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hätten wir noch mehr Überkapazitäten gehabt!)

Die Stilllegung von Kraftwerken ist arbeitsmarkt- und strukturpolitisch fatal, besonders im Falle von Schwandorf und Arzberg. Wir haben im Wirtschaftsausschuss längst über die Situation in Oberfranken-Ost diskutiert. Oberfranken-Ost liegt nach dem Gutachten der Prognos AG von allen 97 deutschen Raumordnungsregionen an 92. Stelle, was das Kriterium „Technologiestandort“ anbelangt. Oberfranken-Ost befindet sich also in bester Gesellschaft mit der Altmark, der Uckermark und Prignitz-Oberhavel. Da ist Handlungsbedarf angesagt, hier sollte die Staatsregierung endlich einmal tätig werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern Sie, meine Damen und Herren von der CSU und vor allem auch von der Staatsregierung, auf, eine andere Energie- und Technologiepolitik zu betreiben, vor allem eine Politik, die die Umwelt erhält und Arbeitsplätze sichert.

Damit komme ich zu unserem Dringlichkeitsantrag. Wir fordern die Staatsregierung auf, sich für einen sozial- und umweltverträglichen Umbau der Energieversorgungsstruktur einzusetzen. Zielsetzung ist es, Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten zu sichern und konventionelle Kraftwerke mit hohem Umweltstandard zu erhalten, so dies noch möglich ist. Gleichzeitig fordern wir die Staatsregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Arbeitsplätze im Bereich Energieeinsparung, effiziente Energienutzung und im Bereich der erneuerbaren Energien auch in Bayern auszubauen. Durch die gegebenen bundespolitischen Förderbedingungen und Investitionsprogramme besteht für Mittelstand und Landwirtschaft ein hohes Potenzial für neue Arbeitsplätze, zum Beispiel bei der ökologischen Modernisierung des Gebäudebestandes, bei Altbausanierungen und generell beim Ausbau der Nutzung von Sonne, Wind und Biomasse.

Sie sollten sich dafür einsetzen, dass diese Programme unterstützt werden und nicht nur kleinkrämerisch nach Berlin zeigen und dauernd vorwerfen, dass das, was in Berlin gemacht wird, schlecht ist. Selbst wenn das, was in Berlin gemacht wird, für Bayern Arbeitsplätze bringt, ist es für Sie immer noch schlecht. Es gilt vielmehr vorausschauend voranzugehen und endlich einmal eine gute Politik zu machen. Das aber haben Sie in der Energiepolitik jahrelang versäumt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Huber. Bitte schön, Herr Staatsminister.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wollten wir den Vorsitzenden des Umweltausschusses hören! – Gegenruf des Abgeordneten Kaul (CSU): Die Geschäftsordnung gibt ihm recht!)

Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Kaul, der Vorsitzende des Umweltausschusses, und Kollege Wiesheu werden zu den energiewirtschaftlichen, umweltpolitischen und wirtschaftspolitischen Ausführungen etwas sagen. Ich möchte zu ein paar Fakten Bemerkungen machen, die mit der Fusion von Viag und Veba zusammenhängen, um den verbreiteten Unwahrheiten entgegenzutreten.

Erstens. Frau Kollegin Biedefeld, Sie haben gesagt, e.on würde einen Kahlschlag im Kraftwerksbereich in Bayern herbeiführen und die Staatsregierung hätte das abgesegnet. Das widerspricht diametral dem Ergebnis der Gespräche. Wir haben eindeutig gesagt, wir akzeptieren das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Ich verstehe nun, dass Sie als frisch gewählte Generalsekretärin der SPD eine gewisse Übermotivation haben.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das hat sie vorher auch schon gesagt; dazu braucht sie nicht Generalsekretärin zu sein!)

Mit dem Prinzip „forsch und frech“ werden Sie aber nicht weiterkommen. Auch wenn Sie einen aufgestauten „Anti-CSU-Komplex“ haben, darf ich Sie doch bitten, bei den Fakten zu bleiben.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Sie haben den Komplex kleiner Männer gegenüber großen Frauen! – Frau Radermacher (SPD): Denken Sie über Ihren Komplex gegenüber Frauen nach!)

Zweite Behauptung.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wenn Sie es so gern hören, sage ich es noch einmal: Die Staatsregierung hat gesagt: Die Planung von e.on wird nicht akzeptiert. Ich fordere Sie auf, das Gegenteil nicht weiter zu verbreiten.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Es ist behauptet worden, nach der Fusion habe Viag im neuen Konzern nichts zu sagen. Ich stelle dazu folgendes fest: In den Gesprächen und Vereinbarungen ist festgelegt, dass im Gesamtvorstand von e.on das Verhältnis 3 : 2 ist, das heißt, nach der Größe hat Veba drei Mitglieder und Viag zwei, und dass im Vorstand von e.on-Energie Preußen Elektra und Bayern-

werk paritätisch vertreten sind. Das heißt, die Behauptung, dass Viag untergebuttert worden sei, widerspricht den Fakten.

Vielmehr ist Tatsache, dass wir in den Verhandlungen, zum Beispiel was den Sitz von wichtigen Konzernteilen angeht, außerordentlich erfolgreich waren. So ist der Sitz der Energie AG in München; die Netzgesellschaft hat den Sitz und die Verwaltung – das müßte Sie als Oberfränkin freuen, der Dank hat uns nicht erreicht – in Bayreuth; Wasserkraft hat den Sitz in Landshut, und die Vertriebsgesellschaft, die auf dem Strommarkt künftig außerordentlich wichtig sein wird, ist in München. Die Absicherung der Chemie-Aktivitäten ist in Bayern erfolgt, und bei der Telekommunikation ist auch nach der Übernahme durch die British-Telekom der Standort Bayern abgesichert. Ich stelle dazu fest: Mehr war bei den Verhandlungen für den Standort Bayern nicht herauszuholen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Runge, Sie behaupten, der Verkauf der Viag-Anteile sei überstürzt passiert und man habe die Möglichkeiten der Sperrminorität aufgegeben. Sie haben leider die Abläufe nicht kapiert oder nicht mehr in Erinnerung. Tatsache war: Es ist die Grundsatzvereinbarung unter der Bedingung der 25prozentigen Beteiligung des Freistaates Bayern an der Viag voll ausgehandelt gewesen. Am 26. September letzten Jahres wurde von den Aufsichtsräten der beiden Unternehmen die Fusion beschlossen, und der Verkauf der Anteile erfolgte am nächsten Tag, am 27. September 1999. Es ist zwar ein unterschiedliches Rechtsgeschäft, aber die Fusion ist unter den Bedingungen der Minderheitsbeteiligung des Freistaates Bayern erfolgt. Alles andere ist falsch und frei erfunden.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kellner? – Bitte.

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, entspricht es der Tatsache, dass die Veba, Herr Hartmann insbesondere, keiner Fusion zugestimmt hätte, wenn nicht sichergestellt worden wäre, dass der Freistaat sein Aktienpaket veräußert?

(Frau Biedefeld (SPD): Das steht so im Protokoll und ist dort nachzulesen!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Staatsminister.

Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Es gab auf der Ebene der zuständigen Vorstände Gespräche zwischen Viag und Veba. Die Gesellschaftsbeteiligung spielte zunächst gar keine Rolle, sondern es hat das Management von Viag mit dem Management der Veba Gespräche über eine Fusion geführt. Die Veba hätte es selbstverständlich genauso akzeptieren müssen, wenn der Freistaat Bayern drin geblieben wäre.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist in diesem Zuge zu einem so guten Preis möglich gewesen, dass im Haushaltsausschuss alle drei Parteien zugestimmt haben.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich nicht!)

Sie haben dem Verkauf zugestimmt.

Frau Biedefeld, da Sie behaupten, die Fusion sei von Anfang an falsch gewesen, muss ich Sie daran erinnern, was Haushaltsausschuss und Landtag mit den Stimmen von CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 30.09.1999 beschlossen haben. Schauen Sie in den Unterlagen nach, Frau Kollegin Kellner. Mit den Stimmen dieser drei Parteien ist beschlossen worden: „Der Ausschuss begrüßt und unterstützt die Ankündigung der Bayerischen Staatsregierung, die Fusion der Viag AG mit der Veba positiv zu begleiten unter der Voraussetzung, dass die Verschmelzung so durchgeführt wird, wie in der Grundsatzvereinbarung zwischen Veba und Viag vom 27. September 1999 festgelegt.“ Das heißt, Sie haben im Ausschuss der Fusion beider Unternehmen nicht nur zugestimmt, sondern Sie haben sie begrüßt.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage gar nicht, dass das falsch gewesen wäre. Natürlich war es richtig. Dazu werde ich noch ein paar Sätze sagen.

(Frau Paulig BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt so nicht!)

Ich finde es aber unredlich und unsauber, schon ein Jahr danach den Eindruck zu erwecken, als hätte man nie etwas gewusst und als wäre man nie dabei gewesen. Mit dieser Methode, meine Damen und Herren von der Opposition, werden Sie auch in Zukunft in Bayern politisch scheitern.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Runge? – Bitte schön, Herr Kollege Runge.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister Huber, Sie haben soeben gesagt, die Fusion wäre auch dann zustande gekommen, wenn die Anteile gehalten worden wären. Sagen Sie damit, dass Minister Fallthäuser im federführenden Ausschuss, in dem es um das Thema ging, die Unwahrheit gesagt hat? – Ich zitiere:

Frau Kellner wiederholt die Frage, ob die Veba die Fusionsgespräche überhaupt weitergeführt hätte, wenn es nicht zu dem vorherigen Aktienverkauf gekommen wäre.

Ich kürze ab:

Staatsminister Prof. Dr. Fallthäuser antwortet, die Entscheidung für die Fusion wäre mit Sicherheit nicht ohne Verkauf zustande gekommen.

Wer hat recht? Sie oder Minister Fallthäuser? Die anderen Beschlüsse kann ich gern noch einmal vorlesen, wenn Sie sie jetzt wieder falsch bringen. Ich habe sie vorgetragen. Sie können Sie noch einmal nachlesen. Wir haben dagegen gestimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Ich stelle fest: Am 26. September letzten Jahres haben die Aufsichtsräte beider Unternehmen von Veba und Viag die Fusion der Unternehmen beschlossen. Dem lag eine Grundsatzvereinbarung im Entwurf zugrunde, die ausgehandelt war. Das war der erste wichtige Schritt. Natürlich tritt die Fusion erst in Kraft, wenn die Hauptversammlungen die Entscheidungen treffen. Die Aufsichtsräte haben am 26. September 1999 beschlossen. Am 27. September 1999 hat der Freistaat Bayern seinen Anteil in Höhe der bekannten zehn Prozent an die Veba verkauft. Das war nach dem Beschluss der Aufsichtsräte. Deshalb sehe ich gar keinen Gegensatz. Ich stelle aber noch einmal heraus, dass bei der Unterrichtung im Haushaltsausschuss am 30.09.1999 alle drei Fraktionen, die im Haushaltsausschuss vertreten sind – CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –, die Fusion begrüßt und unterstützt haben als richtige wirtschaftspolitische Entscheidung.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in einer anderen Reihenfolge!)

Sie sollten doch immerhin noch das Standvermögen haben, einer Entscheidung zuzustimmen, die Sie vor einem Jahr für richtig gehalten haben.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst verhandeln und dann verkaufen, das wäre richtig!)

– Sie sind noch nie durch besondere wirtschaftspolitische Kompetenz aufgefallen, Frau Paulig. Das haben Sie damit wieder unter Beweis gestellt.

Ich möchte zwei Sätze dazu sagen, warum die Fusion notwendig gewesen ist.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nach der Regelung der Geschäftsordnung sind zwei Zwischenfragen zulässig. – Wenn Sie meinen, Herr Staatsminister. Bitte schön, Frau Biedefeld.

Frau Biedefeld (SPD): Herr Staatsminister, Sie haben eben die Grundlage bzw. die Fusionsvereinbarungen angesprochen, die eingehalten werden sollten. Sagen Sie etwas zu der Standortsicherung und dazu, inwieweit Sie dieser Vereinbarung nachgekommen sind.

Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Ich habe die standortrelevanten Vereinbarungen und was den Sitz von Konzernteilen angeht, bereits vorgetragen. Die

zweite Frage, die Sie interessiert, ist: Hätte man in dieser Vereinbarung die Standorte von einzelnen Kraftwerken sichern können? Diese Frage ist selbstverständlich in den Gesprächen intensiv erörtert worden. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, wir – sowohl die Kollegen Dr. Wiesheu und Prof. Dr. Fallthäuser als auch Ministerpräsident Dr. Stoiber – haben diese Forderung an die Beteiligten des Vorstands von Veba aufgestellt. Die Antwort hierauf war: In der gemeinsamen Energietochter – jetzt e.on-Energie – wird man 175 Kraftwerke haben. Mit welcher Möglichkeit und wirtschaftlichen Vernunft und mit welchem Recht kann man einige dieser Standorte herausnehmen und sagen, diese sind unabänderlich und 170 Kraftwerke nicht?

(Zuruf von der SPD)

– Bleiben Sie bei dem, was wirtschaftliche Vernunft gebietet. Weltweit kann kein privates Unternehmen auf die Dauer bestimmte Bedingungen und Standorte ohne Rücksicht auf die Marktbedingungen absichern. Wer so etwas fordert, redet fern jeder wirtschaftlichen Vernunft: dies entspricht einer Illusion. Es wäre niemandem, der hier verhandelt hätte, möglich gewesen, einzelne Standorte mehr oder weniger für unverrückbar zu halten. Dies hätte auch keine Hauptversammlung mitgemacht. Auch diese Tatsache musste dem Haushaltsausschuss und Ihnen bekannt sein. Ihre Frage entspringt deshalb nicht der Bitte um Aufklärung, sondern ist letztlich ein parteipolitischer Kampf, den Sie mit der Zwischenfrage führen wollen.

Warum überhaupt eine Fusion? Das Bayernwerk hatte in Europa einen Marktanteil von 4% und war die Nummer 8. Jeder Pfennig Preissenkung hat das Bayernwerk 250 Millionen DM gekostet. Für alle Fachleute auf dem Markt war völlig klar: Mit dieser Größe ist der Bestand des Bayernwerkes in Zukunft nicht zu sichern. Hätte man nicht gehandelt, wäre man heute bezüglich des Bayernwerkes mit Sicherheit in einer katastrophalen und unverantwortbaren Position. Es ist nicht so, dass Ministerpräsident Dr. Stoiber und die anderen Beteiligten durch Ihr Verhandeln und durch die Zustimmung zur Fusion und dem Verkauf von Teilanteilen etwas getan hätten, was dem Freistaat Bayern, dem Bayernwerk oder dem Energiestandort Bayern geschadet hätte – im Gegenteil. Ich behaupte: Dies war vorausschauend, weit blickend, richtig, vernünftig und gilt auch ein Jahr nach dieser Beschlussfassung unverändert.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte hierzu drei Stimmen zitieren. Vorsitzender der IG-Bergbau/Chemie Schmoltdt: „Die Fusion ist aus strategischen Gründen notwendig, alle anderen Lösungen wären am Ende gerade für die Arbeitnehmer nachteiliger.“ Ich habe ein eingeschränktes Verständnis dafür, dass Sie uns nicht glauben, aber glauben Sie doch zumindest dem Gewerkschaftsführer. Oder Vorsitzender Mai, ÖTV: „Die Fusion ist strategisch notwendig.“ Vorsitzender Konzern Arbeitsgemeinschaft Viag: „Die Fusion ist nötig. Ohne die Fusion fiele der Verlust von Arbeitsplätzen noch viel höher aus.“ Betriebsratsvorsitzender Kaltenhauser, Bayernwerk: „An der Fusion führt kein Weg vorbei.“ Ich stelle fest: Nicht nur die Leute, die

etwas von Wirtschaft verstehen – dazu gehören Sie nicht und werden Sie auch in Zukunft nicht gehören –, auch die maßgeblichen Vertreter der Gewerkschaften und die Leute in den Betrieben haben gesagt, die Fusion sei so richtig.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere Sie daher auf, bilden Sie nicht ein Jahr später Legenden. Wir sollten jetzt gemeinsam zusammenstehen, wie Wirtschaftsminister Dr. Wiesheu dargestellt hat, um an den Standorten ein Maximum an Arbeitsplätzen zu erhalten und Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, anstatt einen einseitigen parteipolitischen Kampf zu führen. Dass die Arbeitnehmer-Partei SPD, die sie einmal war, heute nicht aus Sorge um die Arbeitsplätze redet, sondern um einen parteipolitischen Kampf zu führen, ist enttäuschend. Kehren Sie um.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Eine Zwischenintervention, Frau Kollegin Kellner, bitte schön.

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister Huber, gerade weil wir hier nicht zulassen, dass es hier zu einer Legendenbildung Ihrerseits kommt, sage ich Ihnen die Situation von vor einem Jahr: Die Fusion Viag und Algroup war gescheitert. Wir haben als GRÜNE niemals gesagt, wir seien per se gegen Fusionen. Aber wir haben Ihnen vorhergesagt, dass, wenn Sie diesen Sperrminoritäten-Anteil nicht halten, es so kommen wird, dass die Veba – die Veba ist in diesem neuen Konzern federführend – mit Ihnen Schlitten fährt und dass es böse ausgehen wird, weil dies Ihre Zusatzvereinbarung, die Sie uns nicht gezeigt haben, nicht hergibt. Die Zusatzvereinbarung war schlecht. Sie haben schlecht verhandelt und wussten, dass Hartmann von Veba öffentlich gesagt hat, er wolle diese Politiker aus seinem Konzern heraushaben. Deshalb mussten Sie vorher verkaufen.

Staatsminister Prof. Dr. Fallthäuser hat im Haushaltsausschuss zugegeben: ...damit es zur Fusion kam. Unter dieser Bedingung habe ich am 30.09. im Haushaltsausschuss diesen Verkauf abgelehnt. Ich habe die Fusion bejaht, aber mich gegen einen Verkauf des Aktienpaketes ausgesprochen, wie jeder nachlesen kann. Es gebietet die Redlichkeit, dies hier zu sagen; denn damals haben Sie sich über mich lächerlich gemacht, aber wie Recht hatten wir doch. Sie haben schlecht verhandelt und Ministerpräsident Dr. Stoiber hat schnell Geld für die Hightech-Offensive gebraucht. Deshalb sind Sie auf diese Bedingungen eingegangen. Dies ist die Wahrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Staatsminister, Sie können unmittelbar antworten. Bitte schön.

Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Auch wenn Sie noch so laut klatschen: Ihre Schlussfolgerungen sind und bleiben deshalb falsch, weil – –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Dr. Runge, wenn in Ihre Ohren überhaupt etwas hineingeht, hören Sie doch bitte einmal zu.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens. Die Verhandlungen zwischen VeBa und Viag sind unter den Bedingungen der 25-prozentigen Beteiligung des Freistaates Bayern an der Viag verhandelt und geführt worden, weil vor dem Verkauf der Anteile die Grundsatzvereinbarung völlig gestanden ist. Das heißt, man hat nicht zuerst verkauft und dann über einen kleineren Anteil verhandelt, sondern es war mit der VeBa unter den Bedingungen unseres 25-prozentigen Anteils alles ausgehandelt.

Zweitens. Hätte man diese 25% an der Viag ohne zu verkaufen gehalten, hätte man jetzt einen gewaltigen Einfluss auf den Gesamtkonzern. Dies ist die Schlussfolgerung dessen, was Sie sagen wollen. Aber dies ist wirtschaftspolitisch und aktienrechtlich völlig unbegründet.

Im Moment hat der Freistaat Bayern – nach dem Verkauf seines 10%-Anteils an der Viag – einen Anteil von 5,6% am Gesamtkonzern. Hätten wir den Verkauf nicht getätigt, dann hätten wir heute am gesamten e-on-Konzern einen Anteil von 8 oder 9%. Vor diesem Hintergrund muss ich Ihnen, meine Damen und Herren Folgendes sagen Jeder, der auch nur eine blasse Ahnung hat – er muss noch nicht einmal auf dem Leistungskurs Wirtschaft am Gymnasium gewesen sein –, jeder, der zwei und zwei zusammenzählen kann weiß, dass es in den Hauptversammlungen völlig irrelevant ist, ob man 9 oder 6% hat.

(Frau Biedefeld (SPD): Standortsicherung in den Verträgen! – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Billigst!)

Die Frage, die Sie hier vortragen, die Sie hier aufbauen, um sich als Besserwisser aufzuspielen, ist nichtsagend und unbedeutend. Auch wenn Sie noch so oft fragen, meine Damen und Herren, so können Sie Verkauf und Fusion nicht auseinanderdividieren. Wenn Sie das versuchen, so bedeutet dies nur, dass Sie vom Thema ablenken wollen und, dass Sie von wirtschaftspolitischen Zusammenhängen bei Fusionen nicht die geringste Ahnung haben.

(Beifall bei der CSU – Frau Biedefeld (SPD): Sind Sie denn die privatwirtschaftliche Kompetenz in Person?)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Frau Kollegin Lochner-Fischer, ich gehe davon aus, dass auch Sie eine Zwischenintervention beantragen. Nun, dann probieren wir das kurz.

Frau Lochner-Fischer (SPD): Herr Minister! Sie stimmen doch mit mir darin überein, dass wir mit den 25,1% die Fusion hätten verhindern können, weil laut Aktienrecht die Zustimmung des Freistaats Bayern bei 25,1% notwendig gewesen wäre? Die Zustimmung war notwendig, um eine Fusion zu ermöglichen. Rein verfassungsrechtlich muss der Landtag darüber beschließen. Das bedeutet, der Bayerische Landtag und das Ministerium hätten die Möglichkeit gehabt, Viag-VeBa, also e.on zu verhindern. Vor diesem Hintergrund hätte das Ministerium jeden Vertrag aushandeln können, weil die Unternehmen die Fusion wollten.

(Frau Biedefeld (SPD): Darum geht es!)

Dieser Vertrag, der jetzt ausgehandelt wurde, wurde eben nicht mit der Macht der Verhinderung einer Fusion ausgehandelt, sondern unter dem Motto: Wir wollen alle nur das Beste, wir wollen die Fusion. Bayern bleibt dabei auf der Strecke.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Der Sinn dieser Intervention erschließt sich mir nicht. Keiner von uns hat behauptet, die Fusion würde jetzt in Frage gestellt. Frau Kollegin, es wäre ein verhängnisvoller Fehler gewesen, die Fusion nicht durchzuführen. Das kann man auch heute noch, ein Jahr später, sagen. Ein „stand alone“ hätte das Bayernwerk niemals durchgestanden. Das Bayernwerk wäre zu einem Übernahmekandidaten geworden. Ohne unser Zutun wäre es heute handelsunfähig und möglicherweise auf dem Markt von irgend jemand übernommen worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nachdem die Verhandlungen mit Viag und Alusuisse gescheitert waren, war es im letzten Sommer bzw. Herbst im Sinne einer weitsichtigen Politik und im Hinblick auf die Chemiestandorte, die Energieversorgung Bayerns und die Standorte der Telekommunikation richtig, dieser Fusion zuzustimmen. Wem es um die Zukunft dieses Landes, um die Zukunft der Arbeitsplätze und um die Verantwortung für diesen Freistaat ging, der musste zu dieser Fusion letztlich Ja sagen. Frau Kollegin, auch Sie haben das getan.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Lochner-Fischer (SPD))

Ich frage Sie, Frau Kollegin, haben Sie bei zwei Beschlüssen im Haushaltsausschuss nicht zugestimmt? Sie können doch heute nicht den Eindruck erwecken, dagegen gewesen zu sein, obwohl Sie tatsächlich dafür gestimmt haben. Seien Sie doch eindeutig und redlich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abgeordneten Lochner-Fischer (SPD))

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Ich berücksichtige jetzt die Interventionen nicht. Herr Staatsminister Huber hat insgesamt 15 Minuten geredet. Damit verlängert sich die Redezeit für jede Fraktion um 8 Minuten, wenn die Fraktionen diese Zeit beanspruchen wollen. Nächster Redner ist Herr Kollege Kaul.

(Dr. Kaiser (SPD): Da können wir zulangen!)

Kaul (CSU): Herr Kollege Kaiser, es kommt nicht aufs Zulangen an, sondern auf den Inhalt.

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir hier noch etwas notiert. Frau Biedefeld, ich habe mich über Ihre Veränderung gewundert. Wir kennen uns doch aus der Arbeit im Ausschuss. Seitdem Sie aber Generalsekretärin Ihrer Partei sind, kann ich mich nur wundern. Lesen Sie die Sachen doch einmal nach, und gehen Sie dann noch einmal in sich.

Lassen Sie mich darauf zurückkommen, was der Ausgangspunkt dieser Diskussion war: Die Energie, die e.on herstellt. Es geht um die Edelenergie Elektrizität oder volkstümlich: Strom. Meine Damen und Herren, unser Hochtechnologiestandort Bayern wäre ohne diese Edelenergie nicht denkbar. Wir alle könnten – und hier spreche ich auch als Vorsitzender des Umweltausschusses des Bayerischen Landtags – unsere technologischen Umweltverbesserungen nicht umsetzen, wenn wir diese Edelenergie Strom nicht zur Verfügung hätten. Deshalb galt und gilt unsere ganze Aufmerksamkeit auch weiterhin der unterbrechungsfreien, aber auch bezahlbaren umweltfreundlich hergestellten Stromerzeugung.

In Zusammenarbeit mit dem Bayernwerk – ich bitte Sie, Frau Kollegin Biedefeld, sich daran zu erinnern – haben wir die technologische Ertüchtigung der Kohlekraftwerke in Bayern erreicht. Wir haben Programme zur Förderung erneuerbarer Technologien ins Leben gerufen. Allein mit dem Programm „Energie Zukunft Bayern“ hat das Bayernwerk ab 1996 100 Millionen DM für Energiesparmaßnahmen und zur Förderung erneuerbarer Energien bereitgestellt. Dazu hat der damalige Viag-Vorstandsvorsitzende Obermeier folgendes gesagt:

Erneuerbare Energien und der rationelle Energieeinsatz sind wichtige Zukunftsaktionen, die gefördert werden müssen. Wir sehen diese Förderung als eine Bringschuld der Energieversorgungsunternehmen an.

Erinnern Sie sich an die Aktion „Zukunftspfennig“, über die die SPD zunächst gelächelt, dann aber doch dabei mitgemacht hat. Mit diesem Zukunftspfennig hat das Bayernwerk nach langen Verhandlungen und nach Zögern freiwillig einen Aufschlag auf den Strompreis zugelassen und die Einkünfte daraus wieder zweckgebunden in erneuerbare Energien oder in Energiesparmaßnahmen investiert.

(Frau Biedefeld (SPD): Das ist nicht schlecht, reicht aber nicht aus!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, diese Kooperation des Landtags und der Staatsregierung mit dem bayerischen Stromerzeuger Bayernwerk im Viag-Verbund brachte Bayern mit an die Spitze der Nutzung erneuerbarer Energien, aber auch mit an die Spitze der CO₂-freien Energien.

Frau Kollegin Biedefeld, Sie haben vorhin kritisiert und aufgezeigt, was nach Ihrer Meinung in Bayern alles schlecht ist. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die meisten Anträge zur Förderung erneuerbarer Energien und für Energiesparmaßnahmen aus Bayern kommen.

(Frau Biedefeld (SPD): Weil der Bund Gelder zur Verfügung stellt!)

– Frau Kollegin, nicht nur die bayerischen Programme, sondern auch die Anträge für Bundesprogramme kommen aus Bayern. Das hängt damit zusammen, dass die Menschen in diesem Land, auch aufgrund der von uns gemachten Politik, in Sachen Umweltschutz wesentlich sensibler sind, sensibler auch im Hinblick darauf, was wir tun müssen.

(Dr. Hahnzog (SPD): Ha, ha! – Frau Biedefeld (SPD): Dank des Geldes der Bundesregierung!)

Außerdem war Bayern mit einer Nettostromerzeugung von 70 000 Gigawatt-Stunden bei einem Stromverbrauch von 67 600 Gigawatt-Stunden stromautark. Nun sollen also, wie wir gehört haben, in Bayern 1900 Megawatt-Stunden – die einen sprechen von 1900 Megawatt der Minister hat vorhin von 1600 Megawatt gesprochen, doch das ist in der Folge gleichgültig – stillgelegt werden. Bayern wird von einem stromautarken Wirtschaftsstandort zu einem Stromimportstandort. Das muss uns nachdenklich machen.

(Frau Biedefeld (SPD): Das hätte schon lange stattfinden müssen!)

Meine Damen und Herren, nachdem e.on dies bekannt gegeben hat, hat das Unternehmen am 09.10.2000 eine Presseerklärung herausgegeben, aus der ich zitiere:

e.on-Energie wird mit den betroffenen Landesregierungen und den politischen Entscheidungsträgern vor Ort eingehende Gespräche über Nachnutzungsmöglichkeiten und wettbewerbsfähige Zukunftsinvestitionen führen.

Hier appelliere ich an unsere Staatsregierung. Bleiben Sie bei diesen Gesprächen hart. Bleiben Sie hart, bei all den für den Wirtschaftsstandort Bayern notwendigen Auseinandersetzungen. Deshalb bitte ich Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, um eine breite Mehrheit für den Antrag, den wir dazu gestellt haben.

Ich appelliere aber auch an die Staatsregierung: Fragen Sie bei all den Verhandlungen bitte auch nach der Herkunft des zukünftig zu importierenden Stromes. Denn unser Hochtechnologiestandort Bayern braucht in Zukunft noch dringender diese Edelenergie Strom, die stets verfügbar sein muss. Sie muss bezahlbar sein und sie muss umweltverträglich hergestellt sein.

Einen Nebenappell möchte ich an die Vertreter unserer Staatsregierung richten und ihnen vielleicht auch einen Hinweis geben, um sich auf die Gesprächspartner aus Hannover besser einstellen zu können: Lesen Sie vorher die beiden Bücher von Hannes Burger – sein erstes Buch heißt „Bayerns Preußen sind die besten“ und das Fortsetzungsbuch „Bayern, deine Preußen“ –, dann werden Sie sicherlich Erfolg haben.

Mein zweiter Appell geht an die Bundesregierung – Frau Generalsekretärin, hören Sie zu, vielleicht können Sie hier helfen –: Legen Sie endlich ein schlüssiges Energieprogramm vor,

(Frau Biedefeld (SPD): Das liegt doch vor!)

in dem nicht nur ausgestiegen wird, sondern in dem die Lebensader Energie für den Hochtechnologiestandort gesichert wird,

(Frau Biedefeld (SPD): Lesen Sie es doch bitte!)

in dem endlich Langzeitstrategien, Frau Kollegin, aufgezeigt werden, in dem wir aber auch Stellung nehmen zu den internationalen Verpflichtungen zur CO₂-Reduktion – was wichtig ist, was dabei aber allzu sehr untergeht –, in dem aber auch klar wird, dass wir an dem hohen Technologiestandard, den wir uns mit umweltfreundlicher Energieerzeugung erarbeitet haben, festhalten können. Denn, meine werten Kolleginnen und Kollegen, wir sind dabei, unseren Technologievorsprung auf diesem Gebiet zu verspielen.

Mein letzter Appell geht an e.on-Energie: Bayern wird mit seinem Anteil aus dem Bayernwerk sicherlich ein verlässlicher Partner bleiben. Aber im Gegenzug erwarten wir von e.on auch, dass es seinen regionalen Verpflichtungen gegenüber dem Freistaat Bayern nachkommt, so wie wir es in unserem Antrag gefordert haben, als Rechtsnachfolger des Bayernwerkes im Sinne der von mir eingangs erwähnten früheren guten Zusammenarbeit mit dem Bayernwerk.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Schläger. Bitte schön.

Schläger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Huber, ich verstehe Ihre vorherige Aufregung ganz gut; denn sowohl Ministerpräsident Stoiber als auch die gesamte CSU-Staatsregierung stehen vor dem Scherbenhaufen ihrer Energiepolitik.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie, der Schwerpunkt der Stilllegungen des e.on-Konzerns liegt in Bayern. Von 1500 wegfallenden Arbeitsplätzen wird die Hälfte in Bayern abgebaut. Wenn Sie von der CSU sich in der Vergangenheit genauso intensiv für die konventionellen Kraftwerke eingesetzt hätten wie für die Atomkraftwerke, dann hätten wir jetzt diese prekäre Situation nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben zitiert und Daten genannt. Lassen Sie mich auch einige Daten auflisten.

Am 22. Oktober 1998 demonstrierten die Kolleginnen und Kollegen aus den Kraftwerken hier in München, um auf die Bedrohung ihrer Arbeitsplätze aufmerksam zu machen. Damals wiegelten Sie ab. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Kollege Miller hat das recht deutlich gemacht. „Standort Arzberg nicht bedroht“, war die Schlagzeile in der Presse. Er sagte damals, 1998:

Wir werden Ende November oder Anfang Dezember mit Vertretern des Viag-Konzerns vor Ort in Arzberg zusammenkommen. Ich denke, da fällt uns etwas Vernünftiges ein.

Ich muss Ihnen heute sagen: Schade, es ist Ihnen eben nichts Vernünftiges eingefallen. Und die Einfallslosigkeit Ihrer gesamten Energiepolitik hat sich dann in den nächsten zwei Jahren permanent fortgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres wichtiges Datum, das man sich anschauen muss: Am Donnerstag, dem 12. November 1998, gab die Staatsregierung im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie einen Bericht über die Standortentscheidungen der Bayernwerk AG. Bereits damals wiesen wir von der SPD darauf hin, dass man die 25,5-prozentige Beteiligung entsprechend nutzen müsse, um Einfluss auf die Konzernentscheidungen zu nehmen. Dies ist nicht geschehen.

Außerdem wies ich bereits damals darauf hin – das ist auch im Protokoll nachzulesen –, dass die Zukunft der übrigen konventionellen Kraftwerke in Bayern gefährdet ist. Es ist damals nicht nur um Arzberg bzw. um Aschaffenburg und Schwandorf gegangen. Zu dieser Zeit schrieb das Bayernwerk in bunten Broschüren noch von den sicheren Arbeitsplätzen in seinem Konzern.

Ganz entschieden habe ich dann dem Herrn Ministerpräsidenten am 2. September 1999 einen flammenden Brief geschrieben und ihm mitgeteilt, dass in den bayerischen konventionellen Kraftwerken Arbeitsplätze gefährdet seien und bei den Fusionsverhandlungen zwischen Viag und Veba die bayerischen Standorte gesichert werden müssten. Dies war eigentlich die letzte Gelegenheit, noch etwas Entscheidendes zu tun.

Noch einmal: Wir als Sozialdemokraten bekennen uns zu dieser Fusion. Nur, was Sie daraus gemacht haben, das ist doch das Entscheidende. Sie haben schlecht verhandelt und die Ergebnisse, die Sie erreicht haben, sind hundsmiserabel. Denn mit den verbleibenden 5,5% in der e.on AG – da haben Sie völlig Recht – kann man nichts Entscheidendes mehr machen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Sehr vielen geht es jedenfalls so: Wenn man dem Ministerpräsidenten schreibt, enthält sein Antwortbrief am Anfang immer eine nette Geste, aber dann steht im Prinzip nichts anderes

drin als: Ich und der Herrgott, wir wissen schon, was zu machen ist, wir machen es schon. –

Fast ein Jahr später, nämlich am 7. September, war es dann so weit; es hat sich abgezeichnet, dass der e.on-Konzern speziell in Bayern Kraftwerke abschalten will. Ich schrieb dem Ministerpräsidenten, dass in Arzberg 240 Arbeitsplätze eiskalt fallen gelassen würden, aber das Gleiche gelte auch für die anderen Standorte Franken II und Schwandorf genauso dramatisch.

Hier geht ein Lehrbeispiel in Sachen Kapitalismus über die Bühne, dargeboten als Trauerspiel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Warum müssen acht Kraftwerke im e.on-Konzern stillgelegt werden? Der Vorstandsvorsitzende hat in einer Presseerklärung recht deutlich gesagt, was das Ziel ist. Der Gewinn soll nämlich in der nächsten Zeit um 1,4 Milliarden DM verbessert werden. Eiskalter Kapitalismus pur.

Wir stellen fest, dass die Marktstruktur in diesem unseren Lande eine nackte Machtstruktur geworden ist und dass es die soziale Marktwirtschaft eines Ludwig Erhard nicht mehr gibt.

Noch etwas müssen wir feststellen: Die Regierungen samt den Parlamenten und den Bürgern, die sie wählen, haben nichts mehr zu sagen. Das Sagen haben Konzerne wie e.on, die als Beutegemeinschaft mit 500 großen Konzernen die Wirtschaft dieser Welt kontrollieren.

Wie reiner Zynismus klingt jetzt, auch ein Jahr später, die Pressemitteilung des Staatsministers Schnappauf, der heute leider nicht anwesend ist, des einzigen oberfränkischen Ministers im Kabinett. Er hat vor einem Jahr in einer Presseerklärung verkündet – das Original kann jeder nachlesen – „Viag-Veba-Fusion – Stärkung der Landesentwicklung in Oberfranken“. Heute klingt das in den Ohren der Kumpel und der Arbeitnehmer in Arzberg wie Hohn.

Beim Gespräch mit den Betriebsräten im September wusste der Umweltminister nichts anderes, als dass er die Zukunft des Kraftwerkes Arzberg in einem Glasblock sehe.

Mir stellt sich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit dieser Staatsregierung. Sie ist doch gleich Null, wenn man hier nichts anderes bringt als dies.

(Hofmann (CSU): Das werden wir nächste Woche sehen!)

– Ja, Kollege Hofmann, bleiben Sie ruhig bei dieser Meinung, sie ist gut für Sie.

(Zuruf von der SPD: Gut genug!)

– Gut genug, okay. Aber in den entscheidenden Momenten hat diese Staatsregierung doch immer versagt, wenn ich an LBS, Maxhütte etc. denke.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das, was Sie als Erfolge vorweisen, sind eigentlich reine Selbstläufer, bei denen es sowieso gut geht.

(Beifall bei der SPD)

Aber es kommt noch lustiger. Laut der „Süddeutschen Zeitung“ vom 28. September 1999 zeigte sich Ministerpräsident Stoiber zufrieden, dass – und jetzt hören Sie zu – die bayerischen Viag-Standorte gesichert werden konnten.

Herr Ministerpräsident – so würde ich ihn fragen, wenn er da wäre –, wie kurzsichtig ist Ihre Wirtschafts- und Energiepolitik? Ein Jahr später: Scherbenhaufen. Wörtlich hat er damals gesagt:

Es ist ein beachtliches Ergebnis – um mich nicht noch mehr zu loben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Da kann man nur sagen: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Frau Biedefeld (SPD): Das ist wirtschaftliche Inkompetenz!)

Der CSU-Fraktionsvorsitzende Alois Glück lobte die Fusion wortwörtlich – das kann man auch nachlesen – als „weiteres erfolgreiches Kapitel der bayerischen Standortpolitik“.

(Huber (CSU): Sind Sie dagegen?)

Die politische Führung habe die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt.

(Kaul (CSU): Was ist Ihre Alternative?)

Da frage ich mich: Warum musste es jetzt so weit kommen? Eigentlich peinlich, was?

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir fordern vom e.on-Konzern, dass er seine Standorte aufrechterhält.

(Zuruf von der CSU: Wenn Sie das sagen!)

Sollte dies aus verschiedenen Gründen nicht möglich sein, dann fordern wir, dass dieser Konzern, der über 200 000 Mitarbeiter hat, in den Kommunen, in denen er Kraftwerke schließt, entsprechend neue Arbeitsplätze schafft. In Berlin schafft er zum Beispiel auch 800 neue Arbeitsplätze. Warum soll das in Bayern nicht gehen? Hier hätte die Bayerische Staatsregierung wieder eine wunderbare Aufgabe, nämlich an das anzuknüpfen, was in Preußen geht. Das sollte doch bei uns auch möglich sein.

Aber wir fordern auch noch etwas vom bayerischen Staat. Der Deal Viag/Veba, der 3,1 Milliarden DM in die Kassen gespült hat, dem wir – ich sage es noch einmal – zugestimmt haben und zu dem wir uns auch bekennen, geht, wie wir jetzt sehen, zulasten einiger Standorte. Deswegen ist es wichtig, dass auch die Bayerische

Staatsregierung vermehrt in diese Standorte investiert und sie durch weitere Industrieansiedlungen etc. unterstützt.

Wie lautete das Schlagwort des Ministerpräsidenten seinerzeit bei diesem Deal: „Gestalten statt besitzen“. Wir müssen ehrlich zugeben, wenn wir heute besitzen würden, könnten wir mehr gestalten.

(Beifall der Abgeordneten der SPD)

Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, dafür zu sorgen, dass es nicht zum Ausverkauf bayerischer Interessen kommt. Wir merken, dass wir in der Zwischenzeit nur mehr sehr wenig zu sagen haben. Die Warnungen der Gewerkschaften und der Arbeitnehmervertreter aus den betroffenen Betrieben haben Sie ignoriert. Wenn Sie vorhin Gewerkschaftsvertreter aufgezählt haben, die es befürwortet haben, dann befinden wir uns in der gleichen Gesellschaft: Wir befürworten es auch. Wir brauchen uns doch nicht auseinander dividieren zu lassen. Aber noch einmal: Das, was daraus gemacht worden ist, das ist etwas anderes.

Hunderte von Millionen Mark wurden in den vergangenen Jahren in diesen Kraftwerken in modernste Umwelttechnik investiert, wofür es in der Regel auch staatliche Mittel gab. Für die tschechische Braunkohle gibt es Lieferverträge noch bis zum Jahr 2005, und außerdem gibt es noch diesen schönen Vertrag mit der Oberfranken-Stiftung. Wir haben also einige Chancen. Nutzen wir sie.

Man muss natürlich auch sehen, dass viele Kraftwerke stillgelegt werden – in Kalifornien wurde das bereits vorexerziert –, um später die Strompreise wieder anheben zu können. Sollte der e.on-Konzern seine Beschlüsse nicht revidieren, sollten wir doch noch einmal gemeinsam versuchen, wie weit Marktwirtschaft funktioniert, wie weit die Macht des Verbrauchers eingesetzt werden kann. Das heißt mit anderen Worten, Bayern als Staat, aber auch die einzelnen Bürger sollten dann von e.on keinen Strom mehr kaufen nach dem Motto: Wer uns kündigt, dem kündigen wir auch.

(Beifall der Abgeordneten der SPD)

Der Herr Ministerpräsident hat in den letzten Tagen wörtlich gesagt: „Wir werden jetzt vor allem sehr, sehr hart darum ringen, welche sozialen Umstrukturierungsmittel zur Verfügung gestellt werden.“ Ich sage: Das harte Ringen um diese Standorte, vor allem auch über Ersatzmaßnahmen, wäre vor über einem Jahr besser und leichter gewesen. Damals hätte er die besseren Karten gehabt. Er hat sie nicht genutzt. Jetzt ist es zu spät, und wer zu spät kommt, den bestraft bekanntlich das Leben.

Diese Bayerische Staatsregierung geht mit ihrem Ministerpräsidenten Stoiber einerseits als Verkäufer bayerischen Vermögens

(Hofmann (CSU): Schmarrn!)

andererseits bei der Energiepolitik als Versager in die Geschichte ein.

(Beifall der Abgeordneten der SPD)

Für die betroffenen Menschen und Regionen haben wir unseren Dringlichkeitsantrag eingebracht. Mit der Änderung, die Herr Kollege Dingreiter vorgeschlagen hat, bin ich einverstanden. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der Abgeordneten der SPD – Frau Radermacher (SPD): Sehr gut!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Als Nächste hat Frau Kollegin Paulig das Wort.

Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Staatsminister Huber,

(Hofmann (CSU): Da ist er!)

– jetzt ist er Abgeordneter, ich nehme aber auch seine Verantwortung als Minister in Anspruch –,

(Hofmann (CSU): Er ist basisorientiert!)

lassen Sie mich unsere Auseinandersetzung, die wir hatten, noch einmal kurz zusammenfassen. Sie haben damals, als es um den Verkauf der Viag-Anteile ging, angeführt, Sie hätten die Verhandlungen zur Fusion unter der Sperrminorität geführt. Das ist so sicher richtig. Aber dann muss man zu dem Ergebnis, mit dem Sie herausgekommen sind, feststellen: Es waren schlechte Verhandlungen, Sie haben damit Bayern verkauft.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Verhandlungen sind – das hat mein Kollege Martin Runge bereits ausgeführt – unter hohem Druck geführt worden. Sie standen unter dem Druck, die Hightech-Ankündigungen von Ministerpräsident Stoiber zu finanzieren, und somit hatten Sie wenig Gestaltungsspielräume. Wir stellen fest, dass die Verhandlungen in ihren Ergebnissen nicht dazu geführt haben, für die bayerischen Standorte eine Sicherung zu erreichen.

Was dem Ganzen die Krone aufsetzt, ist, dass es beispielsweise im Haushaltsausschuss trotz Antrags unserer Kollegin Emma Kellner nicht möglich war, die Zusatzvereinbarungen einzusehen. Sie hätten das gerne nicht-öffentlich machen können, aber Sie haben sich geweigert, die Zusatzvereinbarungen auf den Tisch zu legen. Das heißt, die Zusatzvereinbarungen haben nichts geboten, sie waren schlecht und haben keine Sicherung der Standorte für Bayern gebracht.

(Huber (CSU): Wie können Sie das denn sagen? Sie kennen sie doch nicht! – Gegenruf der Frau Abgeordneten Radermacher (SPD): Sie hätten sie doch vorlegen können!)

– Wenn sie gut wären und wenn eine Standortsicherung darin enthalten wäre, dann gäbe es jetzt erstens eine Möglichkeit, Standorte zu sichern, und zweitens hätten

Sie sie dann nicht verschämt unter dem Tisch halten müssen, sondern Sie hätten sie in nichtöffentlicher Sitzung der Opposition im Haushaltsausschuss sehr wohl zur Kenntnis geben können. All das haben Sie nicht getan, und heute haben Sie für diese Verhandlungen die Verantwortung zu übernehmen, dass eine Aufgabe der Kraftwerksstandorte erfolgt mit Arbeitsplatzabbau und mit Umweltdumping. Das wollen wir ganz klar festhalten.

Zu Ihnen, Herr Staatsminister Wiesheu: Sie haben immer versucht – und das versucht jetzt auch die CSU in ihrem Dringlichkeitsantrag –, die Verantwortung auf ein anderes Gebiet abzuschieben. Sie wollen also nicht nur dafür nicht verantwortlich sein, dass die Verhandlungen schlecht geführt wurden, sondern Sie versuchen jetzt auch noch auf die rot-grüne Energiepolitik abzulenken. Das geht aus dem gesamten ersten Absatz hervor.

Aber auch das gelingt Ihnen nicht. Tatsächlich ist es so, dass gerade auf dem Sektor Energiepolitik die rot-grüne Bundesregierung hervorragende Arbeit geleistet hat und leistet.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch von der CSU)

Das ist eine zukunftsgerichtete Energiepolitik, die nicht nur von der Industrie und von der Wirtschaft in Deutschland anerkannt wird, gerade auch in Bayern von Handwerk und Mittelstand sowie der Landwirtschaft,

(Unruhe bei der CSU und Zuruf: Wo leben Sie denn?)

sondern die auch international hohes Ansehen genießt. Wir sind heute in der Situation, dass sich die anderen europäischen Länder an Deutschland orientieren und wir so international Maßstäbe setzen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Freiherr von Rotenhan (CSU))

Gerade der Technologiekongress hat das wieder gezeigt. Dort waren wir im Gespräch mit Industrievertretern, mit der Wirtschaft, mit Handwerk und Mittelstand. Sie haben diese zukunftsweisende Energiepolitik der rot-grünen Bundesregierung bestätigt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Einen Akzent greife ich gerne auf, den Sie angesprochen haben, Herr Kaul, und auch Sie, Herr Wiesheu: die Klimapolitik. Von der rot-grünen Bundesregierung liegt nicht nur ein mittelfristiges und ein langfristiges Konzept für die Energiepolitik vor, sondern auch ein Konzept zur Klimapolitik.

Lassen Sie mich kurz zu den Szenarien der Energiepolitik kommen. Wir wollen bis zum Jahr 2010 die Erzeugung erneuerbarer Energie verdoppeln. Wir wollen die Erzeugung von Energie durch Kraft-Wärme-Kopplung von 12 auf über 20% verdoppeln. Langfristige Szenarien bis zum Jahr 2050 gehen von einem Anteil von 50% der

erneuerbaren Energien aus, wobei gleichzeitig Energieeinsparungen und Energieeffizienz einen wesentlichen Anteil am Rückgang der notwendigen Primärenergie bewirken werden.

Es liegt auch ein klares Klimaprogramm auf dem Tisch, das Sie auf Bundesebene mit wirklich dummen Sprüchen kommentiert haben. Wenn es nach Ihnen von der CSU ginge, dann könnten wir jeglichen Klimaschutz vergessen. Wie sieht die Situation in Bayern aus? Wir stellen fest, dass die CO₂-Emissionen von 1990 bis 1997 um 7% gestiegen sind. Wenn wir die Zahlen von 1998 und 1999 auf dem Tisch haben werden, dann werden wir sehen, dass die CO₂-Emissionen noch weiter gestiegen sind. Auf Bundesebene haben wir hingegen einen Rückgang der CO₂-Emissionen um zirka 16%, wobei es starke Einsparungen im Industriesektor und der Energieerzeugung gibt, gleichzeitig aber einen Zuwachs bei den Haushalten und im Verkehr. In Bayern stellen wir wachsende CO₂-Emissionen im Verkehrssektor fest, nämlich über 10%. Das zeigt, dass von einer ökologisch verträglichen Politik in Bayern nicht gesprochen werden kann. Am besten wäre es, wenn Sie von Klimapolitik überhaupt nicht reden.

(Loscher-Frühwald (CSU): Sie müssen einmal die absoluten Zahlen vergleichen!)

Der schmutzige Energiemix, den wir in Bayern haben, trägt nicht zur Lösung der Umweltprobleme bei. Lassen Sie mich noch etwas zu den zusätzlichen Emissionen aus dem Verkehr bemerken. Das Verhalten der Automobilkonzerne wirft ein deutliches Licht darauf, wie die CSU-Politik eingeschätzt wird. Wollte nicht Ministerpräsident Stoiber schnell und voreilig einen Automobilgipfel einberufen, und hat er sich nicht von den Vertretern der Konzerne nur Absagen eingehandelt? Daran sieht man, wo die Musik gespielt wird. Sie wird in Form einer vernünftigen Energie- und Klimapolitik gegenwärtig von Rot-Grün in Berlin gespielt. Bayern ist nicht mehr präsent und hat nichts mehr zu bieten. Wir sehen nur schlechte Verhandlungen und eine generelle Fehlansicht in der Klima- und Energiepolitik.

(Zuruf des Abgeordneten Freiherr von Rotenhan (CSU))

Gestatten Sie mir ein Wort zu den Überkapazitäten. Seit Jahren wird beklagt, dass wir enormen Überkapazitäten haben. Ich erinnere mich aber noch daran, wie versucht wurde, das Werk Franken III zu bauen. Ich war beim Erörterungstermin. Dort wurde immer wieder mit fadenscheinigen Argumenten versucht, Franken III durchzusetzen. Nach dem Erörterungstermin wurde plötzlich die Kapazitätserweiterung zurückgezogen, weil man gemerkt hat, dass dies unwirtschaftlich ist.

Wenn Sie derzeit die Rahmenbedingungen zur Förderung der erneuerbaren Energien kritisieren, dann möchte ich zunächst einmal feststellen, dass zig Milliarden DM in die Atomindustrie gegangen sind und diese damit auf Kosten der Steuerzahler subventioniert wurde, von den steuerfreien Rückstellungen ganz zu schweigen.

Wir begrüßen, dass Programme, die die rot-grüne Regierung im Bereich der Energiepolitik aufgelegt hat – zu nennen sind der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Nutzung der Biomasse oder das 100 000-Dächer-Programm –, gerade von Bayern besonders genutzt werden. Das zeigt, wo die Wachstumspotenziale liegen. Über 40 % der Anträge, zum 100 000-Dächer-Programm und über 50 % der Anträge die den Biogassektor betreffen, kommen aus Bayern. Manchmal finde ich es rührend, wie Frau Stewens oder Herr Schnappauf zur Eröffnung von Windkraftanlagen rennen, obwohl die Windenergie von der Staatsregierung und einigen Bezirksregierungen blockiert wird. Tatsache ist, dass die Staatsregierung von der rot-grünen Energiepolitik profitiert, gleichzeitig hat sie aber im Bundestag und im Bundesrat das Einspeisegesetz abgelehnt, welches jetzt Bayern Wachstumsschancen eröffnet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Windenergiesektor haben wir bundesweit einen Zuwachs von 25 000 Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Das ist eine Zahl, die Sie zur Kenntnis nehmen sollten. Das Förderprogramm für die erneuerbaren Energien wird zu einem Zuwachs von 12 000 bis 15 000 Arbeitsplätzen führen. Prognos kommt zu dem Schluss, dass mit der nun eingeleiteten Energiewende in den nächsten fünf Jahren 155 000 Arbeitsplätze entstehen werden. Bis zum Jahr 2020 sollen noch einmal 195 000 Arbeitsplätze hinzukommen. Das sind Zahlen, die Prognos auf der Basis der gegenwärtigen Energiepolitik der rot-grünen Bundesregierung errechnet hat. Oder kommen wir zu den Mitteln zur Altbausanierung, die in den nächsten drei Jahren jährlich 400 Millionen DM ausmachen werden. Dies wird aus den Zinsersparnissen aufgrund des Verkaufs der UMTS-Lizenzen bezahlt, wogegen Sie klagen wollen. Man geht bei der Altbausanierung von einem Arbeitsplatzzuwachs in einer sechsstelligen Höhe aus. Diese Zahlen sollten Ihnen zu denken geben, wenn Sie versuchen, die rot-grüne Energiepolitik madig zu machen.

Wir haben selbstverständlich die Förderbedingungen am Markt ausgerichtet. Sie wissen genau, dass das Einspeisegesetz degressiv gestaltet ist. Es geht jetzt um eine breite Markteinführung der erneuerbaren Energien, um Exportchancen zu sichern und die Dinge billiger zu machen. Es gibt vom Umweltbundesamt Schätzungen über die Kostensenkungen. Diese Kostensenkungen betragen bis zum Jahr 2010 bei der Windenergie bei einer konstanten Produktion 20 %, bei der Photovoltaik bei einer zwanzig- bis dreißigfachen Produktion bis 60 %. Bei zehnfacher Produktion liegt die Kostensenkung bei der Biomasse bei zirka 15 %. Diese durch die Markteinführung zu erwartenden Kostenreduktion findet sich in der gegenwärtigen Fördersituation wieder. Das ist eine vernünftige Energiepolitik, die der Umwelt und den Arbeitsplätzen hilft. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Freiherr von Rotenhan (CSU): Das Gegenteil ist der Fall!)

Sie glauben, man könne die erneuerbaren Energien unter ferner liefen subsumieren. Es gibt weitere Studien,

die insgesamt von einer Energieeinsparung und Energieeffizienz von über 50 % bis zum Jahr 2050 ausgehen. Für die benötigte restliche Energiemenge wird von einem Potenzial der erneuerbaren Energien von über 90 % ausgegangen. Das ist das Ergebnis einer Studie unter anderem von Bölkow-Systemtechnik, die der Enquete-Kommission des Landtags vorgelegt wurde und den CSU-Mitgliedern der Kommission bekannt sein müsste.

Bundesweit, bezogen auf das technische Potential der erneuerbaren Energien werden nach einer Studie des Umweltbundesamtes im Bereich Wärme- und Brennstoffnutzung gerade einmal zu 2 % ausgenutzt, bei der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien beträgt der Ausnutzungsgrad gerade mal 4,5 %. Das Fazit dieser Studie des Umweltbundesamtes lautet:

Das technische Potenzial liegt – zusammengenommen – etwa in der Größenordnung der Hälfte des derzeitigen Endenergieverbrauchs in Deutschland.

Würden Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Bayern entsprechend ausgebaut, so könnte allein durch Strom in der Menge erzeugt werden, die in Bayern zur Zeit produziert wird. Daran sieht man, wie hoch die Wachstumspotenziale sein können, wenn Energiepolitik zukunftsorientiert ausgestaltet wird. Diese Bedingungen haben wir gegenwärtig.

In unserem Dringlichkeitsantrag haben wir drei Punkte gefordert, die sehr vernünftig sind, nämlich dass tatsächlich die Energiestruktur in Bayern sozial- und umweltverträglich umgebaut werden muss, dass wir ein hohes Arbeitsplatzpotenzial in diesem Bereich haben, welches ausgeschöpft und ausgebaut werden muss, und wir haben noch einmal darauf hingewiesen, dass die Stilllegungen konventioneller Kraftwerke und gleichzeitige Stromimporte aus maroden Kraftwerken wie zum Beispiel aus Tschechien nicht hinnehmbar sind.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

– Es steht doch im Dringlichkeitsantrag.

(Hofmann (CSU): Sie sprechen vom Eindämmen!)

– Ja, vom Eindämmen. Wir können sie nicht von heute auf morgen abschalten.

(Fortgesetzte Zurufe des Abgeordneten Hofmann (CSU))

– Sie können sich zu Wort melden. Lassen Sie mich nun aber bitte meine Anmerkungen machen.

(Fortgesetzte Zurufe des Abgeordneten Hofmann (CSU))

– Ich freue mich, dass Sie mir aufmerksam zuhören und sogar unseren Antrag gelesen haben. Das ist sehr erfreulich.

(Zuruf des Abgeordneten Loscher-Frühwald (CSU))

– Da kann ich Ihnen nur sagen: Sprechen Sie mit den Oberösterreichern, mit Initiativen. Dann werden Sie erfahren, dass Herr Umweltminister Trittin sehr wohl mit großem Einsatz tätig war.

(Hofmann (CSU): Schaumschlägerei! – Weitere Zurufe von der CSU – Gegenrufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CSU, Sie wissen ganz genau, dass uns nicht immer griffige Instrumente zur Verfügung stehen. Das ist so. Das wissen Sie; das weiß ich. So haben wir gerade zur Inbetriebnahme des Kraftwerks in Temelin im Umweltausschuss einen gemeinsamen Antrag verfasst, der auf eine Formulierung von Herrn Kollegen Hofmann zurückgeht. Nehmen Sie sich das einmal zu Herzen.

(Zurufe von der CSU)

– Fragen Sie doch einmal die tschechischen Initiativen. Gehen Sie einmal nach Oberösterreich oder sprechen Sie mit den Menschen dort. Dann werden Sie erkennen, wie sehr der Einsatz von Herrn Trittin dort geschätzt wird. – Lassen Sie mich aber jetzt zu e.on zurückkommen.

(Freiherr von Rotenhan (CSU): Ich denke, Sie boykottieren die!)

Hier in Bayern sollen Stromerzeugungskapazitäten in der Größenordnung stillgelegt werden, die dem Stromimport aus Tschechien entsprechen. Das muss man einmal sehen. Was wir derzeit von dort importieren, ist Strom aus maroden Kohlekraftwerken. Das Importvolumen wird möglicherweise massiv wachsen, sobald das Kraftwerk in Temelin am Netz ist. Das müssen wir so sehen. Um so wichtiger ist es, dass wir jetzt gemeinsam versuchen, in dem liberalisierten Energiemarkt wirkliche Umweltkriterien zu etablieren. Wir werden die Umweltverträglichkeit als ein solches Kriterium einführen müssen. Wir können nicht Wettbewerbsgesichtspunkte wie eine Monstranz vor uns her tragen. Vielmehr brauchen wir das Kriterium der Umweltverträglichkeit. Wir haben ja eine Zunahme der Stromimporte aus Tschechien zu verzeichnen. 1998 lag deren Volumen bei 3000, 1999 bei 6000 Gigawatt. Und jetzt haben wir den letztgenannten Wert bereits im ersten Halbjahr 2000 erreicht. So werden es in diesem Jahr mehr als 10000 Gigawatt sein, den Strom aus Temelin noch nicht berücksichtigt.

Angesichts dessen, dass uns dort Dumpingpreise geboten werden, dass die Bevölkerung das Doppelte zahlt und dass auch in Tschechien ein Arbeitsplatzabbau einsetzen wird, sobald das Werk Temelin am Netz ist, muss man feststellen: e.on und die übrigen importierenden Energiekonzerne handeln hier verantwortungslos. Sie müssen sich fragen, ob sie bei einem derartigen Geschäftsgebaren mitmachen wollen. Natürlich reicht es nicht aus, von diesem Pult aus an die Selbstverantwortung, an die moralische Verantwortung der Konzerne zu appellieren. Vielmehr muss hier mit vereinten Kräften eine Regelung auf europäischer Ebene gefunden werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt kann ich feststellen, dass es heute hier zum Offenbarungseid gekommen ist. Die Staatsregierung und die CSU-Fraktion haben dargelegt, dass sie in der Energiepolitik das Heft aus der Hand gegeben haben. Es ist ihnen auch nicht geglückt, andere Schuldige zu finden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Das Wort hat jetzt Frau Staatssekretärin Stewens. Bitte schön, gnädige Frau.

Frau Staatssekretärin Stewens (Umweltministerium): Frau Kollegin Paulig, für mich ist es immer interessant zu beobachten, wie Sie in der Energiepolitik Ihre bundespolitische Verantwortung der letzten zwei Jahre völlig ausblenden und so tun, als sei überhaupt nichts passiert. Dies betrifft sowohl das Erneuerbare-Energien-Gesetz als auch die KWK-Förderung. Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass man dadurch neue Rahmenbedingungen geschaffen und dafür gesorgt hat, dass auch in Zukunft ganz andere Mengen an Strom als bisher auf den Markt gedrückt werden. Für mich ist interessant, dass Sie das, was Dr. Otto Wiesheu heute eindrucksvoll ausgeführt hat, schlicht und einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Es ist schon interessant, wie man in dem Zusammenhang ausblenden kann.

Nun zu meinen Anmerkungen. Frau Paulig, Sie haben ganz nett gesagt, der bayerische Umweltminister und ich, wir würden immer zu Einweihungen von Windkraft-rädern, Biomasseanlagen und Ähnlichem laufen. In der Tat, das tun wir. Denn wir bekennen uns in Bayern zu einem ausgewogenem Energiemix. Das ist bayerische Politik. Dazu gehören regenerative Energieträger. Dazu gehört auch die Kernkraft. Das ist gar keine Frage.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und der Atommüll?)

Das ist auch der Grund dafür, dass wir in Bayern, verglichen mit den anderen Bundesländern, am stärksten auf regenerative Energieträger zurückgreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Lebhaftes Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Frau Paulig, darüber brauchen wir gar nicht zu sprechen:

(Fortgesetzte Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich nutzen wir in Bayern die Wasserkraft. Doch fördern wir auch den Einsatz anderer Energieträger. Allein über die „Offensive Zukunft Bayern I“ und die „Offensive Zukunft Bayern II“ haben wir 75 bzw. 50 Millionen DM zur Förderung der Nutzung von Biomasse ausgegeben, und das zusätzlich zu den hohen Ansätzen, die der Haushalt hierfür vorsieht. Frau Paulig, Sie wissen das ganz genau.

So weit meine Anmerkungen zu Ihrer Rede, Frau Paulig. Lassen Sie mich nun zu dem kommen, weswegen ich mich eigentlich gemeldet hatte. Ich möchte etwas zum CO₂-Ausstoß sagen. In Bayern liegt der CO₂-Ausstoß, berechnet pro Kopf der Bevölkerung, um 30% unter dem Bundesdurchschnitt.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der CO₂-Ausstoß hierzulande soll weiter sinken.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber im Moment steigen die CO₂-Emissionen in Bayern nur, und zwar bezogen auf die absolute Menge der CO₂-Emissionen!)

So haben wir heute im Ministerrat ein bayerisches Klimaschutzprogramm beschlossen. Dieses sieht eine Minderung des CO₂-Ausstosses um 12% bis zum Jahr 2010 vor. Derzeit liegt er bei 7,2 Tonnen pro Jahr; bis zum Jahr 2010 soll ein Wert von 6,4 Tonnen erreicht werden. Dann werden wir weit unter dem liegen, was der Bund plant. Denn bei einer Senkung des CO₂-Ausstosses um 25% bis zum Jahr 2010 wären es bundesweit immer noch 9,2 Tonnen CO₂ jährlich pro Kopf der Bevölkerung. Frau Paulig, diese Zahlen sollten Sie sich vergegenwärtigen, bevor Sie die von der Bundesregierung vorgelegten Zahlen und deren Klimaschutzkonzept, das wohl erst morgen präsentiert werden wird, derart loben, wie Sie es getan haben. Der Bund wird auch in zehn Jahren nicht das erreichen, was hier in Bayern jetzt schon Realität ist – ganz zu schweigen von den Zielen die wir in zehn Jahren erreicht haben werden.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich trägt unsere Versorgung mit Kernenergie dazu bei. Das ist keine Frage.

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wohin tun wir den Müll?)

Wir bekennen uns sowohl zum Einsatz regenerativer Energieträger als auch zur Nutzung der Kernenergie. Allein das Zurückgreifen auf Kernenergie erspart uns bundesweit 160 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr, bayernweit 45 Millionen Tonnen. Wir haben bis heute von der Bundesregierung keine Antwort auf unsere Frage erhalten, wie sie angesichts des von ihr geplanten Ausstiegs aus der Nutzung von Kernenergie die Zusagen auch nur annäherungsweise einhalten will, die sie im Zusammenhang mit dem Kyoto-Protokoll gegeben hat. Hier fehlt ein schlüssiges Konzept.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun möchte ich noch zum Kraftwerk in Temelin eine kurze Anmerkung machen. Nur eines dazu, Frau Kollegin Paulig, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN: Die westlichen Sicherheitsanforderungen sind laut GRS – das ist die Gesellschaft für Reaktorsicherheit des Bundes – bei den untersuchten Fragestellungen weitgehend eingehalten worden. Es gibt jetzt noch einen offenen Punkt, der sicherheitstechnische

Bedeutung hat. Hier geht es um Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Dampf- und Speisewasserleitungen. Wie dieser gewährleistet werden soll, ist nicht ausreichend geklärt. Das haben wir immer wieder kritisiert. Dr. Werner Schnappauf hat dies kritisiert. Auch der Bayerische Ministerpräsident hat dies kritisiert, und zwar in einem Brief an den tschechischen Ministerpräsidenten. Er hat ausdrücklich darum gebeten, diesen letzten Sicherheitsanforderungen Rechnung zu tragen – im Interesse der Sicherheit der Bürger, im Sinne der berechtigten Sorgen und Nöte der Bürger im Grenzraum zu Bayern wie in dem zu Österreich.

Jetzt ist wirklich der Bundesumweltminister gefordert, erneut bei der tschechischen Seite vorstellig zu werden. Ich halte das für sehr wichtig, um eine Abklärung herbeizuführen. Dieses Anliegen hat Werner Schnappauf nochmals in seinem Brief vom 10.10.2000 an Herrn Trittin vorgetragen. Ich möchte sagen, das muss wirklich erfüllt werden. Hier werfen wir dem Bundesumweltminister Untätigkeit – ob bewusste oder unbewusste Untätigkeit, das lasse ich offen – vor.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die Redezeit der Fraktionen verlängert sich um weitere sieben Minuten. Das Wort hat nun Herr Kollege Müller.

Willi Müller (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als oberfränkischer Abgeordneter möchte ich ein Wort zu Frau Kollegin Biedefeld und Herrn Kollegen Schläger sagen. Frau Kollegin Biedefeld, es hat mich erstaunt, mit welcher Unverfrorenheit Sie hier Unwahrheiten in den Raum stellen.

(Frau Biedefeld (SPD): Welche Unwahrheiten?)

– Ich werde es Ihnen gleich sagen. Sie haben behauptet, die Staatsregierung hätte die Entscheidung von e.on abgesegnet. Genau das ist falsch.

(Frau Biedefeld (SPD): Das ist nicht falsch!)

Die Staatsregierung und heute Erwin Huber haben deutlich gemacht, dass sie mit der Entscheidung von e.on nicht einverstanden sind.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie haben Ihre Möglichkeiten bei der Vertragsvereinbarung nicht wahrgenommen!)

– Frau Kollegin, ich habe das Gefühl, seit Sie Generalsekretärin der SPD sind, haben Sie vielleicht nicht mehr die notwendige Zeit, die oberfränkischen Zeitungen zu lesen, sonst hätten Sie das nicht gesagt. Ich will Ihnen noch eines sagen: Gehen Sie einmal nach Arzberg zu den Betriebsräten und lassen Sie sich erzählen, was dort los ist. Der Betriebsratsvorsitzende hat uns erklärt, er bemüht sich seit vier Wochen um einen Termin im Bundesumweltministerium und um einen Termin im Bundeswirtschaftsministerium. Er bekommt keinen.

(Schläger (SPD): Das stimmt nicht; nur im Umweltministerium, nicht im Wirtschaftsministerium!)

– Er hat auch im Wirtschaftsministerium noch keinen Termin. Frau Kollegin, ich fordere Sie auf: Sorgen Sie dafür, dass der Betriebsratsvorsitzende von Arzberg dort einen Termin bekommt. Das wäre besser, als falsche Behauptungen aufzustellen.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie haben falsche Versprechungen abgegeben und den Menschen Hoffnungen gemacht!)

Ich will eine zweite Bemerkung zum Kollegen Schläger machen. Er hat gesagt, mit Besitz könnten wir mehr gestalten. Ich halte das für eine falsche These. Erwin Huber hat das deutlich gemacht. Hätte die Fusion, die wohl von allen mitgetragen worden ist, nicht stattgefunden, wäre möglicherweise das Bayernwerk ein Übernahmekandidat geworden und wir hätten manche Dinge wie zum Beispiel die Netzgesellschaft in Bayreuth nicht durchsetzen können.

Ich habe das Gefühl, die Energiepolitik des Bundes wird letzten Endes dazu führen, dass Bayern mittel- und langfristig ein Land ohne eigene Energieerzeugung wird. Die Situation zeigt sich schon jetzt: Kohlekraftwerke werden abgebaut, die Kernkraftwerke wollen Sie abbauen, neue Kohlekraftwerke werden nur an der Küste gebaut. Dann gibt es außer der regenerativen Energie keine Energieerzeugung in Bayern mehr.

Frau Kollegin Paulig – schade, dass sie nicht hier ist –, ich halte viel von regenerativer Energie, aber wenn wir sie für 99 Pfennig, 17 Pfennig, 12 Pfennig oder 9 Pfennig anbieten müssen, dann möchte ich wissen, wie unsere Wirtschaft konkurrenzfähig sein soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage auch Folgendes: Ich halte das Verhalten von e.on für nicht korrekt. Die Schließungen haben insbesondere Bayern intensiv betroffen. Das ist hier gesagt worden. Wir werden in Bayern über 700 Arbeitsplätze verlieren. In Niedersachsen fallen 500 Arbeitsplätze weg, in Nordrhein-Westfalen 200 und in Hessen 100. Wir sind also überproportional betroffen, und zwar an Standorten, die strukturelle Probleme haben. Ich brauche nur an Pleinting zu denken, ich brauche nur an Schwandorf zu denken, ich brauche nur an den Nürnberger Raum zu denken, aber vor allen Dingen denke ich an Arzberg. Dazu möchte ich als zuständiger Abgeordneter noch ein paar Bemerkungen machen.

Um die strukturelle Problematik dieser Region darzustellen, will ich zwei Zahlen nennen: Noch vor 20 Jahren gab es in Arzberg 2800 Arbeitsplätze in der keramischen Industrie. Heute sind es 270. Die Entwicklung in Arzberg ist eine Entwicklung, die in der ganzen Region stattfindet. Wir stehen in einem strukturellen Umbruch, und deshalb ist es unverantwortlich, ausgerechnet dort, wo die strukturelle Not am größten ist, die Stilllegung vorzunehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde Ihnen noch Folgendes sagen: Ich habe mich mit einem

Brief nicht nur an Ministerpräsident Stoiber und die Kollegen Wiesheu und Huber gewandt, sondern auch an Bundeswirtschaftsminister Müller. Er hat zurückgeschrieben, der e.on-Konzern – ähnlich wie RWE – muss Kraftwerke abschalten, die keine Rendite bringen. Das sind die Unternehmen ihren Aktionären schuldig. Dazu sage ich: Wenn e.on, ein global player, so etwas sagt, habe ich noch Verständnis. Aber wenn ein Bundeswirtschaftsminister, der für die strukturelle Entwicklung des ganzen Landes verantwortlich ist, so etwas sagt, dann halte ich das für verantwortungslos.

(Beifall bei der CSU)

Es ist bereits gesagt worden, in Arzberg wird ein Kraftwerk geschlossen, das umweltfreundlich ist. 30 Millionen DM an Staatsmitteln sind investiert worden. Ich bin der Meinung, wenn wir schon keine rechtliche Handhabe haben, diese Mittel zurückzufordern, gibt es für e.on die moralische Verpflichtung, mit diesen Mitteln etwas für die Region zu tun. Herr Minister, ich habe Sie so verstanden, dass Sie das auch ansteuern.

Ich bin der Meinung, dass e.on in Arzberg vertragsbrüchig wird. Es gibt einen Vertrag mit Tschechien über die Lieferung von Kohle bis zum Jahr 2005. Herr Kollege Schläger, darauf habe ich mich bezogen, als die Frage anstand, hat das Kraftwerk Arzberg eine Zukunft. Ich halte es für einen Affront gegenüber den Tschechen, wenn wir diesen Vertrag einfach kündigen, ein Affront auch deshalb, weil diese Lieferungen auch in schwieriger Zeit – auch nach 1945 – erfolgt sind.

Zur Oberfrankenstiftung wurde hier schon deutlich Stellung genommen.

Ich denke, wir müssen das Ziel verfolgen, den Zeitpunkt hinauszuschieben, möglichst viel zu erhalten und alternative Arbeitsplätze anzubieten, wenn sich die Kraftwerke nicht halten lassen. Ich denke, dazu muss in einer Kooperation von Staatsregierung und e.on das Notwendige getan werden. Ich sage deutlich, ich will mich bei dieser Gelegenheit bei der Staatsregierung, beim Ministerpräsidenten und bei den beteiligten Ministern herzlich bedanken. Sie waren bereit, mit uns zu sprechen. Sie waren bereit, mit den Bürgermeistern zu sprechen. Sie waren bereit, mit den Betriebsräten zu sprechen. Das ist ein Zeichen dafür, dass sie bereit sind, sich der Dinge anzunehmen. Wenn wir in Arzberg und anderswo heute ein bisschen hoffnungsvoller in die Zukunft blicken, dann ist das das Verdienst der Bayerischen Staatsregierung und nicht das Verdienst der Bundesregierung.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Kaiser. Bitte, Herr Kollege.

Dr. Kaiser (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die beiden Staatsminister Dr. Wiesheu und Erwin Huber haben heute Nachmittag den untauglichen Versuch unternommen, mit Aggressivität und Polemik von der eigenen politischen Verantwortung abzulenken.

(Beifall bei der SPD)

Für die Arbeitsplatzverluste an den Kraftwerksstandorten gibt es zwei wesentliche Ursachen: Erstens die überstürzte Freigabe und Liberalisierung des Strommarkts in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Liberalisierung hat die alte Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Dinglreiter, die SPD hat dem im Deutschen Bundestag nicht zugestimmt. Selbstverständlich war die Liberalisierung aufgrund der Vorgaben der EU-Richtlinie unumgänglich notwendig, aber nicht so überstürzt und ohne zeitliche Übergangsfristen, wie in Deutschland geschehen.

(Beifall bei der SPD)

Die Franzosen haben bis heute noch nicht liberalisiert. Der französische Atomstrom der EdF wird in Deutschland verkauft. Die Franzosen kaufen sich in deutsche Firmen ein, zum Beispiel in die baden-württembergische Energieversorgung. Yello-Strom gehört zum Teil schon heute dem französischen Staatsunternehmen EdF. Die Erklärung des Wirtschaftsministers, die Kraftwerksstandorte gingen deshalb über die Wupper, weil der Strom aus erneuerbarer Energie auf den Markt dränge und die Franzosen deshalb sagten, sie müssten die Liberalisierung hinausschieben, ist geradezu abenteuerlich. In Wahrheit waren es unternehmensstrategische Überlegungen Frankreichs, wonach der europäische Markt aufgerollt werden sollte, und wir sind den Franzosen auch noch entgegen gekommen und haben sie eingeladen, zum Stromverkauf und zur Unternehmensbeteiligung nach Deutschland zu kommen. Dass die Franzosen von der Regierung abgemahnt werden mussten, hatte auch innenpolitische Gründe. Die kommunistische Gewerkschaft bei der EdF ist sehr stark, und die Kommunisten sind Koalitionspartner in der Regierung. Selbstverständlich verzögern sie die Liberalisierung in Frankreich. Nur wir sind vorneweg marschiert und haben jetzt die Quittung dafür bekommen.

(Widerspruch des Abgeordneten Hofmann (CSU))

Wir haben bei einer Gesamtkapazität von 100000 Megawatt in der Energieproduktion 30000 Megawatt Überkapazität. Denn im letzten Jahr lag die höchste Auslastung bei nur 70000 Megawatt. Das sind die wahren Gründe für die Arbeitsplatzverluste an den Kraftwerksstandorten. Sie haben dieser Form der Liberalisierung der Energiepolitik im Deutschen Bundestag im Jahr 1998 zugestimmt, und deshalb sollten Sie jetzt zu Ihrer Verantwortung dafür stehen.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Grund für die Arbeitsplatzverluste an den Kraftwerksstandorten liegt in strategischen Fehlleistungen der Staatsregierung und insbesondere des Ministerpräsidenten. Ich darf an die Fusionsplanungen der Viag mit der Schweizer Algroup erinnern. Als der Ministerpräsident groß verkündet hat, damit entstünde der sechst-

größte Industriekonzern in der Bundesrepublik mit Sitz in München, habe ich im Haushaltsausschuss gesagt: „Das geht nie und nimmer gut: Es scheitert mit Sicherheit an den handelnden Personen.“ Großaktionäre bei Algroup waren Martin Ebner, das Enfant terrible der Züricher Bankenszene, und Christoph Blocher, der Vorsitzende der europafeindlichen Schweizer Volkspartei, der mehrmals Volksbegehren gegen die EU erfolgreich hat initiiert und durchführen lassen. Diese beiden Männer haben sich nie dem damit verbundenen Machtanspruch, dass München bestimmen sollte, unterordnen wollen. Deshalb wurden Probleme mit der Bewertung vorge-schoben, und drei Tage später war die Fusion gescheitert, was auch ich nicht voraussehen konnte.

Dann brach natürlich Panik aus. Denn die Viag kam unter den Druck der Kapitalmärkte. Ein solcher Fehlschlag schlägt sich bekanntlich sofort im Börsenkurs nieder. Deshalb hat man verzweifelt nach einem Partner gesucht und ist bei der Veba fündig geworden. Interessant nachzulesen ist, wie damals die Fusion auch gegenüber dem Bayerischen Landtag begründet wurde. Ich zitiere Herrn Ministerpräsident Stoiber aus der Presseerklärung der Bayerischen Staatskanzlei – wir mussten davon ausgehen, dass die darin gemachten Aussagen richtig sind, Herr Staatsminister Huber – vom 27. September 1999:

... dass die zwischen Viag und Veba für ihre Fusion geschlossene Grundsatzvereinbarung für Bayern außerordentlich zufrieden stellend ist. Stoiber: Die Standortinteressen Bayerns sind voll gewahrt.

– das merken wir jetzt –

Es sei für den Viag-Großaktionär Freistaat Bayern von entscheidender Bedeutung, dass drei wichtige Geschäftsfelder des neuen Konzerns, nämlich Energie, Chemie und Telekommunikation, in Bayern fest verankert bleiben.

– und dann kommt der entscheidende Satz, was die Kraftwerke anbelangt –

Der Strom soll verbrauchsnahe erzeugt werden. Damit wird in Bayern auch künftig so viel Strom produziert, wie im Freistaat Bayern verbraucht wird.

(Heiterkeit bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das war erst vor einem Jahr. Man sieht, wie glaubwürdig und sachlich fundiert die Aussagen der Bayerischen Staatskanzlei sind. Heute stehen Sie vor dem Scherbenhaufen Ihrer Energiepolitik.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Auch wenn circa 700 Arbeitsplätze an Kraftwerkstandorten wegfallen sollen, so muss ich doch einräumen, dass ein paar neue entstehen; allerdings nicht in Arzberg, Pleinting oder Aschaffenburg, sondern hier in München. Dem Konzern kann ich auch gar nicht übel nehmen,

dass er die liberalisierten Rahmenbedingungen entsprechend nutzt; denn das erwarten die Aktionäre. In der letzten Wochenendausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ sind zwei große Stellenanzeigen des Viag-Konzerns erschienen, in denen es heißt:

Mit kompetenten und engagierten Mitarbeitern wollen wir unsere Marktposition im europaweiten Stromhandel weiter ausbauen. Für unser Front- bzw. Middleoffice

– so heißt das heute neudeutsch –

suchen wir für den Standort München Stromhändler, Kundenhändler – Derivate, Risikomanager, Produkt- und Prozesskoordinatoren, Vertragsmanager, Marktanalysten und Financial Engineers.

Solche Leute werden gesucht, wenn man Strom aus dem Ausland verkaufen will, zumal auf dem liberalisierten Markt die Möglichkeiten dazu bestehen und der Konzern Gewinn machen will. Deshalb werden Standorte in Bayern geschlossen. Denn im Handel verdient man mehr als in der Produktion. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, meine Damen und Herren von der CSU.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Heute Nachmittag haben Sie, Herr Staatsminister Huber, uns glauben machen wollen, wie erfolgreich die Fusion doch für Bayern gewesen sei.

(Frau Biedefeld (SPD): Das ist ihm aber nicht ganz gelungen!)

Sie sollten die ganze Wahrheit und nicht nur das verkünden, was Ihnen passt. Sie sagten, im Vorstand des neuen e.on-Konzerns sei das Verhältnis zwischen Veba und Viag drei zu zwei – klarerweise die Mehrheit bei der Veba. Im Energiebereich betrage dieses Verhältnis, so sagten Sie, fünf zu fünf. In der „Süddeutschen Zeitung“ hätten Sie nachlesen können, dass das Verhältnis in der zweiten Reihe, also bei den Managern im operativen Geschäft, 35 zu fünf beträgt, d. h. die Viag- und Bayernwerk-Leute sind untergebuttert worden.

(Schläger (SPD): Schau, schau!)

Mit der Titelzeile „Aus dem Merger of Equals“ – der Fusion unter Gleichen – „ist eine Übernahme geworden“ hat die „Süddeutsche Zeitung“ den Nagel auf den Kopf getroffen. Sie haben erwähnt, Herr Staatsminister Huber, dass die Leitung des Bereichs Wasserkraft in Landshut und die des Bereichs Netze in Bayreuth angesiedelt sei, und im Jahr 1998 ist es in einer gemeinsamen Aktion von CSU und SPD – auch mein Verdienst – gelungen, die sehr gute, lukrative Gedos-GmbH, das Rechenzentrum des Bayernwerks für Bayern und Thüringen, mit heute circa 450 hoch qualifizierten Informatikern in Würzburg anzusiedeln.

Das Rechenzentrum des neuen Konzerns wandert von Würzburg nach Hannover. Das haben Sie nicht erwähnt. Sie nennen nur das Positive.

Sie haben auch nicht erwähnt, dass eine sehr gute und lukrative Firma der Feinchemie, nämlich die SKW Trostberg, verschwinden wird. Diesen Namen gibt es gar nicht mehr. Diese Firma wird mit Degussa fusionieren. Der Sitz dieser Firma ist nicht mehr Trostberg, sondern Düsseldorf. Auch der Sitz des e.on-Konzerns ist nicht mehr in Bayern. Sie haben hier nichts mehr zu sagen. Sie haben damals gefeiert, weil die Viag ihren Sitz von Bonn nach München verlegt hat. Jetzt spielt die Musik in Düsseldorf. Das ist das Ergebnis Ihrer strategischen Fehlentscheidungen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wundere mich auch über Ihren Optimismus bezüglich Viag-Interkom. Diese Firma hat sich toll entwickelt. In München hat sie 5000 Arbeitsplätze geschaffen. Diese Firma befindet sich aber jetzt in britischer Hand. Die Briten halten 90% und die Norweger 10% der Anteile. 45% der Anteile sind verkauft worden. Sie betonen natürlich, Sie hätten mit diesen Leuten gesprochen und diese Leute hätten entsprechende Zusagen gemacht. Drei Tage später habe ich jedoch gelesen, dass der Vorstandsvorsitzende von British-Telekom schon im Feuer steht. Ob dieser Mann in einem Jahr noch Chef von British-Telekom ist, steht in den Sternen.

Was von den Zusagen großer Kommunikationsfirmen zu halten ist, hat das Beispiel Mannesmann gezeigt. Als Vodafone Mannesmann übernommen hatte, hieß es, der Maschinenbausektor von Mannesmann Rexrodt, Mannesmann Sachs und Krauss-Maffei werde abgespalten. Daraus soll die Firma Atex gegründet werden, die dann an die Börse gehen soll.

Sie haben das begrüßt, wie Sie alles begrüßen. Plötzlich hat Vodafone aber gesagt, dass es sich nicht mehr an die Zusagen halten wolle. Daraufhin ist die Firma Atex verkauft worden. Die Firma wurde an ein Konsortium der Firmen Siemens und Bosch zu jeweils 50% verkauft. Das Bundeskartellamt hat jedoch Bedenken angemeldet. Jetzt wird der Maschinenbaubereich der Firma Atex zerschlagen. Ein Teil kommt zu Bosch, ein anderer Teil zu Siemens. Hier geht es um 23000 Arbeitsplätze in Bayern.

Ihre Presseerklärungen sind Beruhigungspillen. Diese Pillen werden nur für kurze Zeit wirken. Es ist bedauerlich, wie dies gelaufen ist. Sie sollten deshalb zu Ihrer Verantwortung stehen. Sie tragen die Verantwortung für die überhastete, voreilige und schlechte Liberalisierung des Strommarktes in Deutschland. Außerdem haben Sie strategische Fehlentscheidungen in der Unternehmenspolitik getroffen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch zu einem anderen Thema kommen, das mir sehr am Herzen liegt.

Wir müssen mit der Energiepolitik auch die Technologie voranbringen. Sie haben aus dem Verkauf des Viag-Pakets mit 3,1 Milliarden DM einen guten Preis erzielt.

(Prof. Dr. Falthäuser (CSU): 3,11 Milliarden DM!)

– Herr Finanzminister, ich nehme das gerne zur Kenntnis.

(Leeb (CSU): Und 25 Pfennig!)

Sie haben dieses Geld sicherlich für gute Zwecke ausgegeben. Die Energietechnik spielt jedoch bei der Hightech-Offensive nur eine stiefmütterliche Rolle.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben es versäumt, diese Mittel in die Energietechnik zu investieren. Wir wissen, dass die Ölrechnung explosionsartig steigt. Das Statistische Bundesamt hat bekannt gegeben, für das erste Halbjahr 2000 steige die Ölrechnung um 140 % auf 20,3 Milliarden DM. Das ist Kaufkraft, die aus Deutschland in die Ölförderländer abfließt. Momentan liegt der Preis pro Tonne immer noch bei 397 DM. Dieser Preis lag schon einmal höher. Im Jahre 1984/85 lag er bereits bei 622 DM. Wir können uns ausmalen, was uns noch erwartet, zumal die ausgedünnten Ölvorräte nicht mehr steigen, sondern zurückgehen. Wir müssen also unsere Technologie einsetzen, um das Erdölzeitalter durch das Wasserstoffzeitalter zu ersetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben jedoch ein großes Problem. Wir müssen die Wasserstofftechnik wirtschaftlich einsetzen. Die Erzeugung von Wasserstoff auf solarer Basis ist noch nicht möglich. Es wird noch fünf, zehn oder sogar zwanzig bis dreißig Jahre dauern, bis dies möglich ist. Diese Zeit müssen wir überbrücken. Gerade für den Antrieb im Bereich des Verkehrs bietet sich eine hervorragende Technik an, um das Erdöl, das Benzin und den Diesel zu ersetzen, nämlich das Erdgas. Der Kraftstoff Erdgas hat hervorragende Eigenschaften. Er hat eine hohe Klopfestigkeit und Verdichtung, eine weichere Verbrennung und verursacht damit eine geringere Lärmbelastung sowie einen hohen Wirkungsgrad.

Leider ist die Verbreitung von Erdgasautos bei uns noch nicht sehr weit fortgeschritten. In Italien gibt es 320 000 Erdgasautos, während es in Deutschland ganze 7000 Autos gibt. Das liegt nicht an den Autos. Diese sind hinsichtlich der Beschleunigung und ihrer Wirkungseigenschaften genauso gut oder besser als unsere Benziner oder Diesel. Es liegt an der Infrastruktur.

Bei uns gibt es zu wenig Tankstellen, an denen Erdgas getankt werden kann. Die Erdgaswirtschaft bemüht sich zwar, im eigenen Bereich Erdgasautos einzusetzen. Auch BMW hat ein Erdgasauto entwickelt. Wenn man jedoch danach fragt, wie viele Erdgasautos im Fuhrpark des Freistaates Bayern stehen, stößt man auf Fehlanzeige. Sie müssen einmal auf die Erdgaswirtschaft zugehen und Erdgasautos einsetzen. In München gibt es eine

Erdgastankstelle. Wenn Sie diese Autos in einem Umkreis von 200 bis 300 Kilometer um München einsetzen würden, könnten Sie das bereits praktizieren.

Natürlich brauchen wir auch die entsprechenden Tankstellen. Es gibt Leute, die sich fragen, ob es sinnvoll war, am Flughafen für 34 Millionen DM eine Wasserstofftankstelle einzurichten. Der Wasserstoff sollte vor Ort produziert werden, was nicht funktioniert. Für dieses Geld hätten in Bayern 70 Erdgastankstellen eingerichtet werden können. Ich möchte nicht abwägen, was notwendiger gewesen wäre. Sie sollten jedoch versuchen, das Erdgas als Brückentechnologie zwischen dem Erdölzeitalter und dem Erdöl/Wasserstoffzeitalter voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch ein letztes und wesentliches Argument anführen, vor allem vor dem Hintergrund der hohen Benzinpreise. Das Erdgasauto ist auch wirtschaftlich sehr attraktiv. Im Rahmen der ersten Stufe der ökologischen Steuerreform wurde die Mineralölsteuerreduzierung für Erdgas als Kraftstoff bis zum Jahr 2010 verlängert. Auf dieser Grundlage lässt sich gerade in Zeiten hoher Benzinpreise ein attraktiver Kraftstoffpreis realisieren. Derzeit wird Erdgas als Kraftstoff für durchschnittlich 75 Pfennig pro Liter Benzinäquivalent und 85 Pfennig Dieseläquivalent verkauft. Das ist ein sehr attraktiver Preis. Natürlich ist das Auto etwas teuer, da es noch nicht in großen Serien produziert wird. Das Erdgasauto muss noch als Dual-use-Fahrzeug hergestellt werden. Es verbraucht also Benzin und Erdgas. In diesem Bereich könnte man den hohen Benzinpreisen entgegenwirken. Damit würden wir ein ökologiefreundliches Verkehrsmittel einsetzen und eine Brücke in das Solar-Wasserstoff-Zeitalter bauen.

Wir sollten die Chancen des Preisschocks im Energiemarkt nutzen, um mit neuen Technologien energiesparende, effiziente und umweltschonende Technologien voranzubringen. Das ist unsere Aufgabe als Landespolitiker. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Bayerische Staatsregierung diesem Thema mehr Aufmerksamkeit als bisher widmen würde. Herr Kollege Dr. Wiesheu und Herr Kollege Huber, es reicht nicht aus, gegen die Bundesregierung zu polemisieren und diese in Grund und Boden zu verdammen, wenn man seine eigenen Hausaufgaben nicht macht. Machen Sie diese Hausaufgaben. Machen wir es gemeinsam im Interesse unserer gemeinsamen Zukunft.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Söder.

Dr. Söder (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Opposition hätte heute die Chance gehabt, zu zeigen, dass sie es mit der Energiepolitik in Bayern ernst meint. Statt sich aber mit den Arbeitsplätzen zu beschäftigen, die möglicherweise davon betroffen sind, philosophiert Herr Dr. Kaiser über Erdgasautos und andere Dinge.

Anstatt sich mit den Schicksalen der Menschen zu beschäftigen, führen Sie hier energiepolitische Scheindebatten.

(Beifall bei der CSU – Schläger (SPD): Sie waren ja gar nicht hier herinnen!)

Nachdem Sie in Bayern nichts zu sagen haben, nachdem hier niemand mit Ihnen redet, weil Sie kein ernst zu nehmender Gesprächspartner sind und weil Sie ein schlechtes Gewissen wegen Ihrer Energiepolitik in Berlin haben, versuchen Sie abzulenken und Schuldige zu suchen. Das ist menschlich verständlich, wir lassen es Ihnen aber politisch nicht durchgehen.

(Beifall bei der CSU)

Die Staatsregierung kämpft um Arbeitsplätze, anstatt langwierige Debatten zu führen und Kapitalismuskritik auszuüben, wie es Herr Schläger gemacht hat. So etwas gehört vielleicht in irgendwelche Seminare, hat aber nichts mit praktischer Politik zu tun. Die Staatsregierung kämpft um jeden einzelnen Arbeitsplatz in Bayern.

(Schläger (SPD): Das glaubt Ihnen doch kein Mensch!)

Was tun Sie? In Bayern jammern, motzen und maulen Sie, in Berlin betreiben Sie dagegen eine Politik gegen die Standortinteressen dieses Landes. Die Liberalisierung ist eine der Folgen davon. Sie haben sie damals mit akzeptiert.

(Schläger (SPD): Drei Stunden war er nicht da, und jetzt redet er saudumm daher!)

– Herr Schläger, dabei sollten Sie noch roter werden, als Sie es ohnehin schon sind.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der Fusion von Veba und Viag haben Sie zugestimmt. Da war das Gemotze und Gemaule relativ gering. Ein Jahr später versuchen Sie, die Fehler, die Sie in Berlin begangen haben, – –

(Zurufe von der SPD)

– Hören Sie doch einmal zu. Ich weiß, es ist schwer, aber es muss sein. Damals haben Sie die Fusion akzeptiert, heute versuchen Sie eine Gespensterdebatte zu führen. Aus der Fusion, die eine logische und notwendige Konsequenz aus der internationalen Entwicklung des Strommarktes war, versuchen Sie den Schluss zu ziehen, man hätte anders verfahren müssen, denn es hätte andere Möglichkeiten gegeben. Das stimmt aber gar nicht. Herr Staatsminister Huber hat nachgewiesen, dass Sie damals zugestimmt haben und dass Sie auch die Hightech-Projekte im Wesentlichen akzeptiert haben. Gerade diese Projekte schaffen in der Energietechnik viele Arbeitsplätze. Tun Sie doch nicht so, als hätten wir damit nicht Möglichkeiten für neue Generationen von Menschen geschaffen und Bayern nicht wettbewerbsfähig gemacht.

Die Liberalisierung, die Schwierigkeiten und Überkapazitäten mit sich bringt, hat aber nicht wirklich und allein Kraftwerksstilllegungen ausgelöst. Es war vielmehr die energiepolitische Horrorliste, die Sie in Berlin präsentieren, seit Sie dort an der Regierung sind. Es ist kein Wunder, dass Kohlekraftwerke abgebaut werden, wenn die Ökosteuer den Transport so teuer macht, dass revierferne Standorte benachteiligt werden. Es ist kein Wunder, dass Kohlekraftwerke stillgelegt werden, wenn man versucht, neue Kraftwerke zu subventionieren, die statt wirtschaftlichen Stroms unwirtschaftlichen liefern. Alles das tun Sie.

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir machen doch nicht dieselben Fehler wie Sie!)

– Das war jetzt auch nicht sehr schlau.

Der Effekt Ihrer Politik wird noch durch Ihre völlig verblendete Atompolitik verstärkt. Frau Paulig – sie ist jetzt nicht mehr hier – hat vorhin gesagt, Herr Trittin würde in Tschechien hochgeschätzt. Das glaube ich auch, denn er ist einer der größten Arbeitsplatzbeschaffer, die es dort drüben gibt, weil er aus unserem Land die Kernkraft vertreibt, während er sie anderswo ansiedelt.

(Beifall bei der CSU)

Frau Paulig – ich sage es noch einmal, leider ist sie nicht mehr da – hat in der Enquete-Kommission Energiepolitik auch hören müssen, dass es nicht nur ein Gutachten irgendeines Ökoinstitutes gibt, das sie gerne zitiert. Sie hat hören müssen, dass es viele seriösere Gutachten gibt, die auch aussagen, dass wir bald eine Green Card für Atomforscher brauchen, wenn wir so weitermachen wie bisher. Kein deutscher Student studiert mehr Kernenergie, weil Sie mit Ihrer Politik das Know-how aus dem Land vertreiben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kaiser meinte, man müsste den Ölpreisschock als große Chance verstehen. Wir müssen uns vielmehr fragen, ob die Politik überhaupt noch handeln kann. Für die Ökosteuer sind Sie, meine Damen und Herren, verantwortlich. Die Verantwortung auf irgendjemand in der Welt abzuschieben, wird nicht funktionieren. Sie können die Kernkraft nicht abschaffen, ohne ein ernsthaftes realistisches Alternativszenario zu entwickeln. Wer Kernkraft abschafft, sorgt für die Erhöhung des CO₂-Ausstoßes. Das ist ökologisch fatal.

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wo tun Sie den Müll hin?)

Letzter Punkt. Sie sprechen von regenerativen Energien. In den Ausschusssitzungen – nicht im Plenum – gestehen Sie ein, dass Bayern mit regenerativen Energien wirklich gut ausgestattet ist. Da beißt die Maus nun wirklich keinen Faden ab, Sie werden kein Bundesland finden, das so viel für regenerative Energien tut, egal ob diese vom Wirtschaftsministerium oder vom Umweltministerium gefördert werden.

(Hoderlein (SPD): 80 Prozent von dem bestand doch schon, bevor Sie geboren wurden! Die Wasserkraft gab es schon, bevor Sie geboren wurden!)

– Herr Hoderlein, da waren Sie auch noch nicht Parteivorsitzender. Sie werden es auch nicht mehr sein, wenn es diese Energien immer noch gibt.

Alle diese Bereiche werden von uns unterstützt und gefördert. Die Bundesregierung dagegen tut vergleichsweise wenig dazu. Das Motto der Bundesregierung lautet meistens „Große Dinge ankündigen, die Länder sollen aber immer alles bezahlen.“ Setzen Sie sich lieber dafür ein, dass in Bayern eine zukunftsträchtige Energiepolitik möglich ist. Versuchen Sie Ihren zugegebenermaßen bescheidenen Einfluss auf die Bundespartei zu nutzen und sich für Bayern stärker zu präsentieren, und versuchen Sie eine verantwortungsvolle Energiepolitik statt organisierter Verantwortungslosigkeit zu betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Herr Staatsminister Dr. Wiesheu das Wort.

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich will, um Missverständnisse zu vermeiden, auf ein paar Punkte, die vorhin angesprochen wurden, eingehen und sie klarstellen. Frau Biedefeld hat gesagt, der Ministerpräsident habe geäußert, es gebe Geld gegen Arbeitsplätze. Das ist Unsinn. Der Ministerpräsident wollte, dass es auch von e.on Geld für neue Arbeitsplätze gibt. Es reicht nicht aus, einen Sozialplan aufzustellen, sondern es müssen auch zukunftsträchtige Investitionen getätigt werden. Ich verstehe es, wenn Sie Polemik machen wollen, aber dann müssen Sie auch das richtige Thema wählen.

(Dr. Kaiser (SPD): Wer polemisiert denn mehr als Sie?)

Es ist richtig, dass es für Kernkraftwerke keine europäischen Sicherheitsstandards gibt. Deshalb wundere ich mich immer, wenn der Bundesumweltminister von europäischen Sicherheitsstandards redet. Es gibt Regeln der IAEA, der Internationalen Atomenergieagentur, es gibt Standards in Deutschland, in Frankreich, in den USA und in anderen Ländern. Einen gemeinsamen europäischen Standard gibt es aber nicht. Darum ist der Hinweis der Bundesregierung auf die europäischen Standards und auf die Beitrittsverhandlungen falsch.

Kollege Runge sprach davon, die Preisaufsicht sei für Überkapazitäten verantwortlich. Das ist falsch. Die Überkapazitäten waren nicht durch die Preisaufsicht veranlasst, sondern durch den kartellierten Markt und die Tatsache, dass die Energieversorger auf ihrem Markt genügend Kraftwerksreserven vorhalten mussten für den Fall, dass ein Kraftwerk ausfällt. Wenn die Kartellgrenzen wegfallen und man die Kapazitäten zusammenaddiert,

dann gibt es Überkapazitäten. Das hat aber nichts mit der Preisaufsicht zu tun.

Zweitens haben Sie gesagt, die Preisaufsicht sei verantwortlich für die Bereicherung der Stromerzeuger. Das müssen Sie einmal den Kommunen erzählen, die an den Preisverhandlungen teilgenommen haben und denen die Preise nicht hoch genug sein konnten, um den Querverbund finanzieren zu können. Ihre Argumentation ist auch deswegen komisch, weil wir ohne Wettbewerb als Preisaufsichtsbehörde keine Marktpreisfindung betreiben konnten. Die Preisaufsicht war immer ein kostenorientiertes Instrument. Es bestand immer ein Streit zwischen den Herstellern und der Preisaufsicht darüber, was an notwendigen Kosten anerkannt wird und was nicht anerkannt wird. Darauf hat es auch immer eine Rendite gegeben. Diese Preisfindung unterscheidet sich wesentlich von der Preisfindung im Markt. Darum kann eine staatliche Preisfindung durch Preisaufsicht nie die Effekte haben, die eine Preisfindung im Markt hat. Obwohl wir die staatliche Preisaufsicht führen, bin ich immer für eine Preisfindung im Markt eingetreten, weil sie angemessener ist und ganz andere Wirkungen hat. Nachdem beim früheren System die Betreiber aber möglichst Kosten aufbauen wollten, sind durch hohe Beschäftigung und sonstige Effekte so hohe Kosten entstanden, wie wir sie in Deutschland gehabt haben.

Diesen Effekt bewirken die unterschiedlichen Instrumente, die keiner außer Kraft setzen kann. Herr Runge, ich habe auch auf die Stilllegungen bis zu den Jahren 1998 und 1999 hingewiesen und auf den Verzicht von Franken II. Im übrigen hat sich durch die Fusion mit den Isar-Amperwerken der Reservekraftwerkspark automatisch erhöht, auch damit ist die Notwendigkeit für Franken II entfallen. Ich habe auf Aschaffenburg hingewiesen, Schwandorf, das RWE-Werk in Dettingen. Ich habe auch gesagt, dass die Maßnahmen für die meisten Standorte schmerzhaft, aber maßvoll und noch verkraftbar waren. Sie sehen, ich habe das nicht außer Acht gelassen. Die 900 Megawatt, die Sie zitiert haben, sind durch diese Verzichte bzw. Stilllegungen bereits weit überschritten.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Natürlich, ich kann sie Ihnen aufrechnen.

Die jetzige Stilllegungsaktion geht allerdings weit darüber hinaus. Das wollte ich klarstellen.

Besonders gefreut habe ich mich über den Beitrag von Herrn Schläger, der die Stilllegungen als „Kapitalismus pur“ und „kalten Kapitalismus“ und sonst was bezeichnet hat.

(Zuruf des Abgeordneten Willi Müller (CSU))

Ich mahne immer zu einer etwas maßvolleren Sprache.

(Lachen bei der Opposition)

Ich nehme das Beispiel RWE. Die haben auch stillgelegt. An RWE sind eine Menge Kommunen beteiligt, sie stellen sogar den Großteil der Gesellschafter. Eine Menge

dieser Kommunen sind von Rot bzw. Rot-Grün regiert – Gott sei Dank sind auch ein paar Schwarze dabei. RWE legt genauso still. Die Eigentümerkommunen leiden anscheinend auch alle unter „Kapitalismus pur“ oder „eiskaltem Kapitalismus“ im Rahmen der Globalisierung. Das ist doch ziemliches Blech, was hier erzählt wird.

(Beifall bei der CSU – Dr. Wilhelm (CSU): Sehr richtig!)

Das ist alles ziemlicher Unsinn. Ziehen Sie doch die Vergleiche. Es ist schön, wenn man auf eine Sache draufschlagen kann. Gott sei Dank, lässt es das föderale System zu, dass in verschiedenen Ländern verschiedene politische Konstellationen herrschen. Es sind zwar zu viele von Rot-Grün. Aber immerhin, wir haben Vergleichsfälle. Deswegen sollte man bei dem Thema im Rahmen bleiben.

Herr Runge, Sie haben gesagt, die Windstromvergütung sei von Rot-Grün gesenkt worden. Das ist falsch. Sie wurde von Rot-Grün erhöht, genauso wie die Solarenergie-Vergütung. Der letzte Stand: Die Windstromförderung war 16,1 Pfennige und ist auf 17,8 Pfennige erhöht worden; Solar war 16,1 Pfennige und ist auf 99 Pfennige erhöht worden, Biomasse war bei 14,3 und ist auf 20, 18 oder 17 Pfennige erhöht worden – je nach Größenordnung der Kraftwerke –, Wasser war bei 14 oder 11,6 Pfennige und ist jeweils erhöht worden. Wenn Sie derartige Behauptungen aufstellen, sollten Sie das vorher nachprüfen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Das ist so schon richtig.

Frau Paulig hat behauptet, dass die CO₂-Emissionen seit 1990 in Bayern gestiegen seien. Das ist richtig. Sie sind aber auch in allen anderen westdeutschen Ländern gestiegen. Der Rückgang auf Bundesebene trifft nur wegen des Effektes in Ostdeutschland zu, wo eine Menge alter Kohlekraftwerke geschlossen wurden oder die Kraftwerke Rauchgasreinigungsanlagen bekommen haben. Wer früher drüben war – ich war öfter dort –, weiß, wie die Luft dort war. Das ist der Effekt. Darum ist das kein bayernspezifischer Effekt. Deswegen sollte man ihn nicht auf diese Weise in die Debatte einführen.

Die vorletzte Bemerkung, die ich machen will: Dass Sie das Stromeinspeisungsgesetz ausschließlich der neuen Regierung zurechnen wollen, ist falsch. Es gibt aber ein paar Zusammenhänge. Es wurde seinerzeit von der CSU entwickelt – das wird uns im Bundestag des öfteren vorgehalten – und 1990 durchgesetzt. Man hat damals mit 50 Millionen DM pro Jahr an Mehrkosten kalkuliert, die erträglich sind und die, weil die Summe nicht hoch war, von der EU akzeptiert waren. Es war allgemeine Meinung, das sei keine Wettbewerbsverzerrung. Das Ganze hat sich erheblich stärker entwickelt als geplant war. Die Förderung ist auf über 700 Millionen DM im Jahr 1999 gestiegen, und das Stromeinspeisungsgesetz-Modell war aus Gründen des Verfassungsrechts – Stichwort „Kohlepfennig“ – und wegen EU-Rechtsproblemen nach Meinung aller reformbedürftig. Die Rechtsunsicherheit

ist durch das EEG nicht beseitigt worden, sondern wegen des Volumens, das angestrebt wird, deutlich erhöht worden.

Das ist der Grund, warum sich die EU-Kommission die Prüfung gemäß dem Beihilferecht vorbehalten hat. Das ist auch der Grund, warum wir der Meinung sind, dass das Gesetz eine Menge Investitionen auslösen kann, die so nicht auf Dauer finanziert werden könnten, wie das geplant ist. Deswegen ist es doch relativ stark auf Sand gebaut. Wenn die EU-Kommission das genauso prüft, wie andere Beihilfen geprüft werden, wissen Sie, was herauskommt.

Letzter Punkt, Herr Kollege Kaiser, damit das nicht falsch angekommen ist: Ich sage nicht, dass Frankreich seine Marktschottung von Anfang an mit dem zunehmenden Subventionsstrom bei uns begründet habe. Sie wurde auf andere Weise begründet. Aber dem Druck, den Frankreich Richtung Öffnung bekommt, begegnet es mit dem Argument: Was sollen wir tun, wenn in Deutschland der regulierte und subventionierte Markt auf bis zu 40% neu aufgebaut wird? Dann kann man von uns nicht die volle Liberalisierung verlangen. In dieser Hängepartie läuft zur Zeit die Debatte. Das war meine Feststellung, das wollte ich zur Liberalisierung noch sagen.

Ansonsten glaube ich, dass die Debatte zur Energiepolitik insgesamt mit dem Anspruch auf langfristig tragfähige, wettbewerbsfähige und innovative Lösungen geführt werden muss. Was heute mit dem Ausstieg aus der Kernenergie, der Notwendigkeit, viele konventionelle Kraftwerke stillzulegen und dem riesigen Ausbau des subventionierten Marktes gemacht wird, in dem keine Innovationspotenziale stecken, halte ich für keine tragfähige Konzeption.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Ich lasse über die Dringlichkeitsanträge abstimmen, die mitberaten wurden. Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 14/4449 abstimmen. Die CSU-Fraktion hat hierzu während der Aussprache einen Änderungsantrag gestellt. Nachdem die SPD-Fraktion mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden ist, stelle ich den Dringlichkeitsantrag jetzt in der geänderten Fassung zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der CSU. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. So beschlossen. Kollege Hartenstein (fraktionslos) ist nicht anwesend.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/4450 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.

Nun lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 14/4451 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Dringlichkeitsantrag ist damit angenommen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 2

Haushaltsplan 2001/2002; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Redezeit von einer Stunde 30 Minuten festgesetzt. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 42 Minuten, auf die SPD-Fraktion 30 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 18 Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat Frau Kollegin Lochner-Fischer das Wort. Bitte.

Frau Lochner-Fischer (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Bevor wir heute in die Beratung des Einzelplans 06 – Finanzverwaltung – einsteigen, möchte ich im Namen meiner Fraktion und wohl auch im Namen der anderen Fraktionen dieses Hohen Hauses unseren Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten für ihre Arbeit herzlich danken; denn ohne ihre Arbeit und ihren unermüdlichen Einsatz könnten wir hier beschließen, was wir wollten – das Geld dazu wäre nicht da.

(Beifall bei der SPD und bei der CSU)

Dies zur Frage, warum diese Beamtinnen und Beamten so wichtig sind und warum wir als SPD keinerlei Verständnis dafür haben, dass gerade der Einzelplan 06 permanent und leider auch weiterhin das Stiefkind jeder Haushaltsberatung ist; denn daran hat sich überhaupt nichts geändert. Ich hätte dies heute den Ministern in das Stammbuch geschrieben, doch sie sind – mit einer Ausnahme – nicht anwesend. Vielleicht sorgt Finanzminister Prof. Dr. Falthäuser dafür, dass sie das Protokoll bekommen.

Wenn es im Kabinett Auseinandersetzungen über den hohen Personalanteil im Einzelplan 06 gibt, frage ich mich schon, ob den anderen Ministern nicht klar ist, dass die Finanzverwaltung hauptsächlich aus Menschen besteht und nur diese Menschen für Steuereingänge sorgen. Es bringt uns überhaupt nichts, wenn wir den Personalkostenanteil dadurch verändern, dass im Einzelplan 06 möglichst viel gebaut wird oder – ähnlich wie im Hochschulhaushalt – die Investitionskosten, mit denen man immer toll prahlen kann, in die Höhe schnellen, und dann die Leute auf der Strecke bleiben, die eigentlich arbeiten und dafür sorgen, dass das Geld tatsächlich eingeht.

(Starmann (SPD): Der Minister telefoniert draußen, man sollte ihn hereinzitieren – Unmöglich!)

– Danke für diesen Hinweis. Ist es möglich, den Herrn Minister zu bitten, hereinzukommen?

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Frau Kollegin, Herr Dr. Rieger holt ihn eben herein. Sie können fortfahren.

Frau Lochner-Fischer (SPD): Ich halte das Verhalten des Finanzministers nicht unbedingt für richtig, dass er gerade bei der Beratung seines eigenen Haushalts draußen bleibt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Außerdem geht es nicht nur um seinen Haushalt, sondern auch um die Menschen, für die er als Minister Sorge zu tragen hat.

(Beifall bei der SPD)

Es hat mich ziemlich erschreckt, im Ausschuss erfahren zu müssen, dass hierbei Finanzminister Prof. Dr. Falthäuser teilweise mit seinen eigenen Kollegen Schwierigkeiten habe.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Prof. Dr. Falthäuser?

Frau Lochner-Fischer (SPD): Ja.

Prof. Dr. Falthäuser (CSU): Frau Kollegin, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich die ganze Zeit und zu einem Zeitpunkt, zu dem Sie nicht anwesend waren, in der Plenarsitzung war, jetzt 45 Minuten auf den Beginn der Beratungen des Einzelplans 06 gewartet und jetzt gerade mit einem Bürger in einem dringenden Anliegen telefoniert habe?

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Auch wenn Sie unruhig werden, wiederhole ich meine Frage. Frau Kollegin, würden Sie akzeptieren, dass der Finanzminister, der 45 Minuten lang auf den Aufruf des Einzelplans 06 wartete, kurz draußen ist, um mit einem Bürger zu telefonieren, und dass es unangemessen ist, wenn Sie dies derart kritisieren.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Frau Lochner-Fischer (SPD): Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie in einer wichtigen Angelegenheit draußen waren. Ich habe übrigens genauso wie Sie und Kollege Sackmann 45 Minuten auf den Aufruf des Einzelplans 06 gewartet. Aber die Kritik von meiner Fraktion und von mir, dass Sie draußen waren, möchte ich schon aufrecht

erhalten; denn dies hat uns alle – nicht nur Sie – betroffen.

(Zurufe von der CSU)

Ich wollte meine Redezeit von 30 Minuten nicht ausnutzen. Wenn Sie aber so weitermachen, dauert es leider so lange; denn ich werde mich nicht davon abhalten lassen, die Dinge, die ich heute ansprechen möchte, auch zu sagen.

Ich habe vorhin bereits die Sorgen der Bediensteten in der Finanzverwaltung und die Tatsache angesprochen, dass die Finanzverwaltung nach wie vor ein Stiefkind ist, obwohl uns – das sollten wir uns auch als Abgeordnete immer wieder in das Stammbuch schreiben lassen, nicht nur dem Kabinett – ein Steuerbeamter durchschnittlich mindestens eine Million DM pro Jahr bringt und in der Regel nicht mehr als 60 000 DM, meist sogar nur 53 000 DM, kostet. Wir diskutieren heute über Menschen mit einem Bruttoverdienst von nur 3900 DM oder 4300 DM monatlich. Herr Staatsminister, ich gehe davon aus, dass es sich nur um Missverständnisse handelt, die schnell wieder ausgeräumt werden können, wenn von erneuten Versuchen zu hören ist, diesen Menschen die Ballungsraumzulage wegzunehmen. Ich betrachte die Artikel in den heutigen Zeitungen als Missverständnis und gehe davon aus, dass der im Juli gefasste Beschluss, wonach die Ballungsraumzulage auf alle Fälle erhalten bleiben müsse, auch weiterhin gilt und bis Ende dieses Jahres entsprechende gesetzliche Vorlagen verabschiedet werden können; denn für Menschen mit einem Bruttoverdienst von rund 4000 DM monatlich, die im Ballungsraum leben, sind 150 DM im Monat wahnsinnig viel Geld.

Der zweite Gesichtspunkt, warum die Beamtinnen und Beamten immer noch zu Recht klagen, ist, dass es die rechte Seite dieses Hohen Hauses immer noch stillschweigend hinnimmt, dass die 40-Stunden-Woche für die Beamtinnen und Beamten weiterhin gilt; denn die 40-Stunden-Woche ist zwischenzeitlich von den Beschäftigten mehrmals bezahlt worden. Wir fordern Sie daher auf, in Ihren eigenen Reihen endlich darüber zu diskutieren, die 40-Stunden-Woche wieder aufzugeben und die Beamten genauso lang oder kurz wie die Angestellten und Arbeiter arbeiten zu lassen.

(Ach (CSU): Wie ist dies in anderen Bundesländern?)

– Herr Kollege Ach, kommen Sie nicht immer mit den anderen Bundesländern. Ich habe heute mindestens zehn Mal gehört, wie toll es in Bayern sei, inklusive der Aussage der Frau Staatssekretärin, welche die CSU dafür verantwortlich machte, dass die Alpen gefaltet und der Watzmann gemeißelt wurden.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Wenn Sie als Partei so toll sind, warum tun Sie dann nicht endlich einen Schritt vorwärts in die richtige Richtung und überzeugen die anderen Bundesländer davon, dass wir in Bayern mit der Abschaffung der 40-Stunden-Woche Recht haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir hatten übrigens in der Finanzverwaltung – anders als in anderen Bereichen und konträr zu den Geschehnissen bei der Polizei oder im Innern – in den letzten Jahren enorme Verschiebungen vom gehobenen Dienst auf den mittleren Dienst. Wir haben also über 3000 Arbeitsplätze, die ursprünglich mit entsprechendem Verdienst gehobener Dienst waren, in den mittleren Dienst umgeschichtet und umgewidmet, obwohl die Arbeit an sich keine andere wurde.

Stattdessen haben wir den Arbeitsinhalt des mittleren Dienstes angehoben. Das ist uns allen bekannt. Man hat aber versäumt, den dort Beschäftigten, ihren Arbeitsinhalten entsprechend, Beförderungsmöglichkeiten einzuräumen.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet, Arbeit wurde verlagert. Diese Tätigkeitsbereiche werden auch nicht mehr dem gehobenen Dienst zugerechnet werden, sie werden beim mittleren Dienst bleiben. Die Beschäftigten bleiben also im mittleren Dienst, und daran hat sich seit zwei Jahren so gut wie gar nichts geändert. Die Betroffenen bleiben 10 bis 15 Jahre auf ihren Dienstposten, bevor sie befördert werden. Ich spreche nicht von der Eingangsbeförderung.

Ich habe bereits im Ausschuss gesagt, dass ich den Minister eigentlich dafür loben müsste, dass er, zumindest in einigen Bereichen, eingesehen hat, wie notwendig Beförderungen sind. Ich wiederhole dies genauso vorsichtig, wie ich es im Ausschuss gesagt habe. Schließlich hätte man auch überhaupt keine Beförderungen vorsehen können. Wir begrüßen auch sehr, dass entgegen der ersten Fassung des Entwurfs, nach dem heutigen Stand aufgrund der Nachschubliste, die uns letzte Woche im Ausschuss vorgelegt wurde, rund 200 zusätzliche Beförderungstellen dazugekommen sind. Das bedeutet, wir haben inzwischen über 1000 Beförderungsmöglichkeiten.

Damit ist aber nicht mehr getan, als dass der Stand wieder hergestellt worden ist, den wir schon immer hatten. Einsteiger können einmal befördert werden, weitere Beförderungen sind aber, das gilt vor allem für den oberen Tätigkeitsbereich der jeweiligen Laufbahnen, nicht möglich. Sie können sich deshalb auf diesen paar Lorbeeren nicht ausruhen. Außerdem haben Sie nur das nachvollzogen, was die SPD und die Verbände seit vielen Jahren fordern. Im Grunde genommen haben Sie über 2500 Stellen, auf denen befördert werden müsste, bei denen die Beförderung nach dem Gesetz zulässig wäre, einfach unberücksichtigt gelassen. Mit den jetzt vorgesehenen Hebungen haben Sie zwar einen Teil des vorhandenen Unmuts entfernen können, einen besonderen Motivationsschub haben Sie bei den Finanzbeamten damit aber sicher nicht ausgelöst.

Wir fordern Sie auf, die Zusage, die Sie letzte Woche im Ausschuss ganz nebenbei und eher halbseiden gegeben haben, einzuhalten. Wir werden Sie in zwei Jahren daran erinnern, dass diese 2500 Stellen im nächsten Haushalt berücksichtigt werden. Nachdem der Finanz-

minister eigentlich der stärkste Minister in einem Kabinett sein sollte, könnten Sie auch versuchen, diese Beförderungen über den nächsten Nachtragshaushalt zu finanzieren.

Wir haben mit großer Freude festgestellt, dass Sie noch etwas anderes getan haben, was die SPD in diesem Hause seit über sechs Jahren fordert. Es ist eigentlich fast schon zu spät, diese Forderung umzusetzen, aber eigentlich ist es nie zu spät, etwas anzufangen. Sie haben endlich etwas für die Fort- und Weiterbildung bei der EDV getan.

(Beifall bei der SPD)

Es macht keinen Sinn, wenn wir alle hier im Haus dafür sind, dass Computer zur Verfügung gestellt werden, wenn wir nicht dem Umstand Rechnung tragen, dass diese Geräte nur von geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedient werden können. Die Schulungen waren im Argen gelegen. Nun endlich ist in der Vermessungsverwaltung eine Menge Geld dafür vorgesehen. Der entsprechende Haushaltsansatz wird immerhin verdoppelt. Der Finanzverwaltung stehen zur Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im nächsten Jahr 300000 DM und im übernächsten Jahr noch einmal 600000 DM zusätzlich zur Verfügung. Wie gesagt, es wurde Zeit. Deshalb verdienen Sie hier kein Lob, sondern eigentlich Kritik: Wieso treffen Sie erst jetzt diese Maßnahmen? Normalerweise schult man Mitarbeiter, bevor man Computer anschafft und nicht erst, nachdem die Geräte jahrelang herumstehen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die prinzipielle Erhöhung des Haushaltsansatzes für EDV-Anlagen ist dringend notwendig gewesen. Immerhin stehen dafür künftig 3,1 Millionen DM zur Verfügung. Wenn man nicht im öffentlichen Dienst arbeitet, kann man sich teilweise gar nicht vorstellen, dass für einige Steuerfahnder und viele Betriebsprüfer „Notebook“ oder „Laptop“ Fremdworte sind. Das ist im Hightech-Land Bayern doch eigentlich peinlich. Es ist dringend notwendig, dass diese Geräte angeschafft werden, und das ist in den nächsten beiden Haushaltsjahren endlich möglich. Es wurde auch dadurch möglich, weil eine kräftige Verpflichtungsermächtigung im Haushalt enthalten ist. Doch auch hierfür, Herr Minister, kann ich Sie nicht loben, denn auch dies ist schon lange überfällig. Es geht hier nicht um Menschen, die irgend etwas verwalten – das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen –, sondern es geht um Beamte, die mit den Mitteln, die wir ihnen zur Verfügung stellen, die Steuergelder eintreiben, die wir brauchen, um den Haushalt überhaupt finanzieren zu können.

(Beifall bei der SPD)

Besonders erfreut bin ich über eine Tischvorlage, die den meisten in diesem Hause vielleicht noch gar nicht bekannt ist. Sie haben uns darin mitgeteilt, dass es möglich ist, Sonderzuschläge für EDV-Berufe im öffentlichen Dienst zu gewähren.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Na, so was!)

Dies ist eine von mir im Ausschuss immer wieder vorgelegene Forderung der SPD, die von Ihnen immer unter dem Motto zurückgewiesen wurde: Das Problem ist uns bekannt, doch wir können es aufgrund des öffentlichen Dienstrechts nicht lösen, und außerdem werden die EDV-Fachleute in der freien Wirtschaft besser bezahlt. Jetzt aber haben wir also die Lösung, die wir brauchen, bevor die Enkel unserer Beamten selbst in Pension gehen: Wir haben eine schnelle Lösung durch die Zahlung von Sonderzuschlägen für Beschäftigte mit IuK-Kenntnissen. Das gilt für alle Einzelpläne. 1 Million DM ist dafür vorgesehen. Dieser Betrag ist sicher zu gering, doch Sie haben versprochen, dass er gegebenenfalls im Laufe der Monate erhöht werden kann. Vielleicht gelingt es uns dann endlich, die qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir in der Finanzverwaltung und bei den Vermessungsämtern haben, zu halten, damit sie nicht zur Industrie abwandern, denn das können wir uns als Staat wirklich nicht leisten.

(Staatsminister Prof. Dr. Faltthäuser (Finanzministerium): Jetzt werde ich aber gelobt!)

Zur Steuerfahndung: Das ist ein wirklicher Streitpunkt. Ich gebe zu, dass sich aufgrund der Diskussionen und der harten Auseinandersetzungen, die wir in diesem Hause miteinander geführt haben, bei der Steuerfahndung und bei der Betriebsprüfung einiges bewegt hat. Es hat sich etwas bewegt, und zwar im gleichen Verhältnis wie in Nordrhein-Westfalen. Dort allerdings lag der Sockel bei 397 Steuerfahndern, während er bei uns nur 163 Personen umfasste. Das bedeutet, wenn Bayern 25% mehr Steuerfahnder hat – eingestellt kann man dazu nicht sagen, wohl eher umgeschichtet –, und sich die Zahl in Nordrhein-Westfalen im gleichen Verhältnis erhöht hat, dann bedeutet dies unterm Strich nicht, dass Bayern jetzt besser stünde als Nordrhein-Westfalen. Beide haben vielmehr eingesehen, dass sie mehr tun müssen. Nordrhein-Westfalen war aber schon immer der Ansicht, dass Steuerfahndung eine wichtige Sache ist, die mehr Gewicht benötigt.

In Nordrhein-Westfalen kommt auf 37000 Bürgerinnen und Bürger ein Steuerfahnder kommt. In Bayern kommt ein Steuerfahnder hingegen auf knapp 60000 Bürgerinnen und Bürger. In Nordrhein-Westfalen sind es also fast doppelt so viele. Man könnte davon sprechen, dass dies eine Art Standortvorteil ist. So möchte ich es aber ungern sehen. Der Freistaat Bayern, Sie als CSU-Staatsregierung, nehmen also die Steuerfahndung noch immer nicht so wichtig, wie das in Nordrhein-Westfalen der Fall ist und wie dies eigentlich notwendig wäre. Wir fordern Sie auch hier auf, mehr Einsatz zu zeigen. Es geht dabei nicht nur um den Einsatz von Laptops, sondern um den Einsatz von mehr und entsprechend geschultem Personal.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zur Vermessungsverwaltung sagen. Es besteht die Gefahr, dass diese im Gesamthaushalt untergeht. Auch beim Vermessungsdienst besteht das Problem, dass wir dort Beschäftigte haben, die sich bis zu 90% selbst finanzieren. Wenn dort jemand neu eingestellt wird, wenn jemand befördert wird und eine andere Arbeit machen kann, dann belastet er den Staat nicht zu 100%. Und wir

bekommen dafür eine von Dritten bezahlte Dienstleistung.

Wir haben beim Vermessungsdienst in einigen Bereichen, anders als bei der Finanzverwaltung, eben nicht die Möglichkeit, dass wir durch Beförderungen – wenn Sie endlich bereit wären, die Stellen zur Verfügung zu stellen – die Leute in die entsprechenden Positionen bringen können, sondern hier ist der Stellenschlüssel, die Stellenobergrenze bereits erreicht. Das heißt – und wir fordern Sie auch hierzu auf –, dass Sie gerade bei den Vermessungsbeamten, bei denen es überwiegend um Hightech-Berufe geht, diese Sonderzulage mit als Erstes einführen. Der Freistaat Bayern kann es sich nicht leisten, diese hoch qualifizierten Menschen, – für die Abgeordneten, die nicht wissen, worum es geht: die Digitalisierung der bayerischen Landkarte gehört zum Beispiel dazu – an die Industrie zu verlieren. Sorgen Sie dafür, dass die Vermessungsverwaltung ihre Arbeit so gut und so qualifiziert wie bisher weiterführen kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Minister, können in Ihrem eigenen Haus anfangen, die Sonderzulage entsprechend einzusetzen. Sorgen Sie vor allem dafür, dass die Vermessungsverwaltung auch alle Mittel erhält, um zum Beispiel die digitalisierte Landkarte Bayerns dann tatsächlich an Bürgerinnen und Bürger über das Internet anzubieten, so dass alle etwas von dieser Arbeit haben.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat der Herr Kollege Sackmann.

Sackmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute steht der Einzelplan 06 zur Beratung an. Er steht natürlich gerade in diesem Jahr unter einem besonderen Vorzeichen. Das ist das Vorzeichen des ausgeglichenen Haushalts, der nachhaltigen Finanzverwaltung.

Ich darf mich gern dem Dank der Vorrednerin an die Finanzverwaltung anschließen, möchte aber gleich zu Beginn auch ein Dankeschön an den Finanzminister einbeziehen. Ich glaube, Herr Finanzminister, in vielen Bereichen stellt man bei diesem Haushalt Ihre Handschrift fest. Sie haben sich in vielen Bereichen mit eingebracht. Ich werde nachher im Einzelnen auf das eingehen, worauf Sie ganz besonders Wert gelegt haben.

Der Einzelplan 06 ist gerade deswegen schwierig, weil der Finanzminister auch von den Kollegen im Kabinett immer überprüft wird. Er ist Vorbild gegenüber den anderen, soll Vorbild sein und deswegen tut er sich natürlich in manchen Bereichen schwerer, etwas für seine eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchzusetzen, weil damit sofort Begehrlichkeiten in anderen Häusern geweckt werden.

Trotzdem kann man bestätigen, Herr Finanzminister, dass gerade in dem Bereich, den Sie verwalten, die Organisationsstrukturen in den letzten Jahren intensiv

überdacht worden sind und neue Rationalisierungspotenziale genutzt wurden.

Ein Beispiel ist der EDV-Bereich. Darauf ist auch die Vorrednerin dankenswerterweise eingegangen. Ich komme darauf später noch im Einzelnen zurück.

Insgesamt umfasst der Haushalt über 3 Milliarden DM und steigt in den beiden Jahren jeweils um 1,9%. Er liegt also auch hier in einem vergleichbaren Korridor mit den anderen Haushalten.

Schwierig ist dieser Haushalt deswegen, weil er kein Förderhaushalt ist, Herr Staatsminister, sondern ein Verwaltungshaushalt, in dem 76% Personalausgaben zu Buche schlagen. Wir haben gerade heute in der Arbeitsgruppe „Verwaltungsreform“ unter Franz Meyer einen interessanten Vortrag gehört, in dem noch einmal deutlich gemacht worden ist, wie stark uns die Personalkosten in den nächsten Jahren belasten werden. Beeinflussen kann man das in diesem Bereich nur, indem man den Stellenplan heranzieht. Auch dies ist – das wissen wir – nicht ganz einfach.

Deswegen halte ich es für richtig und deswegen verweise ich auch darauf, dass trotzdem in diesem Doppelhaushalt 500 Stellen eingezogen werden. Das sind noch einmal 21% gegenüber dem letzten Doppelhaushalt. Ich glaube, es zeigt sich, dass man hier wirklich daran geht, neue Strukturen zu schaffen und eine Verschlankung durchzuführen.

Trotzdem, Herr Staatsminister, freut es mich, dass Sie in der Ausschusssitzung auch ein ganz klares Bekenntnis zu den Außenstellen der Finanzämter gegeben haben, und zwar zu Außenstellen, die Sie sinnvoll ergänzen wollen, sinnvoll stärken wollen. Ich glaube, sie sind gerade für diejenigen, die aus ländlichen Räumen kommen, eine wichtige Einrichtung. Ich glaube, jemand, der aus der Stadt kommt, kann gar nicht nachvollziehen, was es bedeutet, in der Heimatstadt noch eine gewisse Zentralität bei Behörden zu haben. Ein Dankeschön hierfür.

Ganz besonders eingebracht haben Sie sich weiterhin im Bereich der Beförderungsmöglichkeiten, auch wenn die Frau Kollegin bloß von einigen gesprochen hat. Das ist von der Opposition nicht anders zu erwarten. Ich glaube, man kann das ruhig einmal nennen: Es sind 1318 Beförderungsmöglichkeiten, die trotz aller Schwierigkeiten in diesem Bereich geschaffen worden sind und auch geschaffen werden, für die Steuerverwaltung über 1000, für die Staatsfinanzverwaltung über 100 und für die Vermessungsverwaltung knapp 200. Ich glaube, das zeigt, dass hier einige positive Entwicklungen vorgegeben sind.

Im mittleren und gehobenen Dienst können dadurch fast alle Beförderungen zum ersten Beförderungsamt abgedeckt werden. Sorgen bereitet uns der Bereich der Besoldungsgruppe A 8, insbesondere die Beförderung dorthin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Steuerverwaltung hat in den letzten Jahren in starkem Maße Aufgaben aus

dem gehobenen Dienst auf Beamte des mittleren Dienstes verlagert. Sie haben zusätzliche Aufgaben bekommen und deswegen ist es, glaube ich, auch richtig, dass wir in der Diskussion im Haushaltsausschuss ein besonderes Augenmerk darauf gelegt haben und dass Sie, Herr Staatsminister, deutlich gemacht haben, dass Sie dies als ein wichtiges Anliegen für die nächsten Jahre betrachten, um hier den bestehenden Stau wirklich abzubauen. Sie haben gesagt, Sie seien ein Gegner solcher Staus und wollten sie vermeiden. Sie sind aber auch ein Gegner von Sonderprogrammen. Sie wollen eine Änderung in der laufenden Verhandlung erreichen. Besonders hat es mich gefreut, dass Sie der Besuch in meinem Heimatfinanzamt in Cham beeindruckt hat, die Darstellung dort vor Ort. Dies hat letztlich, wie Sie selbst ausgeführt haben, auch dazu geführt, dass die Beförderungsmöglichkeiten von 610 auf über 1300 Stellen angehoben worden sind. Ich bitte Sie darüber hinaus recht herzlich, den Bereich des mittleren Dienstes künftighin nicht außer Acht zu lassen.

Die Bauausgaben steigen insgesamt mit dem, was aus der Hightech-Offensive hinzukommt, auf über 120 Millionen DM. Damit können viele Baumaßnahmen abgewickelt werden. Neue Maßnahmen, die dringlich sind, können begonnen werden.

In diesem Zusammenhang ist etwas, was wir beim letzten Doppelhaushalt – ich möchte sagen – nur rudimentär besprochen haben, wichtig geworden. Das ist die Einrichtung von Informationsstellen in den Finanzämtern und auch in den Außenstellen. Dafür sind in den beiden Haushalten jeweils fast 8 Millionen DM vorgesehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Informationsstellen haben sich so bewährt, dass der Minister sofort angeordnet hat – deswegen spreche ich davon, dass man dabei seine Handschrift spürt –, dass sie vor Ort sofort eingerichtet werden. Das ist echter Bürgerservice. Da wird nicht nur von Verwaltungsvereinfachung gesprochen, sondern hier wird ganz konkret geholfen. Hier sind Sie auf dem richtigen Weg, Herr Minister.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte einen weiteren Bereich ansprechen. Auch hier sollte man ruhig einmal eine Verwaltung deutlich loben und besonders herausheben. Das ist die Verwaltung der Schlösser und Seen. Die Schlösser waren mit über 5 Millionen Besucherinnen und Besuchern im vergangenen Jahr eine der Hauptattraktionen, die wir in unserem Lande haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für den Bau und den Unterhalt werden zirka 70 Millionen DM benötigt und auch eingesetzt. Interessant ist aber, dass diese Verwaltung von sich aus, aus dem Inneren heraus, nicht indem Unternehmensberater oder andere geholt worden sind, Organisationsreformen durchgeführt hat, neue Dinge angepackt hat. Ich denke zum Beispiel an die Museums-läden, ich denke an das neue, moderne Kartenreservierungssystem, das jetzt Zug um Zug umgesetzt werden soll. Ich denke an die einheitlichen Öffnungszeiten, die zu 37% mehr an Öffentlichkeit und Zugangsmöglichkeiten geschaffen haben und die zwischenzeitlich – auch

das sollte man ruhig einmal zur Kenntnis nehmen – 18% mehr Besucherinnen und Besucher im Museumsbereich erbracht haben. Hier ist man also äußerst erfolgreich. Das hat die Verwaltung selbst angepackt. Deswegen möchte ich diesen Verwaltungsbereich auch loben.

Herr Minister, ich habe selber mit einem lachenden Auge ganz bewusst auch die Frage der Familienfreundlichkeit im Bereich Schlösser angesprochen. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Ich sage das auch als junger Vater. Ich habe das inzwischen mehrmals selbst erlebt. Hier kann noch manches für junge Familien nachgeholt werden. Das würde die Besucherzahlen weiter erhöhen. Wenn Sie mit mir einer Meinung sind und hier etwas anpacken könnten, würde mich dies freuen.

Frau Kollegin Lochner-Fischer ist darauf eingegangen, dass der EVD-Bereich ein besonderes Augenmerk verdient. Lassen Sie mich nur sagen, dass von den 471 Millionen DM Sachkosten im Einzelplan 06 insgesamt über 240 Millionen DM in den EDV-Bereich gehen, besondere Berücksichtigung findet dabei die Steuerverwaltung und die Bezirksfinanzdirektionen. Stichwort ist die Vollaustattung der Finanzämter mit Personalcomputern und manchem anderen mehr im EDV-Bereich.

Bei den Bezirksfinanzdirektionen beträgt die Steigerung über 85%. Ich glaube, hier sieht man einen Haushaltsschwerpunkt ganz deutlich.

Präsident Böhmer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hartmann?

Sackmann (CSU): Selbstverständlich.

Hartmann (SPD): Herr Kollege Sackmann, nachdem wir wissen, dass es im Finanzministerium keinen Staatssekretär gibt, darf ich Ihre Ausführungen eben so verstehen, dass das eine Bewerbungsrede und letztlich die Anregung für die Schaffung eines solchen Postens ist?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hofmann (CSU): Der Fasching beginnt doch erst am 11. November!)

Sackmann (CSU): Lieber Kollege Hartmann, ich glaube, die Fragestellung erübrigt eine Antwort. Ich meine, wir hätten im Haushaltsausschuss bisher ein anderes Verhältnis gehabt, als dass man, wenn ein anderer etwas vorträgt, das lächerlich macht oder versucht, jemanden in Misskredit zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Glück (CSU): Solche Redensarten fallen immer auf den Betroffenen zurück!)

– Ich möchte gar nicht weiter darauf eingehen.

Ein weiterer Punkt im Einzelplan 06 ist die EDV-Aus- und -Fortbildung, auch dies wurde von meiner Vorrednerin gewürdigt – ich weiß nicht, ob sie deshalb auch schon ein Amt anstrebt. Ich meine, es ist auch der richtige Ansatz, dass wir in diesem Bereich tätig sind, wenn jetzt

schon die Komplettausstattung mit Computern stattfindet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich möchte die Vermessungsverwaltung ganz deutlich herausstellen. Sie leistet Hervorragendes, sie ist wirklich eine moderne Hightech-Behörde geworden. Sie zeichnet sich im Verwaltungsbereich aus, ich würde fast sagen, sie hat eine Art Vorbildfunktion im Bereich der Verwaltung insgesamt übernommen.

Die digitale Flurkarte ist schon genannt worden, die online abgerufen werden kann. Andere Möglichkeiten sind auch geschaffen worden. Ich lade Sie ein, sich die Internet-Seite anzuschauen, was dort an Service für die Öffentlichkeit geschaffen wurde. Ich denke, das ist außerordentlich wichtig. Bei meiner Vorrednerin ist auch deutlich geworden, dass die Vermessungsverwaltung unheimlich motiviert ist, denn sie bringt, wenn man alles mitrechnet, fast 80 % ihrer Kosten wieder herein.

Einer der schönsten Bereiche bei uns ist sicherlich die Lotterieverwaltung, von der in den letzten Jahren eine ganze Menge an positiven Impulsen ausgegangen ist. Ich möchte sie deshalb ausdrücklich nennen, sie bringt fast eine Milliarde DM an Lotteriesteuer, Spielbankabgaben und Gewinnen in den Staatshaushalt ein. All dies nutzt dann auch wieder dem sozialen Bereich und anderswo.

Ich habe diese Verwaltungsbereiche genannt, weil sie innovativ sind – denken Sie nur an die Oddset-Wette –, weil sie ihre Bereiche positiv gestaltet haben und weil vor allem die Beamtinnen und Beamten mit großem Einsatz tätig sind, zum Beispiel der einfache Dienst bei der Vermessungsverwaltung, den ich beispielhaft besonders nennen und ihm ein herzliches Dankeschön für sein Engagement sagen möchte.

Ich wünsche Ihnen, Herr Staatsminister, bei der Umsetzung dieses Einzelplans viel Glück. Ich glaube, das ist ein Haushaltsplan, der in vielen Bereichen Zukunft gestaltet und auch für die Zukunft gedacht ist.

(Starker Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als Nächste hat Frau Kollegin Kellner das Wort.

(Dr. Hahnzog (SPD): Jetzt!)

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Sackmann, ich will Sie wirklich nicht kränken,

(Hofmann (CSU): Also zur Sache!)

aber Ihre Rede hat sich wirklich wie eine Bewerbungsrede angehört. Das ist überhaupt nichts Negatives.

(Dr. Eykmann (CSU): Aber doch nicht bei Ihnen eine Bewerbungsrede!)

– Nein. Sein Pech ist nur, dass in der Staatskanzlei in der Person des Erwin Huber schon ein Reservefinanzminister sitzt, und so kann der Finanzminister wirklich nicht mit einem Staatssekretär rechnen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Glück (CSU): Wir brauchen doch keinen Reserveminister! Sie waren auch schon origineller!)

Herr Staatsminister, ich kann verstehen, dass Sie angesäuert sind, weil der Haushalt Ihres Hauses zu später Stunde aufgerufen wird.

(Dr. Eykmann (CSU): Die Wichtigsten sind da!)

Hierfür ist aber nicht das Parlament die richtige Beschwerdeinstanz, diese Beschwerde müssen Sie in der nächsten Kabinettsitzung vorbringen. Denn was uns heute aufgehalten hat, war eine Regierungserklärung.

(Ach (CSU): Die war aber ganz wichtig! – Glück (CSU): Da habt ihr was lernen können! – Dr. Bernhard (CSU): Ihr braucht eben viele Erklärungen, das ist das Problem!)

Offensichtlich haben Sie so einen Erklärungsnotstand,

(Dr. Bernhard (CSU): Wir nicht!)

dass Sie gleich drei Stunden auf das Parlament heruntererklären müssen.

(Beifall der Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Staatsminister, vielleicht als kleines Trostpflaster: Wir haben Sie im Rahmen dieser Regierungserklärung sogar zitiert aus einem Haushaltsausschuss-Protokoll des letzten Jahres. Ich kann Ihnen versichern, dieses Zitat gereichte Ihrem Vorgänger Erwin Huber nicht zum Ruhme.

Nun zum Einzelplan 06, der ja ein kleiner Haushalt ist.

(Zuruf des Abgeordneten Reisinger CSU)

– Herr Reisinger, langweilen Sie mich doch nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CSU))

– Ich kann auch warten, bis Sie sich beruhigt haben.

Der Einzelplan 06 ist mit seinen 3 Milliarden DM ein kleiner Haushalt, aber, Kolleginnen und Kollegen, er ist mit der wichtigste Einzelplan. Denn schließlich werden über die Finanzverwaltung die Einnahmen beschafft, die dann alle hier im Haus – wir nehmen uns da gar nicht aus – so gerne für ihre Projekte verwenden. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, muss eine gut funktionierende Finanzverwaltung oberstes Anliegen nicht nur des Finanzministers und des Haushaltsausschusses sein, sondern aller Ressorts und des gesamten Landtags.

Wenn wir über den Einzelplan 06 reden, dann darf natürlich die Steuerpolitik nicht außen vor bleiben. Wir sind froh, dass die jetzige Bundesregierung die Steuerreform 2000 durchgesetzt hat. Wir sind mit den Ergebnissen sehr zufrieden, werden damit doch kleine und mittlere Einkommen und vor allem Familien mit Kindern entlastet.

Ich weiß, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie tun sich etwas schwer damit. Der Kollege Ach hat in seiner Einbringungsrede zum Haushalt gesagt, es sei ein großer Erfolg der CSU gewesen, was sie bei dieser Steuerreform durchgesetzt hat. Der Finanzminister dagegen hat auf die Steuerreform geschimpft.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es so ein großer Erfolg von Ihrer Seite war, hätten Sie eigentlich im Bundesrat zustimmen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ach (CSU): Sie haben das Protokoll nicht genau gelesen!)

Herr Staatsminister, Sie haben darüber geklagt, dass der Systemwechsel in der Körperschaftsteuer großer Anstrengungen in der Finanzverwaltung bedarf. Ich sage Ihnen, da habe ich Vertrauen in die bayerische Finanzverwaltung. Gerade im Hightech-Land Bayern wird es doch keine Schwierigkeiten bereiten, diesen Systemwechsel vorzunehmen. Wir haben in unserem Land gut ausgebildete Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte, die das schon hinkriegen. Darüber müssen Sie sich nicht sorgen, Herr Staatsminister.

Wenn wir vom Haushalt des Finanzministeriums und der Finanzverwaltung sprechen, dann spielen selbstredend die Beschäftigten eine sehr große Rolle, denn der Einzelplan 06 ist ein Personalhaushalt. Ich warte schon seit Jahren darauf, dass sich die Leistung, die dort erbracht wird, endlich einmal lohnt. Wenn wir sagen: „Leistung muss sich lohnen“, dann sollte sich das auch in der Anzahl der Beförderungsmöglichkeiten darstellen.

Sie haben in der Tat noch etwas draufgelegt, Herr Staatsminister. Ich nehme an, das geht auf Ihr Versprechen beim Bayerischen Beamtenbund zurück, wo Sie zugesagt haben, alle Beförderungsmöglichkeiten auszuerschöpfen.

(Staatsminister Prof. Dr. Fallthäuser: Schrittweise!)

– Sie haben aber dort nicht „schrittweise“ gesagt, zumindest wurden Sie nicht so zitiert.

Ihr Vorgänger hat etwas ironisch – das habe ich selber gehört – bei einer anderen Veranstaltung gesagt: Wenn er es versprochen hat, dann wird er es schon halten. Wir hoffen, dass wir es auch noch erleben, wie Sie Ihr Versprechen einhalten. Denn Ihre Schrittchen kenne ich schon, das kann bis zur Mitte dieses Jahrtausends dauern. Die Beamten wollen das aber noch erleben, bevor sie in Pension gehen.

Wir müssen feststellen, dass die EDV-Ausstattung in den Finanzämtern längst nicht so ist, wie sie sein sollte. Es gibt noch Bedarf, zum Beispiel bei der Betriebsprüfung, im Bereich der Innenverwaltung, auch wenn die Steuerfahndung jetzt ausgestattet wurde.

Ich sage Ihnen ehrlich, dass ich froh darüber bin, dass Sie die Leistungszulage für den EDV-Bereich beschlossen haben. Unsere Fraktion hat dazu einen Antrag gestellt. Das war längst überfällig, denn in der Finanzverwaltung herrscht ein eklatanter Mangel an EDV-Fachleuten. Die eine Million DM, die Sie vorgesehen haben, wird wahrscheinlich nicht reichen. Ich hoffe, dass Sie Ihr Versprechen, noch eins darauf zu legen, nicht nur schrittweise erfüllen, so wie es bei den Beförderungsmöglichkeiten war, sondern dies zeitnah tun, damit wir die Leute, die wir dringend brauchen, auch bekommen.

Fortbildung ist unabdingbar und eine ständige Aufgabe. Man darf sich nicht der Illusion hingeben, der Fall sei erledigt, wenn man einmal einen Schwung Laptops kauft und einmal Fortbildungskurse für alle veranstaltet. Das muss in jedem Haushalt veranschlagt sein.

Positiv ist zu vermerken, dass die großen Rückstände bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer im Bereich der OFD München inzwischen aufgearbeitet worden sind. Das war eine großartige Leistung der Beschäftigten, die Sie auch anerkennen sollten.

Nötig ist eine bessere Koordination der Steuerfahndungen innerhalb der einzelnen Bundesländer. Ich bin wiederholt darauf angesprochen worden, dass insbesondere die großen Steuerfälle bundesländerübergreifend bearbeitet werden müssen. Ich weiß, dass dazu eine Kommission gegründet worden ist, aber es müssen noch große Anstrengungen gemacht werden.

Lassen Sie mich nun zum besonderen Steckenpferd des Finanzministers kommen. So intensiv, Herr Staatsminister, wie Sie sich mit der Schlösser- und Seenverwaltung beschäftigen, könnte man fast glauben, dass Sie noch Museumsdirektor werden wollen. Auch wir sind froh, dass es in den staatlichen Museen einheitliche Öffnungszeiten gibt. Das ist insbesondere für den Tourismus in Bayern wichtig. Wenn Sie daran gehen, neue Konzepte für die Museen zu erarbeiten, sollten Sie auch daran denken, besondere pädagogische Konzepte für Kinder und Jugendliche anzubieten. Schulklassen, die die Museen besuchen, brauchen ein besonderes pädagogisches Angebot.

Es hat sich in der Tat einiges zum Positiven gewendet, um eine Gesamtbewertung abzugeben. Das wollen wir gar nicht verhehlen. Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Anträge der Opposition schrittweise umgesetzt werden. Es sind aber wirklich nur sehr kleine Schritte. Wenn wir heute Ihren Haushalt, Herr Staatsminister, ablehnen, dann hat das auch damit zu tun, dass wir in der Finanzpolitik und der Steuerpolitik in weiten Teilen unterschiedliche Auffassungen haben. Die destruktive Haltung Bayerns bezüglich der Steuerpolitik auf Bundesebene ist nicht hilfreich, sondern eher ein ewiges Nachtarockern und führt nicht zum positiven Ziel. Auch aus diesem Grunde lehnen wir Ihren Haushalt ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Zu einer abschließenden Stellungnahme erteile ich Herrn Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser (Finanzministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die letzte Bemerkung hat mich noch einmal ans Rednerpult gelockt. Frau Kollegin Kellner, Sie haben gesagt, Sie seien nicht gegen den Haushalt wegen der Haushaltsstruktur oder aufgrund von konkreten Kritikpunkten. Ich habe erfreut verstecktes Lob aus Ihren Ausführungen gehört. Sie sagen, Sie lehnen den Haushalt nur deshalb ab, weil wir eine destruktive Haltung auf Bundesebene in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik hätten. Solch eine Bemerkung muss mich hervorlocken, Frau Kollegin Kellner.

Wenn es eine Regierung eines Landes der Bundesrepublik Deutschland gibt, die nicht destruktiv ist, sondern konstruktiv permanent Vorschläge vorlegt, dann ist es die Bayerische Staatsregierung. Wir waren es, die im letzten Oktober ein komplettes Werk zur Steuerreform auf den Tisch gelegt haben. Und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Bundesregierung überhaupt nichts Ordentliches auf dem Tisch hatte und zu dem auch keine andere Landesregierung ein Konzept hatte. Die Bayerische Staatsregierung hat konstruktiv für die gesamte Bundesrepublik Deutschland gearbeitet. Dadurch sind viele Fortschritte tatsächlich angeschoben worden. Wir hätten heute vielleicht eine Entlastung von 10 Milliarden bis 20 Milliarden DM, wenn nicht die geforderten 50 Milliarden DM Entlastung für die Bundesregierung zu einer Zielgröße geworden wären. Die Bundesregierung übertrifft die Marke insgesamt in zu langen Schritten, obwohl sie dies vorher als unseriös bezeichnete.

Wir haben in der Steuerpolitik wiederum das Beispiel gegeben, dass wir nicht destruktiv sind, sondern immer wieder Vorschläge vorlegen. Dass gleiche können Sie, Frau Kollegin Kellner, an anderen Punkten immer wieder feststellen. Diejenigen, die Anträge stellen, Formulierungen im Bundesrat vorlegen und um eine bessere Lösung ringen, kommen aus dem Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine grundsätzliche Beobachtung, die ich auch über meinen Fachbereich hinaus immer wieder mache. Der Freistaat Bayern ist eben kein Neinsager, sondern immer ein Initiator, ein Vorgabenerarbeiter, ein Vorformulierer und ein Antreiber. Ich glaube, dass das der Föderalismus braucht.

(Beifall bei der CSU)

Wir reden immer vom Föderalismus. Der Föderalismus wird aber nicht dadurch lebendig, dass man sich in Gremien von Mehrheiten überstimmen lässt oder jemand – so ist es kürzlich in der Finanzministerkonferenz geschehen – einen Antrag auf den Tisch legt und sagt: Friss oder stirb. Der Föderalismus lebt davon, dass von den einzelnen Gliedern, auch von den Ländern, konstruktive

Vorlagen formuliert werden. Bayern ist im Hinblick auf die Zahl und auch die Qualität der Vorlagen Spitzenreiter. Das sollten Sie anerkennen. Wir sind keine Neinsager. In diesem Sinne wünsche ich mir eine weitere konstruktive Debatte über diesen Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2001/2002, Einzelplan 06, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 14/4370 zugrunde. Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 14/4370 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 06 entsprechend der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 132 Absatz 5 der Geschäftsordnung hat zugleich der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagene Änderungsantrag auf Drucksache 14/4339 seine Erledigung erfunden. Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vor, Folgendes zu beschließen:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CSU, die der SPD und die des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 14/4370, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 14/4269 und 14/4301 ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt zustimmend davon Kenntnis. Die Beratung des Entwurfs für Einzelplan 06 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe jetzt auf:

Tagesordnungspunkt 3**Gesetzentwurf der Staatsregierung****zur Änderung beamten- und richterrechtlicher Vorschriften (Drucksache 14/4331)****– Erste Lesung –**

Wir der Gesetzentwurf begründet? – Das ist der Fall. Ich bitte Herrn Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser um die Begründung.

Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser (Finanzministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der von der Staatsregierung vorgelegte Gesetzentwurf, der heute beraten wird, hat vier Schwerpunkte. Dies ist erstens der grundsätzliche Ausschluss der Kombination von Blockaltersteilzeit und Antragsruhestand. Zweitens geht es um die Anpassung der Regelung von Leistungsstörungen im Verlauf der Altersteilzeit. Drittens soll eine ausdrückliche Rechtsgrundlage zum Erlass einer Rechtsverordnung zur Anordnung und inhaltlichen Ausgestaltung des verpflichtenden Arbeitszeitkontos geschaffen werden. Wir haben den Gesetzentwurf genutzt, um rasch eine eigene Rechtsgrundlage aufzunehmen. Hier handelt es sich um das sogenannte Omnibus-Verfahren, das Sie kennen. Viertens zielt der vorliegende Gesetzentwurf auf einige redaktionelle Anpassungen ab, auf die wir nicht eingehen müssen.

(Unruhe)

Lassen Sie mich einleitend einige Zahlen nennen. Diese sind für die Debatte interessant. Die Altersteilzeit hat sich im Freistaat Bayern bewährt, sie ist sehr beliebt. Derzeit befinden sich 2200 von insgesamt 16000 berechtigten Arbeitnehmern in Altersteilzeit.

(Fortgesetzte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dies entspricht 14%. Von diesen befinden sich wiederum 88%, also 1942 Arbeitnehmer, im Blockmodell. Bei den Beamten sieht es etwas anders aus: 3863 der rund 14800 berechtigten Beamten befinden sich in Altersteilzeit, also 26%. Von diesen haben 77% das Blockmodell gewählt. Das heißt: Es bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den beiden Gruppen. Bei den Beamten nimmt ein höherer Prozentsatz die Möglichkeit der Altersteilzeit wahr. Das hat auch mit den Berufsgruppen zu tun. In dem Zusammenhang ist beispielsweise an die Lehrer zu denken. Doch das Blockmodell wird stärker von den Arbeitnehmern in Anspruch genommen. In dieser Gruppe entscheiden sich zwar prozentual weniger Menschen für die Altersteilzeit; doch wenn sie diese Möglichkeit in Anspruch nehmen, dann ziehen mehr Arbeitnehmer als Beamte das Blockmodell vor.

Aufgrund der demographischen Entwicklung sieht die Bayerische Staatsregierung die Notwendigkeit, die Lebensarbeitszeit in der Perspektive zu verlängern. Das ist unsere Grundposition.

(Franzke (SPD): Die ist grundfalsch!)

– Das müssen wir ansprechen. Hier haben wir unterschiedliche Meinungen. Wir sind der Auffassung, dass es nicht sinnvoll ist, wenn in dieser Gesellschaft langfristig erstens die Ausbildungszeiten immer länger werden, zweitens innerhalb der Arbeitszeit immer mehr Fortbildung stattfinden muss, drittens das eigentliche Berufsleben immer kürzer wird und gleichzeitig die Menschen immer älter werden.

1970 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen in Bayern 74 Jahre; heute liegt sie bei über 80 Jahren. Bei den Männern hat sich die Lebenserwartung in demselben Zeitraum von 67,5 auf 74 Jahre erhöht. Das ist in sehr kurzer Zeit geschehen, von 1970 bis jetzt, also innerhalb von 30 Jahren. Der Trend wird sich fortsetzen. Das heißt: Es wird fast schon normal sein, dass man 80 oder 85 Jahre alt wird – mit all den medizinischen Problemen und finanziellen Herausforderungen. In dieser Situation weiterhin eine Politik der permanenten, schematischen Arbeitszeitverkürzung zu betreiben, wie es Teile der Gewerkschaften tun – ich sage ausdrücklich: Teile –, stellt für unsere Gesellschaft eine Strategie dar, die in die falsche Richtung geht. Derlei wollen wir nicht. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Franzke (SPD))

– Da bin ich einer Meinung mit Ihnen: Was manche Unternehmen tun, nämlich manche ihrer Mitarbeiter mit 55 Jahren sozusagen „hinauszuerwerfen“ und die sich daraus ergebenden Soziallasten der Gesellschaft, dem Staat bzw. den Sozialversicherungssystemen aufzubürden, findet weiß Gott nicht meinen Beifall. Doch sollte die öffentliche Hand nicht dieser Fehlentwicklung folgen, indem sie eine entsprechende Politik fördert.

In der Endausbaustufe der Altersteilzeit könnte ein Beamter bei unveränderter Rechtslage, also dann, wenn die jetzt vorgeschlagenen Neuregelungen nicht in Kraft gesetzt würden, mit dem vollendeten 59. Lebensjahr in die Freistellungsphase wechseln. Das wäre meiner Ansicht nach ein falsches Signal. Wir haben gegenüber Herrn Zwickel mit Nachdruck erklärt: Eine generelle Altersgrenze bei 60 Jahren ist ein falsches gesellschaftspolitisches Ziel, und zwar gerade angesichts der Tatsache, dass die Lebenserwartung der Menschen ständig steigt. Eine entsprechende Senkung der Altersgrenze könnte kurzfristig einen Effekt auf den Arbeitsmarkt haben. Doch langfristig führte sie zu Fehlentwicklungen. – Deshalb können wir andererseits nicht die Möglichkeit eröffnen, durch eine Kombination von Altersteilzeit und Antragsruhestand bereits mit 59 Jahren aus dem Berufsleben auszuschneiden.

Vor dem Hintergrund wurde die Frage aufgeworfen, wie man hier steuernd eingreifen kann. So sind wir zu dem Vorschlag gekommen, gesetzlich festzuschreiben, dass eine Kombination von Blockaltersteilzeit und Antragsruhestand grundsätzlich ausgeschlossen wird. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Weg. Das heißt: Derjenige, der mit 63 Jahren ausscheiden will – das ist eine rechtliche Möglichkeit, die wir niemandem nehmen –, soll nicht gleichzeitig das Blockmodell der Altersteilzeit in Anspruch nehmen können.

Eine Kombination von Altersteilzeit im Blockmodell und Antragsruhestand soll allerdings ausnahmsweise durchaus möglich sein, wenn besonders schwerwiegende Gründe dies rechtfertigen. Ich nenne die Gründe – entsprechend den gesetzlichen Regelungen, die unser Gesetzentwurf vorsieht. Hierbei handelt es sich erstens um persönliche Gründe. Gemeint sind damit schwere Krankheit oder Behinderung des Beamten. Zweitens ist die Betreuung oder Pflege kranker oder behinderter naher Angehöriger zu erwähnen. Wir sollten bei allen gesetzlichen Regelungen und bei allen unseren politischen Vorhaben berücksichtigen, dass die Pflege von Familienangehörigen neben der Berufstätigkeit möglich sein muss. Wie ich weiß, kennen viele in diesem Raum die Problematik aus ihrer eigenen Familie, ich auch. Gerade weil die Menschen immer älter werden, ist es heutzutage notwendig, Berufstätigkeit mit der Pflege von Angehörigen verbinden zu können. Dem wollen wir mit der angesprochenen Regelung Rechnung tragen.

Zweitens sollen nach unserem Entwurf dienstliche Gründe die genannte Kombination rechtfertigen. Darunter ist beispielsweise der Einzug der Planstelle oder der Wegfall der Aufgabe des Beamten zu verstehen. Hier entfällt das Interesse des Dienstherrn an einer Weiterbeschäftigung des Betroffenen bis zum Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze.

Die Neuregelung soll zum 1. Januar 2001 in Kraft treten.

Ich will noch einige Erklärungen zur Störfallregelung geben. Aufgrund zwischenzeitlicher Erfahrungen im Vollzug erachten wir es für notwendig, die derzeitige Regelung für Leistungsstörungen während der Laufzeit der Altersteilzeit anzupassen. Dies betrifft Fälle, in denen die Altersteilzeit aufgrund einer Leistungsstörung – mich stört dieser Begriff, vielleicht könnte man einmal einen Wettbewerb für bessere Formulierungen ausschreiben –, zum Beispiel bei Dienstunfähigkeit des Beamten, nicht wie vorgesehen abgewickelt werden kann. Der Beamte soll in diesen Fällen so gestellt werden, wie es seiner tatsächlichen Arbeitsleistung entspricht. Erfahrungen aus dem Vollzug haben jedoch gezeigt, dass die derzeitige gesetzliche Regelung nicht in allen Fällen einen interessengerechten Ausgleich erlaubt und zum Teil zu einem raschen Aufzehren der besoldungs- und versorgungsrechtlichen Anreize der Altersteilzeit führt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum dritten Punkt. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat mit Bekanntmachung vom 18. August 1999 und vom 3. März 2000 für Lehrer an Grundschulen und für Fachlehrer an Volksschulen sowie an Volksschulen für Behinderte verpflichtende Arbeitszeitkonten nach Artikel 80 Absatz 3 des Bayerischen Beamtengesetzes eingeführt. Im Zusammenhang mit einem Normenkontrollantrag des BLLV vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof sind Zweifel aufgetaucht, ob eine Verwaltungsvorschrift zur Anordnung und inhaltlichen Ausgestaltung des verpflichtenden Arbeitszeitkontos ausreicht. Dazu gebe ich folgende Erklärung: Ich will betonen, der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat ausdrücklich nicht die materiellen Regelungen als verfehlt angesehen, sondern lediglich die zur Umsetzung gewählte Form der Bekanntmachung in Frage gestellt. Man hat gefragt, reicht dies als

rechtliche Grundlage aus. Es handelt sich also nicht um eine Absage an das Arbeitszeitkonto. Das hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof ausdrücklich nicht gesagt, sondern man wollte eine höherrangigere Rechtsgrundlage. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof will also hier eine verstärkte Basis rechtlicher Art.

Deshalb haben wir uns zu einem schnellen Handeln entschlossen, um eventuelle Zweifel für die Zukunft zu beseitigen. Hierzu wird Artikel 80 Absatz 3 Satz 1 des Bayerischen Beamtengesetzes um eine Bestimmung ergänzt, welche die Staatsregierung ausdrücklich ermächtigt, das verpflichtende Ansparmodell durch Rechtsverordnung einzuführen und hierbei die Einzelheiten zu regeln.

Die verpflichtenden Arbeitszeitkonten werden an den Schulen teilweise bereits seit Beginn des Schuljahres 1999/2000 praktiziert. Aus diesem Grund wird die Ermächtigungsnorm für eine Rechtsverordnung ebenfalls rückwirkend zum 1. August 1999 in Kraft gesetzt.

Die übrigen Änderungen sollen, soweit sie redaktioneller Natur sind, zum 1. Januar 2001 in Kraft gesetzt werden. Das ist der Inhalt dieses Gesetzes. Ich bitte um zügige und aufgeschlossene Beratung.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Jede Fraktion hat fünf Minuten Redezeit. Als erste hat Frau Kollegin Naaß um das Wort gebeten.

Frau Naaß (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, aufgeschlossen sind wir bei der Beratung. Wir haben deshalb schon einen Änderungsantrag eingereicht, und ich hoffe, dass das Hohe Haus unserem Antrag zustimmen wird. Allerdings muss ich zu Beginn feststellen, ein großer Wurf ist das Gesetz nicht. Zum Zweiten muss ich feststellen, die Nachhaltigkeit – Sie sprechen immer so gern von Nachhaltigkeit – bayerischer Beamtengesetze ist mittlerweile kürzer als die Laufzeit von Tarifverträgen.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt sich auch am Altersteilzeitgesetz. Das Altersteilzeitgesetz ist gerade einmal ein Jahr alt. Es trat am 1. August 1999 in Kraft. Schon jetzt kommen die ersten Änderungen und Einschränkungen.

Was waren das damals für großmundige Ankündigungen von der Staatsregierung. Herr Minister, Sie selbst sprachen von einem Modell für einen Generationenwechsel in der öffentlichen Verwaltung. Tatsache war, dass dieses bayerische Gesetz, das aus lauter Kann-Vorschriften besteht, Bayerns Beamtinnen und Beamte wieder einmal gegenüber den Bundesbeamten und den Tarifbeschäftigten schlechter gestellt hat. Tatsache ist weiter, dass sich diese Ungleichbehandlungen in dem vorliegenden Gesetzentwurf weiter verschärfen werden. Und was noch schlimmer ist – Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das muss vor allem Sie besonders interessieren –: Die Bayerische Staatsregierung handelt im

Moment gegen geltendes Gesetz, indem sie Anträge auf Kombination von Altersteilzeit im Blockmodell und Antragsruhestand nicht genehmigt. Sie beruft sich dabei auf den Ministerratsbeschluss vom Mai dieses Jahres und auf das in Aussicht gestellte Gesetz. Sogar Herr Dr. Eykmann hat in den „BBB-Nachrichten“ hierzu festgestellt, dass diese Handhabung völlig falsch und rechtswidrig ist. Die CSU ist der Meinung, die Staatsregierung handelt rechtswidrig. Ich denke, das sollte das ganze Hohe Haus zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, obwohl das Altersteilzeitgesetz noch nicht einmal ein Jahr in Kraft ist, nachdem der Ministerratsbeschluss gefasst worden war, und Sie noch keinerlei Erfahrungen mit der Kombination haben – das hat sogar der Vertreter der Staatsregierung im Ausschuss klar und deutlich gesagt –, will die Staatsregierung jetzt diese Möglichkeit einschränken.

Ich erinnere daran, die Intention des Altersteilzeitgesetzes war, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Herr Minister, Sie haben in der „Bayerischen Staatszeitung“ ausgeführt, Sie wollen den lebensälteren Beamten einen gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand ermöglichen und die Altersteilzeit soll einen wichtigen arbeitsmarktpolitischen Beitrag leisten, indem neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Welch wahre und hehre Worte, und das vor einem Jahr. Heute stellt sich das alles anders dar. Wir haben es gerade gehört, die Staatsregierung stellt fest, dass die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen bei 80 Jahren und von Männern bei 74 Jahren liegt. Ich muss schon sagen, das ist etwas ganz Neues. Davon habe ich noch nie etwas gehört. Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser wusste das scheinbar vor einem Jahr auch noch nicht. Aber jetzt ist er 60 Jahre alt geworden, vielleicht ist da die Betroffenheit größer, und er hat das nun auch festgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen will Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser beamtenpolitisch eine maßvolle Erhöhung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit anstreben. Das ist nichts anderes als eine Aushöhlung des derzeit geltenden Altersteilzeitgesetzes. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich erwarte von Ihnen, dass Sie dabei nicht mitmachen und sich an das halten, was zum Beispiel Herr Kollege Unterländer in den „BBB-Nachrichten“ vom Oktober 1999 erklärt hat. Eine ganze Seite schreibt er darüber, dass die CSU vorbehaltlos die Altersteilzeit bejahe. Ich hoffe, Sie halten sich an das, was Sie gesagt haben, und verfahren nicht nach der Devise: Was schert mich mein Geschwätz von gestern.

Der zweite Punkt sind die verpflichtenden Arbeitszeitkonten, die gegen den Willen der SPD beschlossen wurden und seit bereits über einem Schuljahr gelten. Was stellt der VGH in München dazu fest? Er stellt fest, dass für die eigenmächtige Ausdehnung der Wochenstundenzahl die gesetzliche Grundlage fehlt. Ich habe vorher schon gesagt, es ist nicht das erste Mal, dass die Staats-

regierung gegen geltendes Recht verstößt. In diesem Fall ist das wieder so.

Wie sind nun die Reaktionen der Staatsregierung auf die Feststellung des VGH? Sie sieht keinen Handlungsbedarf. Die Begründung vom VGH muss erst einmal vorliegen, so der Vertreter der Staatsregierung in der vergangenen Woche bei uns im Ausschuss. Anscheinend nimmt die Staatsregierung aber das VGH-Urteil sehr ernst, denn sonst würde nicht auf die Schnelle der Gesetzentwurf geändert. Im Gesetzentwurf vom 21.06. dieses Jahres war diese Regelung noch nicht enthalten. Herr Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser, Sie haben also sehr wohl auf die Aussage vom VGH reagiert, weil Sie Angst haben, dass eine Klageflut entsteht, mit der Sie nicht zurechtkommen. Deswegen, weil Sie wissen, dass Sie ohne Rechtsgrundlage gehandelt haben, wollen Sie jetzt rückwirkend zum 01.08.1999 das Gesetz ändern. Herr Minister, ich fordere Sie auf, ziehen Sie das Gesetz in der vorliegenden Form zurück und schaffen Sie endlich wieder Vertrauen gegenüber den Beschäftigten, denn nichts ist schlimmer für die Motivation von Beschäftigten, als wenn sich der Arbeitgeber über ihre Rechte und vor allem das Gesetz laufend hinwegsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Letzte Anmerkung. Ich würde den Gesetzentwurf auch deshalb zurückziehen, weil es meines Erachtens Zweifel an der Verbandsanhörung gibt. In der Begründung steht zu lesen, der Bayerische Beamtenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und, und, und stimmten dem Gesetzentwurf in weiten Teilen zu, lehnten aber den Ausschluss der Kombination ab, und deshalb frage ich Sie, Herr Minister: Waren die verpflichtenden Arbeitszeitkonten schon in der Verbandsanhörung enthalten? Meines Erachtens nicht. Die Regelung der verpflichtenden Arbeitszeitkonten kam erst am 6. Oktober in den Entwurf hinein. Dazu konnten sich die Verbände noch nicht äußern.

Präsident Böhm: Frau Kollegin, Sie sollten nun wirklich zum Schluss kommen. Sie haben Ihre Redezeit schon über eine Minute überzogen.

Frau Naaß (SPD): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Ziehen Sie den Gesetzentwurf aus den vorgenannten Gründen zurück.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Brunner das Wort.

Brunner (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Bevor ich zum Gesetzentwurf Stellung nehme, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um die durchweg zeitgemäßen, sachgerechten und verantwortungsbewussten Verwaltungsabläufe innerhalb der bayerischen Behörden lobend zu erwähnen.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall – Weinhofer (CSU): Heiterkeit selbst auf der Regierungsbank!)

Ich freue mich über den Applaus auf Seiten der SPD. Unsere Beamtinnen und Beamten bemühen sich, bürgerfreundlich, sachkompetent und leistungsorientiert im Sinne des Staates und zum Wohle der Bürger zu arbeiten.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Heute steht in einer großen Tageszeitung, dass laut einer Umfrage unser öffentlicher Dienst im weltweiten Vergleich spitze ist.

(Zustimmung bei der CSU – Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Tat: Wer einmal mit ausländischen Behörden zu tun hatte, wird bei der Kritik unseres öffentlichen Dienstes bestimmt viel zurückhaltender. Nichtsdestotrotz beraten wir heute einen Gesetzentwurf, der nicht nur Freude auslöst. Aber aufgrund der demographischen Entwicklung – jedes Jahr steigt Gott sei Dank die Lebenserwartung um circa 2,2 Monate – muss aus gesamtpolitischer Verantwortung heraus die Lebensarbeitszeit auch im öffentlichen Dienst maßvoll erhöht werden. Dabei möchte ich anmerken, dass es durchaus angebracht ist, nicht nur darüber nachzudenken, wie Renten- und Pensionsberechtigung zeitlich hinausgeschoben werden können, sondern auch darüber, wie das Eintrittsalter in das Berufsleben gesenkt werden kann.

Wenn die Menschen heutzutage Dank des medizinischen Fortschritts älter werden, kann man wohl davon ausgehen, dass sie zum Ende ihrer beruflichen Tätigkeit noch gesünder sind, als es früher der Fall war. Dementsprechend hoch dürfte die Leistungsfähigkeit sein. Im Übrigen: Der beabsichtigte Ausschluss der Kombination von Blockaltersteilzeit und Antragsruhestand beinhaltet auch Ausnahmen, zum Beispiel Krankheit, Betreuung oder Pflege kranker oder behinderter Angehöriger, Einzug oder Wegfall der Planstelle bzw. der Aufgabe. Aufgetretene Härtefälle konnten durch die konstruktive Mit- und Zuarbeit des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes einer Lösung zugeführt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesetzentwurfs ist die gerechtere Regelung von Leistungsstörungen im Verlauf der Altersteilzeit. Der besoldungs- und versorgungsrechtliche Anreiz der Altersteilzeit muss auch bei Dienstunfähigkeit gewahrt bleiben und darf sich nicht zum Nachteil der betroffenen Beamtinnen und Beamten auswirken.

Der so genannte bayerische Weg in der Altersteilzeit von Beamten hat sich bewährt und ist sehr beliebt. Bayern ist wieder einmal Vorreiter für den Bund und die anderen Länder.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, es gibt also nicht nur in der Landwirtschaft einen bayerischen Weg, der erfolgreich ist.

Der dritte Teil des Gesetzentwurfs betrifft das verpflichtende Arbeitszeitkonto. Derzeit sind davon die Grundschullehrer betroffen. Die Kritik der Opposition gründet auf einem Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs; dabei wurde aber die Normenkontrollklage des BLLV als unzulässig abgewiesen. Um formelle Unklarheiten zu beseitigen, wird eine Rechtsverordnung erlassen. Außerdem hat Niedersachsen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, sowohl eine Arbeitszeitverlängerung als auch das verpflichtende Arbeitszeitkonto längst beschlossen. Wir wollen bei vertretbaren Kosten und zumutbarer, zeitlich beschränkter Mehrarbeit die optimale Unterrichtsversorgung sicherstellen – auch in Zeiten hoher Schülerzahlen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zum Gesetzentwurf. Bereits Bismarck sagte: „Die Aufgabe der Politik liegt in der möglichst richtigen Voraussicht dessen, was andere Leute unter gegebenen Umständen tun werden.“

(Beifall bei der CSU – Heiterkeit bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneter Tausendfreund das Wort.

Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Just in time, fünf Minuten vor acht, ich werde die Zeit ausnutzen, aber nicht überziehen. Der uns vorliegende Gesetzentwurf ist kurz, aber er hat es in sich. In zwei wesentlichen Knackpunkten steckt seine Brisanz: zum einen im Ausschluss der Kombination von Altersteilzeit im Blockmodell und Antragsruhestand, zum anderen in der Reaktion der Staatsregierung auf das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zu den verpflichtenden Arbeitszeitkonten als Ergebnis der Klage des BLLV. Die Problembeschreibung der Staatsregierung zur geplanten Unvereinbarkeit von Blockaltersteilzeit und Antragsruhestand lässt sich auf die Kurzformel „Wir alle werden immer älter, deswegen müssen wir länger arbeiten“ bringen. „Bravo, bravo!“, kann ich da nur sagen. Welch fundamentale Erkenntnis und welch fehlerhafte Analyse dessen, was beamten- und arbeitsmarktpolitisch tatsächlich erforderlich wäre.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie wirklich der Meinung sein sollten, dass im Beamtenbereich eine Erhöhung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit angestrebt werden müsse, hätten sie das Altersteilzeitmodell erst gar nicht einzuführen brauchen, wofür Sie allerdings allseits Belobigungen eingeholt haben. Auf die bayerischen Beamtinnen und Beamten scheint aber noch einiges zuzukommen. Es gibt keinen Grund, weshalb, wie es so schön in der Begründung des Gesetzentwurfs heißt, aus gesellschaftspolitischer Sicht sichergestellt werden müsste, dass die aktive Dienstzeit von Beamten im Regelfall nicht vor dem sechzigsten Lebensjahr enden sollte. Die Altersteilzeit ist nicht unbedingt der Regelfall, und das Ende der aktiven Dienstzeit tritt schon jetzt bei sehr vielen Beamtinnen und Beamten wie auch bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der freien Wirtschaft vor dem sechzigsten Lebensjahr ein.

Sollte die Lebensarbeitszeit wirklich das entscheidende Argument sein, frage ich mich, warum die vorgesehene Regelung nicht auch für das Teilzeitmodell gelten sollte. Die Altersteilzeit wurde vor allem deswegen eingeführt, damit lebensältere Beamtinnen und Beamte zugunsten der Schaffung neuer Arbeitsplätze für junge Kolleginnen und Kollegen entlastet werden. Mit der Gesetzesänderung verdeutlicht die Staatsregierung nun aber sehr drastisch die Absicht, die Altersteilzeit vor allem als Rationalisierungsmaßnahme zu missbrauchen.

Dass Sie eine Ermächtigung in Artikel 80 Absatz 3 des Bayerischen Beamtengesetzes aufnehmen wollen, ist vor allem deshalb interessant, weil im genannten Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zum verpflichtenden Arbeitszeitkonto festgestellt wurde, dass es dafür bisher keine Rechtsgrundlage gab.

Auch wenn Sie mit der Einführung dieser Ermächtigungsgrundlage bemerkenswert schnell reagierten, werden wir Ihnen dieses Verfahren nicht einfach durchgehen lassen; denn über den Sinn, besser gesagt den Unsinn dieser verpflichtenden Arbeitszeitkonten wurde in diesem Hause schon genug gesagt. Über die Details des Gesetzentwurfs werden wir in den Ausschüssen noch ausführlich diskutieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe noch auf:

Tagesordnungspunkt 12

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 63 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden:

Sie kennen die Liste. Wer seinem Abstimmungsverhalten bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion in den jeweils federführenden Ausschüssen beitreten will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(siehe Anlage)

Gemäß § 24 Absatz 2 der Geschäftsordnung gebe ich außerhalb der Tagesordnung noch folgende Ausschussumbesetzungen von Seiten der SPD-Fraktion bekannt. Im Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur übernimmt Herr Kollege Wolfgang Vogel den noch unbesetzten Ausschusssitz. Im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden übernimmt Herr Kollege Dieter Appelt den Sitz des Kollegen Wolfgang Vogel. Im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen übernimmt Herr Kollege Dieter Appelt den Sitz von Frau Kollegin Susann Biedefeld. Im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten übernimmt Frau Kollegin Renate Schmidt den Sitz des Herrn Kollegen Wolfgang Gartzke. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 20.01 Uhr)

**Anlage zur Tagesordnung der 47. und 48. Plenarsitzung:
(Tagesordnungspunkt 12)****Abstimmung über Anträge, die gemäß § 63 Abs. 6 der Geschäftsordnung
nicht einzeln beraten werden**

Kennzeichnung mit [x] = abweichendes Votum bei der Mitberatung, soweit bei Versand der Tagesordnung die Beschlussempfehlungen und Berichte vorliegen.

Verfassungsstreitigkeiten:

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. Juni 2000 (Vf. 7-VII-00; Vf. 8-VIII-00) betreffend

- I. Antrag von Frau Köhler, Frau Stahl, Frau Tausendfreund und der Landtagsfraktion „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 13 Abs. 1 Nr. 5 Polizeiaufgabengesetz (PAG), soweit den Normadressaten die Duldung verdachts- und ereignisunabhängiger Eingriffe abverlangt wird.

- II. Meinungsverschiedenheit zwischen der Landtagsfraktion „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ und der Landtagsfraktion der CSU über die Frage, ob durch Art. 13 Abs. 1 Nr. 5 PAG und Art. 13 Abs. 2 PAG die Bayerische Verfassung verletzt wird.
AIII/G-1310/00-10
ber. Drs. 14/4378 (G)

Im federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren
Berichterstatlerin: **Stahl Christine**
Mitberichterstatler: **Kreuzer**

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 25. September 2000 (Vf. 11-VII-00) betreffend

Antrag des Herrn Siegfried Engl, 80993 München vom 20. September 2000 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 3 der Verordnung über die Gewährung einer ergänzenden Fürsorgeleistung an Beamte und Richter (Fürsorgeverordnung – FürsV) vom 20. November 1990 (GVBl S. 501, BayRS 2030-2-42-F), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Dezember 1995 (GVBl S. 889)

AIII/G-1310/00-14
Drs. 14/4387 (G)

Im federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren

Berichterstatler: **Jetz**
Mitberichterstatler: **Güller**

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Juli 2000 (Vf. 11-VII-97) betreffend Antrag des Herrn Alfred Mayer, 81827 München, vom 03. Dezember 1997 auf Wiederholung der Popularklage gegen

1. Art. 25 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1995 (GVBl S. 590, BayRS 2021-1/2-I), soweit ein Sitz im letzten Kreistag für die Gemeinderatswahlen in dem betreffenden Landkreis nicht vom Erfordernis der Unterstützungsunterschriften befreit,

2. Art. 25 Abs. 3 Satz 2 GLKrWG,

3. Art. 60 Abs. 3 Satz 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Januar 1993 (GVBl S. 65, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juli 1996 (GVBl S. 289), in Verbindung mit Art. 25 GLKrWG

AIII/G-1310/97-8
Drs. 14/4383 (E)

Im federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren

Berichterstatler: **Jetz**
Mitberichterstatler: **Güller**

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 01. August 2000 (Vf. 9-VII-00) betreffend Antrag des Bestattungsinstituts Brand GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Thomas Amm, 90419 Nürnberg, vom 27. Juli 2000 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 3 Abs. 2 der Verordnung über das Leichenwesen der Stadt Nürnberg vom 02. Oktober 1991 (ABl S. 355)

AIII/G-1310/00-12
Drs. 14/4382 (E)

Im federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren
Berichtersteller: **Eck**
Mitberichterstellerin: **Schieder Marianne**

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichts vom 05. September 2000 (Vf. 10-VII-00) betreffend
Antrag

1. des Herrn Ludwig Neumair, 85669 Pastetten
 2. a) des Herrn Josef Hörmann, 84405 Dorfen
b) der Frau Christine Hörmann, 81675 München
c) des Herrn Albert Hörmann, 84405 Dorfen
d) des Herrn Johann Hörmann, 84405 Dorfen
 3. der Frau Barbara Westenthanner und des Herrn Richard Westenthanner, 84405 Dorfen
 4. der Gemeinde Pastetten
 5. der Gemeinde Buch am Buchrain
 6. der Stadt Dorfen
- vom 28. August 2000

auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 2 Nr. 4 des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes und der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern vom 25. April 2000 (GVBl S. 280), soweit in das Landesentwicklungsprogramm Bayern (Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern – LEP – vom 25. Januar 1994, GVBl S. 25) als neues Ziel B X 4.2 eingefügt wird, im bestehenden Autobahnnetz die Lücke „A 94 München-Simbach-Pocking auf der Trassenführung über Dorfen“ wegen ihrer herausragenden Bedeutung zu schließen und Planung und Bau dieser Maßnahme zügig weiterzuführen

AIII/G-1310/00-13
Drs. 14/4388 (G)

Im federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren
Berichtersteller: **König**
Mitberichterstellerin: **Schieder Marianne**

Anträge:

6. Antrag der Abgeordneten Paulig, Schopper und Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN
Bürgerschaftliches Engagement braucht neue Rahmenbedingungen
Neue Ansätze zur Projektförderung
Drs. 14/2421, 14/4023 (A)
- Im federführenden Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik waren
Berichterstellerin: **Schopper**
Mitberichtersteller: **Unterländer**
7. Antrag der Abgeordneten Paulig, Schopper und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bürgerschaftliches Engagement braucht neue Rahmenbedingungen
Ehrenamtliche Tätigkeit von Kindern und Jugendlichen anerkennen und fördern
Drs. 14/2426, 14/3937 (E)

8. Antrag der Abgeordneten Paulig, Schopper und Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN
Bürgerschaftliches Engagement braucht neue Rahmenbedingungen
Organisatorische Unterstützung von Projekten Bürgerschaftlichen Engagements durch die Kommunen
Drs. 14/2427, 14/4020 (A)

Im federführenden Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik waren
Berichterstellerin: **Schopper**
Mitberichtersteller: **Unterländer**

9. Antrag der Abgeordneten Dr. Scholz, Dr. Jung, von Truchseß u.a. SPD
Förderprogramme EU Ziel 2 und „Soziale Stadt“ in Fürth, Hof, Nürnberg und Schweinfurt verknüpfen
Drs. 14/2877, 14/4389 (A)

Im federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren
Berichtersteller: **Dr. Scholz**
Mitberichtersteller: **Dr. Söder**

10. Antrag der Abgeordneten Pranghofer, Irlinger u.a. SPD
Kooperationsvertrag mit Microsoft-Authorized Academic Trainings Partner AATP Programm für Berufsschulen zur Ergänzung des IT-Bereichs
Drs. 14/3095, 14/4348 (A)

Im federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport waren
Berichterstellerin: **Pranghofer**
Mitberichtersteller: **Donhauser**

11. Antrag der Abgeordneten Knauer, Donhauser u.a. CSU
Aktion e-mobil
Drs. 14/3158, 14/4347 (E)
12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schmidt Renate, Dr. Scholz, Dr. Jung u.a. und Fraktion SPD
Energiestudie Region Nürnberg
Drs. 14/3347, 14/4390 (E)

13. Antrag der Abgeordneten Schindler, Dr. Hahnzog u.a. SPD
Entlassungsvorbereitung aus der Strafhaft
Drs. 14/3404, 14/4354 (A)

Im federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren
Berichtersteller: **Vogel**
Mitberichtersteller: **Jetz**

14. Antrag der Abgeordneten Kellner, Köhler Elisabeth, Scharfenberg BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bau der Anschlussstelle Gersthofen-Hirblingen zurückstellen!
Drs. 14/3414, 14/4391 (A)

Im federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren
Berichtersteller: **Dr. Runge**
Mitberichtersteller: **Lode**

15. Antrag der Abgeordneten Christ, Leeb, Ritter u.a. CSU
Beim Schienenverkehrswege-Ausbauplan Güterverkehr die Spessartstrecke miteinbeziehen
Drs. 14/3515, 14/4393 (E)
- Im federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport waren
Berichterstatter: **Dr. Dürr**
Mitberichterstatterin: **Guttenberger**
16. Antrag der Abgeordneten Rotter, Dinglreiter, Pschierer u.a. CSU
Schienenfernverkehrsranbindung Schwabens aufrechterhalten
Drs. 14/3516, 14/4400 (E)
17. Antrag der Abgeordneten Dinglreiter, Traublinger u.a. CSU
Verkehrerschließung der Messestadt Riem verbessern
Drs. 14/3520, 14/4214 (G)
- Im federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren
Berichterstatter: **Rotter**
Mitberichterstatter: **Memmel**
18. Antrag der Abgeordneten Dinglreiter u.a. CSU
Ökopunktekontingent für deutsche Transporte sichern
Drs. 14/3533, 14/4394 (G)
- Im federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren
Berichterstatter: **Lode**
Mitberichterstatter: **Schläger**
19. Antrag der Abgeordneten Schmidt Renate, Dr. Hahnzog u.a. und Fraktion SPD
Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Augsburg in den Verfahren gegen Karl-Heinz Schreiber u.a.
Drs. 14/3561, 14/4353 (A)
- Im federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren
Berichterstatter: **Güller**
Mitberichterstatter: **Kreuzer**
20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kellner, Münzel, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Konsequenzen aus der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“
Drs. 14/3578, 14/4369 (A)
21. Antrag der Abgeordneten Köhler Elisabeth, Stahl Christine, Tausendfreund u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften
Drs. 14/3580, 14/4376 (A)
- Im federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren
Berichterstatterin: **Stahl Christine**
Mitberichterstatter: **Weinhofer**
22. Antrag der Abgeordneten Paulig, Köhler Elisabeth, Stahl Christine und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Aufklärung der politischen Einflussnahme auf die Staatsanwaltschaft Augsburg
Drs. 14/3689, 14/4352 (A)
- Im federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren
Berichterstatterin: **Stahl Christine**
Mitberichterstatter: **Kreuzer**
23. Antrag der Abgeordneten Leichtle, Dr. Kaiser, Schläger u.a. SPD
Weiterhin ICE-Anbindung von Augsburg und Pasing
Drs. 14/3714, 14/4395 (E)
24. Antrag der Abgeordneten Gartzke u.a. SPD
Befreiung von Windkraftanlagen bei deren Genehmigung von der Anwendung des § 8 BNatSchG für den Eingriff in den Naturhaushalt
Drs. 14/3716, 14/4396 (E)
25. Antrag der Abgeordneten Dinglreiter, Freiherr von Redwitz, Schneider Siegfried u.a. CSU
Heimische Materialien bei öffentlichen Bauten verwenden
Drs. 14/3724, 14/4397 (E)
26. Antrag der Abgeordneten Dinglreiter u.a. CSU
Beim Schienenverkehrswege-Ausbauplan Güterverkehr stärken
Drs. 14/3729, 14/4398 (ENTH)

